

KOMMUNISMUS UND KLASSENKAMPF

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Inhalt der beiden letzten Hefte

Inhalt Heft Nr. 3/75

Der ideologische Aufbau ist das Hauptkettenglied beim Aufbau der Partei
Die Einheit der Marxisten-Leninisten
Aus Anlaß einer Rede des Vorsitzenden der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) (j.s.)

Die Generallinie der internationalen Kommunistischen Bewegung und die Frage von Krieg und Frieden
(Joscha Schmierer)

„Freiheit, Familie, Eigentum“ –
ideologische Ladenhüter der bürgerlichen Klasse gegen die Arbeiterklasse gewendet
Der Mannheimer Parteitag der CDU (W.Maier)

Aufrüstung des BRD-Imperialismus
Zur Entwicklung der Militärpolitik der BRD (e.r.)

Putsch in Bangla Desh und das Ringen der beiden Supermächte um Einflußsphären
(BN, D.A. – Südasienarbeitskreis Heidelberg)

Zur Außenpolitik, Militärdoktrin und Flottenpolitik des russischen Sozialimperialismus (Mo.)

Inhalt Heft Nr. 4/75

Der Kampf um Angola (h.j.h)

Die Taktik des KBW zum Eingreifen in die Betriebsratswahlen muß weiter verfolgt werden (d.b.)

Auseinandersetzung über die DGB-Demonstration in Dortmund im November (m.f.)

Aus dem Traum von der Ruhe an den Hochschulen ist nichts geworden
Die Streiks und Aktionen im Rahmen der Aktionstage der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) waren ein Schritt vorwärts (h.j.)

Richtlinien zur Untersuchung der Tätigkeit unserer Hochschulorganisationen durch die Ortsleitungen
Beschluß des ZK des KBW vom 5.7.75

Eine neue Phase des Klassenkampfes hat begonnen (j.s.)

Einige Bemerkungen zu den Herbstmanövern der Bundeswehr (f.)

Das „soziale Modell“ des Herrn Hanns Martin Schleyer (d.h.)

Preis: 2,- DM

P21902F

KOMMUNISMUS UND KLASSENKAMPF

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Jahrgang 4, Nr. 1, Februar 1976

Die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ verständnislos hinterher

Die bürgerliche Klasse besitzt den Staat

Die Entwicklung in der Druckindustrie und der Lohntarifvertrag

Panzerabwehr „in der Verteidigung“?

Dadschai: Vorbild für Chinas Landwirtschaft

Politische Resolution der Partido Comunista Portugues (Reconstruido)

Franz-Mehring-
Gesellschaft e. V.
5000 Köln 1

KBW

Kommunistischer
Bund
Westdeutschland

KBW

Kommunistischer
Bund
Westdeutschland



KBW

Kommunistischer
Bund
Westdeutschland

**kommunistische
volkszeitung**

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier
Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim
Die Kommunistische Volkszeitung erscheint wöchentlich. Erscheinungstag: Donnerstag
Einzelpreis: DM 0,50; Jahresabonnement: DM 36,00; Halbjahresabonnement: DM 18,00; Vierteljahresabonnement: DM 9,00
Die Bezahlung erfolgt sofort nach Erhalt der ersten Zeitung. Konten: Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim Kto.Nr.: 1890905 oder PschA Karlsruhe, Kto.Nr.: 95837-753

KOMMUNISMUS UND KLASSENKAMPF

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Jahrgang 4, Nr. 1, Februar 1976

Inhalt

Lohnbewegung im öffentlichen Dienst Die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ verständnislos hinterher	2
Die bürgerliche Klasse besitzt den Staat Das Beispiel der Städte Heidelberg und Bremen (W. Maier / H. Rosenbaum / B.H.)	7
Die Entwicklung in der Druckindustrie und der Lohnarbeitsvertrag (b.l.)	15
Panzerabwehr „in der Verteidigung“? (f.)	19
Dadschai: Vorbild für Chinas Landwirtschaft – (Uwe Kräuter)	28
Politische Resolution der Partido Comunista Portugues (Reconstruido)	34

Kommunismus und Klassenkampf
Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes West-
deutschland
Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunisti-
schen Bundes Westdeutschland

Redaktion: Ständiger Ausschuß des Zentralen Komitees
Verantwortlicher Redakteur: Joscha Schmierer, Sandhofer Straße 29,
6800 Mannheim

Erscheint zweimal im Vierteljahr im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft
Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mann-
heim, Telefon 0621/36015

Bankkonto: Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Konto
Nr.: 1890905

Postscheckkonto: Postscheckamt Karlsruhe, Konto Nr.: 95837-753

Preis der Einzelnummer: DM 2,00

Das Jahresabonnement (8 Nummern incl. Porto) kostet DM 16,00

Auflage: 10000

Gesamtherstellung: J.Eifert (Caro-Druck), Am Ochsenhorn 6,
6831 Plankstadt

Lohnbewegung im öffentlichen Dienst

Die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ verständnislos hinterher

Noch vor Beginn der offiziellen Verhandlungen ist es der Lohnbewegung im öffentlichen Dienst gelungen, die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ aus der Reserve zu locken, in welcher das Hamburger Blatt im Angesicht praktischer Fragen gewöhnlich verharrt.

Obwohl der Kampf um die Aufstellung der Forderung erst knappe vier Monate andauerte und obwohl es im Inland (!) war, äußert sich die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ bereits am 19. Januar 1976 erstmalig.

Damit war die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ zwar das letzte westdeutsche Blatt geworden, in dem dazu etwas zu finden war, bedenkt man aber, daß sie auch den Abschluß hätte abwarten können, um dann die Bewegung einer „schonungslosen Kritik“ zu unterziehen und dann zu sagen, wie es „eigentlich richtig“ hätte gemacht werden müssen, so ist doch Hast erkennbar.

Es mag zu Lasten der übergrößten Eile gehen, daß die Stellungnahme, die jeder in der zweiundsiebzigsten Folge des „Arbeiterkampf“ nachlesen kann, vorwiegend bürgerliche Gedankengänge enthält. Die Redaktion hat aber schon vorgesorgt. Die Äußerungen werden einem „Komitee Öffentlicher Dienst KB/Gruppe Hamburg“ in die Schuhe geschoben, das keiner kennt und das sich nicht gut wehren kann.

Davon werden die Behauptungen leider nicht weniger bürgerlich. Kurz, wie der Artikel im „Arbeiterkampf“ ist, verlohnt er dennoch eine ausführliche Beschäftigung. In unserer jungen Bewegung ist es wirklich lehrreich, wie der rote Lack, den gewisse Organisationen auftragen, so dünn ist, daß er die Berührung mit praktischen Fragen, bei deren Behandlung Führungsaufgaben auf die Kommunisten zukommen, nicht aushält und abblättert.

Die redaktionelle Schlamperei sticht ins Auge

Im öffentlichen Sprachgebrauch werden prozentige Lohnforderungen als „linear“ bezeichnet. Der „Arbeiterkampf“ hingegen bezeichnet Festgeldforderungen als „linear“. Es mag irgendeine Marotte dahinterstecken. Aber was müssen das für Leute sein, die sich keinerlei Gedanken dabei machen, daß ihre Leser sich ganz falsche Vorstellungen machen, wenn sie im Fernsehen Loderer sagen hören, er sei für eine „lineare Forderung“. Wenn es ihnen auf einer Gewerkschaftsversammlung passiert, dann können sie leicht, um in der Sprache des „Arbeiterkampf“ zu verweilen, „angeschissen“ werden. Wenn nicht gesehen wird, daß eine kleine Schlamperei ein gehöriges Durcheinander anrichten kann und gegebenenfalls der Genosse oder Leser des „Arbeiterkampf“ als der Depp dasteht, der an sich in der Redaktion des „Arbeiterkampf“ sitzt, dann finden wir das für keine Kleinigkeit.

Nachdem die Überschrift und der erste Satz Unrichtigkeiten enthalten, stimmt der dritte Satz vollständig. Er lautet: „Die ‚Deutsche Postgewerkschaft‘ (DPG), die ‚Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands‘ (GdED) und der ‚Beamtenausschuß des DGB‘ haben sich dieser Forderung angeschlossen.“ Wir möchten das festhalten, damit wir nicht einer „schweinischen“ oder „demagogischen“ Kritik beschuldigt werden, wenn wir behaupten, der Rest ist durchweg falsch.

„Mit dieser Ausgangsforderung steuern die Gewerkschaftsführer einen Abschluß an, der noch unterhalb der Ergebnisse in anderen Bereichen der Wirtschaft (z. B. Eisen und Stahl) liegt.“

Woher nimmt das „Komitee Öffentlicher Dienst KB/Gruppe Hamburg“ das Recht, die 135 DM als eine Ausgangsforderung zu bezeichnen? Sozialdemokraten betrachten eine jede Forderung als eine „Ausgangsforderung“. Es gibt etliche Hunderttausend, die gerade dabei sind, eine Front aufzubauen, um es durch Kampf zu verhindern, daß Sozialdemokraten von der Machart Klunkers diese richtige Forderung zu einer „Ausgangsforderung“ machen – auf deutsch, diese Forderung fallen lassen. Warum sollten sie es den Sozialdemokraten vom „Arbeiterkampf“ erlauben, diese Forderung fallen zu lassen?

Sowieso entspringt der Sozialdemokratenstolz mit den „Ausgangsforderungen“ nicht den Tatsachen des Lohnkampfes. Er entspringt der Sphäre des Schachers und dahinter steckt die alberne Vorstellung, beim Lohnkampf ginge es genauso zu wie bei irgendeinem Basarschacher um einen Esel. Wo der Eselbesitzer eine „Ausgangsforderung“ hat und der Eselinteressent ein „Ausgangsangebot“. Und dann klönen sie eine Zeitlang – der Esel steht derweil im Stall – und dann treffen sie sich in der Mitte. Dem Esel kann's egal sein, bei welchem Preis.

Seitens der Sozialdemokraten, die in der Gewerkschaft die Macht haben, hat diese verwerfliche Vorstellung wenigstens noch einen Boden. Weil sie die Organisation beherrschen, kommen sie auf die Idee, sich zu verhalten, als ob sie nicht etwa die Vertreter der gewerkschaftlich zusammengeschlossenen Arbeitskräfte wären, sondern deren Besitzer. Sie stehen oft zu dem organisierten Arbeiter nicht anders als der Basarhändler zu dem Esel, der ihm gehört. Die Sozialdemokraten muß man für diese bürgerliche Ideologie verachten und bekämpfen. Was soll man jedoch dazu sagen, wenn Leute, denen im Sozialdemokratenkalkül die Rolle der Esel zugemessen wird, aktiv diese Ideologie vom Schacher verbreiten? Die „Arbeiterkämpfer“ fühlen sich wohl dabei. Wir nicht. Wir sind somit auch nicht bereit, den tiefgehenden Unterschied zwischen einer Ware wie zum Beispiel Zementsäcken à 50 kg

und lebendigen Arbeitern in der Ideologie von der „Ausgangsforderung“ erlöschen zu lassen.

Ob ein Makler von seiner „Ausgangsforderung“ für 3,5 Millionen Sack Zement heruntermuß, das entscheidet der Markt. Ob die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und nicht etwa die „Gewerkschaftsführung“ (die will gewiß „herunter“) von der Forderung nach 135 DM abrücken müssen, das entscheiden sie bitteschön selber.

Können sie sich um diese Forderung fest zusammenschließen und die Konkurrenz untereinander unterbinden, bis hin zum Streik, so steht die Forderung. Können sie das nicht, so sind sie so oder so Spielball der Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung.

Zur Aufklärung dieses Sachverhaltes trägt der „Arbeiterkampf“ nichts bei. Er beugt sich wortlos der sozialdemokratischen Ideologie vom Schacher und verbreitet sie in einem Blatt, das gottseidank nicht als kommunistisch gilt, sonst wäre der Schaden noch größer.

Schon aus der Verwendung des Begriffes der „Ausgangsforderung“ geht hervor, daß die „Arbeiterkämpfer“ die wirklichen Arbeiter für stumpf und den Manövern der Sozialdemokraten ausgeliefert erachten. Um diesen Eindruck weiter zu festigen, muß noch so getan werden, als seien sie auch noch unfähig, zu lernen. Dazu müssen natürlich Tatsachen verbogen werden. Behauptet wird, daß die Gewerkschaftsführer mit dieser Ausgangsforderung einen Abschluß anstrebten, der noch unterhalb von Eisen und Stahl läge (oben wörtlich zitiert).

Der Eisen- und Stahl-Abschluß kam auf ein Volumen von 3,3 bis 3,7 Prozent. Der tariflich gesicherte Teil des Arbeitslohnes der Stahlwerker wird im Tarifjahr 1975/76 lediglich um durchschnittlich 3,5 Prozent nominal höher liegen als für das Tarifjahr 1974/75. Das versteckt sich hinter dem fünfprozentigen Abschluß. Ein Lohnanteil, der im vorigen Jahr tariflich gesichert war, wurde nämlich aufgegeben. Im „Arbeiterkampf“ Nr. 70 steht es anders, dort prangt in der Überschrift der Abschluß als fünfprozentiger beschönigt. Davon wird er natürlich auch nicht höher.

3,5 % würden bei 1800 DM brutto im öffentlichen Dienst 63 DM einbringen. Für die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder mit ziemlicher Sicherheit noch erheblich weniger. Eine Halbierung oder Drittelung dessen, was der „Arbeiterkampf“ als Ausgangsforderung bezeichnet, wäre nötig. So weit können auch die offiziellen „Ausgangsforderungsstrategen“, die nicht in 2000 Hamburg, Rutschbahn sitzen wie der „Arbeiterkampf“, sondern in den Vorstandsetagen der DGB-Gewerkschaften, nicht leicht gehen.

Wir möchten die Zeitung „Arbeiterkampf“ bitten, allen Ernstes zu erwägen, ob es nicht vielleicht doch sein könnte, daß die Forderung nach 135 DM gewisse Erfahrungen der Arbeiterbewegung, in anderen Bereichen der Wirtschaft bereits aufgenommen hat und einen Gegenzug darstellt? Vielleicht haben die Beschäftigten in öffentlichen Diensten sogar ein Gedächtnis (!?) und erinnern (!?) sich daran, welche Niederlage sie unter der 5 % und 45 DM Forderung im letzten Jahr erlitten haben?

Vielleicht haben sie doch Konsequenzen gezogen und am Aufbau einer Front langwierig gearbeitet und tatsächlich der 135 DM Forderung der Lohnkürzungspolitik der führenden Sozialdemokraten eine gewisse Fessel angelegt. Dazu hätten sie allerdings schon vor dem 19. Ja-

nuar, an dem der „Arbeiterkampf“ sein Licht verbreitet hat, tätig werden müssen. Ob das sein kann?

Die Einheit der Teuerungsrate

Sozialdemokraten pflegen Forderungen nach Lohn entweder aus dem gestiegenen Bruttosozialprodukt zu begründen oder aus der Teuerungsrate. Wenn das Bruttosozialprodukt nicht gestiegen ist, dann nur aus der Teuerungsrate. Dem „Arbeiterkampf“, der dieser Ideologie vollständig aufsitzt (was wir weiter hinten sehen werden), blieb es indessen vorbehalten, die gestiegenen Abgaben für die Versicherung der Arbeitskraft gleichzusetzen mit den gestiegenen Preisen für Frikadellen.

Tatsächlich gibt es da aber einen gewissen Unterschied. Der Arbeiter, der vom Kapitalisten seinen Lohn einmal hat, und der Frikadellenbesitzer, der seine Frikadellen hat, begegnen einander auf dem Markt. Der Arbeiter will die Frikadelle, der Frikadellenbesitzer will Geld. Sie tauschen. Es ist ein Vorgang, gegen den man nichts einzuwenden hat, so lange überhaupt bürgerliche Rechtsverhältnisse bestehen.

Anders verhält es sich hingegen bei den aufgeführten Versicherungen. Die Existenz dieser Versicherungen ist eine Errungenschaft des Kampfes der Arbeiter. In Deutschland wurden sie in schweren Kämpfen dem Krautjunker und Reichsgründer Bismarck abgetrotzt. Aber, bloß als „Kompromiß“.

Ein Teil des Lohnes der Arbeiter wird gesetzlich abgezweigt und in einen Versicherungsfonds überführt. Dort haben ihn der bürgerliche Staat und die Kapitalisten unter Aufsicht. Diese Aufwendungen der Arbeiter werden durch Gesetz der Verfügung der Arbeiter entzogen. Und nicht nur so, daß die Kapitalisten auf dem Umweg über den bürgerlichen Staat dieses Geld in den Rachen geschoben bekommen.

Nein, auch der Erhalt von Mitteln aus diesen Kassen ist an die Unterwerfung unter die verschiedensten staatlichen Schikanen gebunden. Derweil ist es Geld, das unbestreitbar den Arbeitern gehört und aus ihrem Lohn entammt. Durch die Beherrschung dieser Versicherungen sind bereits zweimal zum erheblichen Teile Kriege finanziert worden und dann war das Geld weg. Durch die Beherrschung dieser Solidarfonds verwandeln die Kapitalisten und ihr Staat eine Einrichtung, die sich die Arbeiter in der bürgerlichen Gesellschaft erkämpfen müssen, weil für sie alle privaten Sicherheiten wegfallen, in Druckmittel gegen die Arbeiter. Selbstverständlich vermögen nun die Kapitalisten und ihr Staat sowohl an den Beiträgen als auch an den Bedingungen für Leistungen zu drehen.

Die grob betrügerische Enteignung von Arbeitergeldern zur geflissentlichen Verfügung durch den bürgerlichen Staat und die daraus ganz unvermeidlich resultierende Erhöhung der Versicherungsbeiträge in der „Teuerungsrate“ zu verstecken, auf den Gedanken kann bloß ein Mensch kommen, der verstanden hat, daß sozialdemokratische Politik immer übel ausgeht für die Arbeiter und deswegen lieber sich ganz auf den Lohnkampf beschränkt. Unter dem Motto, da weiß man wenigstens noch, was man hat.

Man macht sich zum Gespött der Reformisten, wenn man auf die richtige Behauptung, diese Versicherungen wären etwas anderes als die Lebenshaltungskosten und deswegen könne man sie im Lohnkampf nicht genauso in

Anschlag bringen, antwortet Nein (auch wenn man fünf (!) oder ein (?) dahinter macht, nützt das nichts).

Daß der Sozialdemokrat Klunker den Unterschied zwischen diesen Versicherungskosten und z.B. Lebensmittelpreisen benutzt, um das gegen den Lohnkampf zu wenden, kann man nicht damit beantworten, daß man diesen Unterschied leugnet. Er ist nämlich da, und die Sozialdemokraten machen damit Politik. Die Revolutionäre müssen auch Politik machen und dürfen keine Dummheiten über eine „Teuerungsrate“ in die Welt setzen. Man muß darauf antworten, daß es nötig sei, daß die Gewerkschaft die politische Forderung erhebt nach Bezahlung dieser Beiträge vollständig durch die Kapitalisten sowie Selbstverwaltung dieser Kassen durch die Versicherten, damit diese Gelder nicht noch einen rechten Schikaneapparat schmieren helfen.

Man muß der sozialdemokratischen Politik eine revolutionäre Politik entgegenstellen und nicht so tun, als ob die Steigerung der Versicherungsbeiträge eine Sache wäre wie die Steigerung von x-beliebigen Warenpreisen. (Man wartet darauf, daß auch die Steuer noch zum Bestandteil der Teuerungsrate erklärt wird, sozusagen als deren dritter Teil.)

Das ganze analytische Pech, das an dem „Komitee Öffentlicher Dienst KB/Gruppe Hamburg“ klebt, kommt von einem kleinbürgerlichen Herangehen. Natürlich erscheint vom Standpunkt der Reproduktion ausschließlich her betrachtet die Mark, die an die Versicherung geht, ganz ähnlich als Kosten wie die Mark, die man für eine Frikadelle ausgibt. Aber es ist halt etwas anderes.

Vorsicht, ein „an sich richtiges Prinzip“ taucht auf

„Mit der Aufstellung der 135,- DM Forderung wurde von den Gewerkschaftsführern ein an sich richtiges Prinzip (lineare Lohn- und Gehaltserhöhungen zu fordern) – für das die Kommunisten und zunehmend mehr klassenbewußte Gewerkschafter beharrlich eintreten und das die DGB Oberen bzw. ihre Gefolgsleute bisher immer verbissen bekämpft haben! – in sein Gegenteil verkehrt.“

Das „an sich richtige Prinzip“, dem das Schicksal widerfuhr, „in sein Gegenteil verkehrt“ zu werden, vor Augen, drängt es einen zu fragen wie die Jungfrau Maria den Heiligen Geist „Wie soll das geschehen?“

Dazu ist nur die Teuerungsrate fähig, die berufen ist, den Analytikern vom „Arbeiterkampf“, wenn immer nötig, beizuspringen.

„Denn, was nutzt eine lineare Forderung, die in der Höhe nur einen Teil der Teuerungsrate ausgleicht und damit (!) nicht den Interessen der Arbeiter und Angestellten gerecht wird?“

Wodurch verkehrt sich das „an sich richtige Prinzip“ „in sein Gegenteil“? Dadurch, daß nur ein Teil der Teuerungsrate ausgeglichen wird. Wann entfällt das Prinzip also seine ganze Schönheit? „Wenn die gesamte Teuerungsrate ausgeglichen ist“, ist das erreicht, ist das „Prinzip“ auch damit den Interessen der Arbeiter und Angestellten gerecht geworden. Es ist ein ziemlich vielschichtiges „Prinzip“.

Dahinter steckt eine krasse Vorstellung nicht nur von dem, was man als Teuerungsrate zu bezeichnen hat, sondern es ist leider erheblicher, vom Lohn selber.

Der Kapitalist zahlt den Arbeitern nicht etwa Lohn, weil

er einsieht, daß sich die Arbeiter allerhand kaufen müssen. Der Kapitalist zahlt den Lohn, weil er etwas dafür bekommt und insofern er etwas dafür bekommt, nämlich die Arbeitskraft des Arbeiters. Der Lohn ist das Entgelt für verausgabte Arbeitskraft und überhaupt nicht vergleichbar mit dem Monatswechsel, den der Student aus gutem Hause bezieht und wo er tatsächlich bloß mit der Teuerungsrate winken kann und erklären, daß bei den gestiegenen Preisen ihm ein standesgemäßer Unterhalt mit den lumpigen ein- oder zweitausend DM nicht mehr möglich sei. Er mag auch eine höhere Beteiligung vom jährlichen Couponabschneiden fordern, weil mehr da ist. Für solche Fälle sind die Kategorien „Teuerungsrate“ und „Verteilungsspielraum“ hinlänglich. Für die Fragen des Arbeitslohnes aber nicht. Den gewöhnlichsten Fall der Lohnverkürzung gibt es in diesem Verhältnis, wo keine Arbeit vorkommt, auch nicht. Er besteht in folgendem Vorgang: Unterstellen wir die Preise für alle Reproduktionsmittel der Arbeitskraft für gleichgeblieben, also Wegfall der Teuerungsrate. Der Kapitalist, oder um beim Fall zu bleiben, der öffentliche Dienstherr rationalisiert kräftig. Verdichtet den Arbeitstag. Erhöhter Verschleiß der Arbeitskraft ist die sichere Folge und auch der Zweck der Unternehmung.

Soll man nach Auffassung unserer Teuerungsrate-spezialisten dann hinstehen und sagen, „das an sich richtige Prinzip ist erfüllt, Teuerungsrate nicht nur teilweise, sondern vollständig ausgeglichen, den Interessen der Arbeiter und Angestellten ist damit Gerechtigkeit widerfahren, wenn sie dennoch (um im „Arbeiterkampf“-Jargon zu bleiben) angeschissen worden sind, so können wir uns das auch nicht erklären.“

Der Mangel ist offenkundig. Er entsteht, weil in der Analyse vom Verkauf der Arbeitskraft bloß die Seite betrachtet wird, in der der Arbeiter als Privatmann wie jeder andere auftritt. Er hat Geld, obzwar nicht viel, und möchte gern mehr. Wenn die Lage schon schlecht ist, will er wenigstens behalten, was er hat, und so wird der Lohnkampf als das genommen, als was er erscheint, nämlich als Kampf um die Waren, die der Arbeiterhaushalt zu seiner Reproduktion braucht.

Man führt den Lohnkampf aber nicht gegen den Krämer. Die DKP bringt zwar auch dieses fertig. Zumindest im Versuch. Man führt ihn gegen den Kapitalisten, und zu Grunde liegt das Ausbeutungsverhältnis.

Der Arbeiter, der seine Arbeitskraft verkauft, kriegte von dem Kapitalisten nicht das Ergebnis seiner Arbeitsleistung gezahlt. Er kriegte bestenfalls, was er zur Reproduktion seiner verbrauchten Arbeitskraft aufbringen muß.

Man kann die Sache auch so darstellen, daß der Kapitalist nicht etwa den Gegenwert für die gesamte Arbeitsleistung als Lohn zahlt, sondern bloß für einen Teil. Der Arbeitstag des Arbeiters zerfällt also in bezahlte Arbeitszeit, in der er die Kosten für seinen Lohn dem Kapitalisten anschafft, und Mehrarbeit, die dem Kapitalisten zufällt. Dieses Verhältnis ist grundlegend. Der Kapitalist hat die Macht über die Produktion. Er kann durch Änderungen im Produktionsprozeß unaufhörlich an dem Verhältnis von bezahlter Arbeitszeit zu Mehrarbeit drehen. Und tut das auch. Er kann durch Ausdehnung der Arbeitszeit gerade so sein Geschäft machen wie durch Verdichtung. Zum Schluß kann er den Teil der Arbeitszeit, die er noch

* Ausrufungszeichen vom Verfasser gesetzt

bezahlt, auch verkürzen durch direkte Lohnsenkung. Es geht dabei jedesmal um die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter durch den Kapitalisten.

Im öffentlichen Dienst wird kräftig rationalisiert die letzten Jahre. Man übertreibt nicht, wenn man feststellt, daß die Arbeit, die vorher zehn verrichtet haben, in vielen Fällen jetzt auf neun lastet. Man kann das getrost auf die Lohnforderung draufschlagen. Schon hat man, was auch Wahrheit ist, festgestellt, daß eine Forderung von so um die 300 DM nötig sein würde, um die Lohnsituation von vor einem Jahr herzustellen.

Die Frage steht zu beantworten, warum stellt man dann eine solche Forderung nicht auf? Ökonomisch hat die Arbeiterklasse dabei alles Recht auf ihrer Seite. Erstens sind die Löhne relativ zu allen anderen Preisen gesunken. Zweitens steigern sich mit der erhöhten Verausgabung von Arbeitskraft ganz natürlich auch die Aufwendungen, die zur Reproduktion erforderlich sind. Geld her oder Streik. Warum nicht? Vielleicht weil es der Wirtschaft schadet?

Das kann die Arbeiter nicht kratzen. Immerhin ist es ja die „Wirtschaft“ des Arbeiterhaushaltes, die mit der Lohnverkürzung zugrunde geht.

Vielleicht weil die „Teuerungsrate“ nicht so hoch ist? Aber, wir machten uns zu schönen Idioten, wenn wir anfangen, prinzipiell zu verkünden, daß der Arbeiter niemals auf einen höheren Lohn einen Anspruch hat als ihm die Inflation jeweils weggefressen hat. Das bringt auch nicht weiter, sondern wirft bloß zurück.

Der Lohn ist der Preis, den der Kapitalist für die Arbeitskraft des Arbeiters zahlen muß. Daß er überhaupt am Kauf der Arbeitskraft interessiert ist, liegt daran, daß die Arbeitskraft mehr Wert schafft, als zu ihrer Reproduktion nötig, und ihm so den Profit schafft.

Was er dafür bezahlt, ist nach seinem Gesichtspunkt leicht zu sagen. Möglichst wenig. So wenig er kann, ohne von der Zufuhr von Arbeitskraft ganz abgeschnitten zu sein. Weil andere Kapitalistenbrüder zum Beispiel mehr zahlen. Der Preis der Arbeitskraft, der Lohn, wird so bestimmt durch die Konkurrenz der Kapitalisten, der Käufer der Arbeitskraft, untereinander, sodann durch die Konkurrenz der Verkäufer der Arbeitskraft untereinander und schließlich durch die Konkurrenz zwischen beiden Teilen.

Die Seite, die unter sich den geringsten Krach hat, wird sich durchsetzen.

Eine Forderung auf Lohn muß also vor allem die Eigenschaft haben, den Zusammenschluß der Arbeitskräfte zu stärken und die Konkurrenz zwischen ihnen zu unterdrücken. Ansonsten nützen die allerbesten Argumente nichts. Man wird über den Löffel balbiert.

Praktisch steht niemals die Frage, was müßten die Arbeiter kriegen, um wenn schon kein feines, so doch ein erträgliches Leben zu fristen. Praktisch steht die Frage: Unter welcher Forderung können sich die Arbeiter zusammenschließen, um der natürlichen Eigenart der Kapitalisten, den Preis für die Arbeitskraft in Richtung Null zu drücken, entgegenzuwirken?

Weil unsere großen Analytiker vom „Arbeiterkampf“ die Sphäre der Produktion, wo die Kapitalisten ihre dunklen Machenschaften betreiben, außer acht lassen und nur auf die Teuerungsrate blicken, die etwa in der Preisliste des Supermarktes erscheint, bemerken sie das Problem gar nicht; es existiert bei ihnen nicht. Im Supermarkt exi-

stiert es auch nicht.

Ein kläglich Versuch, das Nachtraben zu veruschen

Überhaupt nicht mehr kriegen kann sich diesmal offenbar die Redaktion des „Arbeiterkampf“ in einem Kasten, den sie dem KBW gewidmet hat, und der schwarz (!) eingerahmt ist (als ob sie traurig sind?).

Auf die Bemerkung in der KVZ Nr. 2/76, daß der Kanzler Schmidt von der Forderung überrascht sei, und wenn er bemerken würde, wie sehr ihm die Arbeiterklasse damit in die imperialistischen Träume spucke, würde er wild werden, reagiert der „Arbeiterkampf“ mit zwei Ausrufungszeichen. Dazu greift er immer, wenn er sprachlos ist. Sprachlos wird der „Arbeiterkampf“ notwendig, weil er, nachdem gedankenlos das Problem der Konkurrenz unter den Arbeitern übersehen wird (sondern man dort den Teuerungsungleich fordert und Punktum), ein Gedanke über die Konkurrenz unter den Käufern von Arbeitskraft für etwas ganz Unzulässiges erachtet wird.

Auf Seiten der Kapitalisten verhält es sich doch so, daß der westdeutsche Imperialismus relativ gestärkt aus der Krise hervorgeht und sich zu selbständigen Taten rüstet. Das kann er bloß, wenn er sich die Mittel für diese ehrgeizigen Pläne aus den Knochen der Arbeiterklasse in Westdeutschland schindet. Woher denn sonst?

Allerdings lockt auf dem Weltmarkt demjenigen der Profit, der zuzuschlagen versteht. Und so schweiß die Erwartung auf künftige Profite auf dem Weltmarkt, die sich der Reihe nach erschließen, wenn es nur gelingt, den Lohn zu drücken, die imperialistische Bourgeoisie unerhört zusammen. Der Konkurrenz zwischen den sauberen Herrschaften auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt um die Arbeitskräfte wird dadurch entgegengewirkt, und es entsteht eine ziemlich harte Front.

Darin ist die halbe Wahrheit über den Stahlabschluß verborgen. Und darin liegen auch die Gründe, warum die Führungen der DGB Gewerkschaften so nachgiebig sind. Sie hoffen darauf, daß die Geschäfte der Kapitalisten zu florieren anfangen und daß dann die Arbeiter auch wieder Land sehen. Sie wollen die Kapitalisten schonen. Deswegen sind sie im Stahlgewerbe nicht nur mit einer niedrigen, sondern mit einer Spalterforderung in Prozenten angetreten und haben alles andere abgebugelt.

Nicht, wie die Narren vom „Arbeiterkampf“ meinen, die Teuerungsrate und ihr Ausgleich ist durch die Festgeldforderung berührt.

Durch die Festgeldforderung wird verhindert, daß mit der Entwicklung der Lohnverhandlungen Spaltungen eintreten, die es für die unteren Lohngruppen völlig aussichtslos machen und unrentabel, in den Kampf zu gehen.

Daher bleibt mit einer solchen Forderung den Belegschaften die Fähigkeit zur selbständigen Aktion, auch und gerade dann, wenn die Verhandlungen sich entwickeln.

Es mag sein, daß es der eine oder andere Redakteur vom „Arbeiterkampf“ schon miterlebt hat, wie zum Beispiel bei den Sockel- und Prozentforderungen der Punkt eintritt, wo ein erheblicher Teil der Belegschaften sagt, jetzt kann doch nichts mehr herauskommen, es hat ja keinen Zweck. Das ist bitter, und deswegen sind Prozentfor-

* Durchweg anstatt (!) eines Arguments (!) oder Beweises (!)

derungen schlecht. Weil sie die Konkurrenz unter den Arbeitern spitzen. So einfach ist das.

Daher ist es unbedingt als ein Erfolg zu werten, daß die ÖTV-Führung gezwungen werden konnte, diese Forderung schon in der bekannten Alternative, anläßlich derer beim „Arbeiterkampf“ Schweigen Trumpf und Abwarten der Kreuz Bube war, mit aufzustellen.

Wonach bemißt sich nun die Höhe von 135 DM. Diese muß man daran bemessen, welche Preise für Arbeitskraft überhaupt gezahlt werden.

Wir haben eine erhebliche Arbeitslosigkeit. Das bedeutet, die „Konjunktur“ ist nicht einfach auf Seiten der Arbeitskräfte. Ihre Fähigkeit, die Konkurrenz untereinander zu unterdrücken, wird einer gewaltigen Probe ausgesetzt. Für den öffentlichen Dienst trifft das insbesondere auf jene Teile der Beschäftigten, die im weiteren Sinne einfache Tätigkeiten verrichten.

Erhebt man in so einer Lage eine Forderung, die erheblich über die Preise hinausgeht, die anderwärts für ähnliche Arbeitskräfte gezahlt werden, so kann man leicht die schönste Spaltung in die gesamte Arbeiterbewegung kriegen.

Man müßte nach unserer Auffassung die Lage so einschätzen, daß man mit einer Forderung von 180 DM die gesamte Metallarbeiterschaft in den Kampf mit hineinreißen könnte. Bekanntlich ist die Forderung der IGM mit durchschnittlich 8 % ja **niedriger** wie im öffentlichen Dienst. Sie würde bei 1800 DM sich auf 144 DM belaufen, und es sind wirklich sehr viele Metallarbeiter, die weniger haben. Sogar bei VW, wo die Effektivlöhne überdurchschnittlich hoch und tariflich gesichert sind, liegen mehr als 50 % der Belegschaft unter 1800 DM brutto. Schätzt man die Lage nicht so ein, dann muß man zugeben, daß sie zwar bitter ist, man aber eine Forderung braucht, die einem den Kampf erlaubt, auch wenn die gesamte Kapitalistenklasse und die gesamte Bourgeoisie und der bürgerliche Staat die objektiven Möglichkeiten zur Spaltung ausnutzen werden.

Man kommt dann gleich darauf, daß man insbesondere im öffentlichen Dienst eine Forderung braucht, die ein starkes moralisches Element enthält, dem sich alle, auch die schlechtestbezahlten Arbeitskräfte im Lande anschließen können und müssen, wenn sie sich nicht aufgeben wollen.

Deswegen haben wir im Sommer beschlossen, für eine Forderung einzutreten, die sich im wesentlichen dagegen richtet, daß Arbeitskräfte im Lohnverhältnis dem absoluten Elend preisgegeben werden, daß die Reproduktion der Arbeiterfamilie nicht bloß berührt und eingeschränkt wird, sondern in vielen Fällen zusammenbrechen muß, daß die Erscheinungen der Degradation und Zersetzung somit in der Arbeiterklasse um sich greifen, und daß schließlich die Machtfülle des einzelnen Kapitalisten oder Dienstherren ins Unermeßliche gesteigert wird, wenn er innerhalb eines Beschäftigungsverhältnisses und indem er es aufrechterhält den Arbeiter ins Elend stürzen kann. Dazu ist die Forderung nach 135 DM für alle gleich geig-

net. Das haben wir in der Tat Ende August beschlossen, was hat der „Arbeiterkampf“ seitdem getan?

Der Mensch, der sich, und sei es aus Gründen der Funktion, die er bekleidet, gezwungen sieht, den „Arbeiterkampf“ vollständig zu lesen, weiß es genau. Überhaupt nichts.

Dem „Arbeiterkampf“ schwant es, daß man ihm so etwas als „schweinischer“ Kritiker unter die Nase reiben wird. Und wie oft, rettet er sich in die Tatsachenverfälschung. Unsere Helden vom „Arbeiterkampf“, die vertuschen müssen, daß sie sich erst am 19. Januar zu Wort gemeldet haben, machen das, indem sie kühn den Anfang der Bewegung in den Dezember verlegen.

Am 17. Dezember hatte nämlich der Hauptvorstand der ÖTV herausgelassen, seiner Meinung nach sollte man entweder eine Festgeldforderung von 135 DM oder eine Forderung 45 DM plus 5 % aufstellen.

Prompt liest man im „Arbeiterkampf“, die Gewerkschaftsvorstände hätten „von Anfang an“ die 135 DM-Forderung und eine gemischte Forderung zur Diskussion gestellt; und diese Forderung sei „von Anfang an vom Hauptvorstand der ÖTV selbst“ vorgeschlagen worden.

Vorsichtig gerechnet, waren es etliche zehntausend der aktivsten Gewerkschafter, die lange vor dem vom „Arbeiterkampf“ amtlich verordneten „Anfang“ der Lohnbewegung sich unterstanden hatten, gegen den heftigen Widerwillen der Sozialdemokraten Versammlungen einzuberufen und Forderungen zu beraten und zu beschließen. Als die große Tarifkommission zusammentrat, stand bereits eine ziemlich breite Front für Festgeldforderungen.

Die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ bringt es ohne Mühe fertig, ihre eigene Stumpfheit, die sie dazu befähigt hat, bis zum 19. Januar zu harren, zu tarnen, indem kühn diese ganze Bewegung „vor den Anfang“ gelegt wird.

Das hätten sich die Sozialdemokraten auch geschätzt, daß sie bestimmen, wo der „Anfang“ und wo das „Ende“ zu liegen hat.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind so frei, das lieber selber zu bestimmen. Man ist es gewöhnt, daß die selbständige Tätigkeit der Mitgliedschaft von den Sozialdemokraten als ein Nullum, ein Nichts, etwas Belangloses „vor dem Anfang“ gewürdigt wird.

Mit der Linie der Zeitschrift „Arbeiterkampf“ in der Lohnbewegung im öffentlichen Dienst haben wir uns spät auseinandergesetzt und die Artikel im „Arbeiterkampf“ Nr. 72, die uns als Material dienen, sind kurz und wenig ausführlich. Aber, früher als am 19. Januar ging es nicht und etwas besseres gibt es dazu seitens des „Arbeiterkampf“ nicht. Das beste wäre allerdings, wenn er sich ganz heraushalten würde. Es will uns so scheinen, daß praktische Aufgaben ein wenig schwierig sind und nicht zu vergleichen mit der Ausrichtung von Veranstaltungen mit Gesang und kulturellem Charakter, worin der „Arbeiterkampf“ relativ gut ist und bei welchem Leisten er auch bleiben sollte. — (m.f.)

Die bürgerliche Klasse besitzt den Staat

Das Beispiel der Städte Heidelberg und Bremen

Die westdeutschen Banken (außer der Bundesbank) hatten am Ende des 3. Quartals 1975 zwei Drittel der gesamten westdeutschen Staatsschuld von 229 Milliarden DM, nämlich 150 Milliarden DM. Nicht einbezogen sind dabei die Schulden der Bundesbahn, die Ende September 1975 auf 25,3 Milliarden DM standen, der Bundespost von 38,7 Milliarden, sowie der kommunalen Eigenbetriebe, die seit jüngst in den Statistiken über die Staatsschuld nicht mehr mit aufgeführt werden. (1) Die Banken und durch sie das Finanzkapital, d.h. der Zusammenschluß von Bank- und hochmonopolisiertem Industriekapital, verfügen damit nahezu vollkommen über den Staatskredit, können ihn sperren oder fließen lassen und haben damit jede Regierung in der Hand. Bundesregierung, Länderregierungen, Stadt- und Gemeindeoberhäupter samt den dazugehörigen Parlamenten bekamen das im vergangenen Sommer drastisch zu spüren.

Um eine Änderung des politischen Kurses zu erzwingen, wie sie dann im Haushaltsstrukturgesetz und verschiedenen reaktionären Gesetzen bzw. Gesetzesvorhaben auch durchgesetzt wurde, stoppte das zuständige Bankenkonsortium (Zentraler Kapitalmarktausschuß) der Bundes- und den Länderregierungen im letzten Sommer den Kredit. (2) In der Statistik sieht das so aus:

Aufgenommene Anleihen der öffentlichen Hand im Jahr 1975:

Januar	1823 Mio	Juli	610 Mio
Februar	1408 Mio	August	203 Mio
März	730 Mio	September	49 Mio
April	2960 Mio	Oktober	243 Mio
Mai	1352 Mio	November	-396 Mio
Juni	1998 Mio		

Von Juni auf Juli schrumpfte der öffentliche Kredit auf ein knappes Drittel, dann im August noch einmal auf ein Drittel, um im September gerade noch auf 49 Millionen zu kommen. Am 22. August trat daraufhin Schmidts Krisenkabinet mit dem Bundesbankchef am Brahmsee zusammen und am 8. Oktober brachte die Regierung im Bundestag das Haushaltsstrukturgesetz ein. Freilich, ohne dafür mehr als kurzfristiges Überbrückungsgeld zu bekommen. Erst im Januar 1976 konnte sie wieder die erste längerfristige Anleihe unterbringen.

An diesem Vorgang läßt sich viel über den bürgerlichen Staat lernen. Engels hat davon gesprochen, daß „in der demokratischen Republik ... der Reichtum seine Macht indirekt, aber umso sicherer ausübt. Einerseits in der Form der direkten Beamtenkorruption ..., andererseits in Form der Allianz von Regierung und Börse, die sich um so leichter vollzieht, je mehr die Staatsschulden steigen und je mehr Aktiengesellschaften nicht nur den Transport, sondern auch die Produktion selber in ihren Händen konzentrieren und wiederum in der Börse ihren Mittelpunkt finden.“ (3) Das ist hier mit Händen zu greifen. Nur

ist es in der Epoche des Finanzkapitals nicht mehr die Börse, die den Mittelpunkt bildet, sondern sind es eine Handvoll Banken, über die Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital organisiert sind. Der bürgerliche Staat ist selber tatsächlich eine Art von Aktiengesellschaft: Die bürgerliche Klasse hält an ihm unterschiedliche Anteile, je nach der Verfügung über die Staatsschuld bei den einzelnen über die Banken organisierten Kapitalgruppen.

Zweck des bürgerlichen Staates als eines von der ganzen Bourgeoisie gemeinsam betriebenen Unternehmens, ist die Erledigung der gemeinsamen Geschäfte der Bourgeoisie als Klasse. Das sind: Erstens und hauptsächlich die Unterdrückung der ausgebeuteten Klassen, der Arbeiterklasse und des Volkes, und die Durchsetzung eines Rechtssystems für die ganze Gesellschaft, wodurch das private Eigentum an den Produktionsmitteln und der Privateigentümer geschützt sind. Und zweitens: Die Bereitstellung der allgemeinen Produktionsvoraussetzungen sachlicher Art, ohne die die private Profitproduktion stöken müßte, wie z.B. Straßenbau, Kanalisation, Versorgung mit Energie und Wasser usw.

Beides kostet Geld. Oder, wie das Lehrbuch von Schultze-Gaevernitz über „Das preußische Staatsrecht“ von 1890 in seinem dritten Bande feststellte: „Alle großen, umfassenden Aufgaben, mögen sie noch so geistiger Art sein, bedürfen zu ihrer Verwirklichung im Leben materieller Mittel, namentlich menschlicher Kräfte und sachlicher Güter. So vor allem die Aufgaben des Staates. Der Umfang und die Bedeutung dieser Mittel erweitern sich mit den Aufgaben, welche der Staat sich steckt.“ Seitdem hat die Bourgeoisie ihrem Staat immer umfassendere Aufgaben gesteckt. Aber sie ist eine Klasse, die nicht gewohnt ist, für „große Aufgaben“ zu bezahlen, sondern an ihnen zu verdienen.

Staatskredit: Kurze Leine für die Regierung

Den größten Teil der Staatskosten legt sie über die Steuer auf die Löhne und Gehälter der arbeitenden Massen. Einen kleineren Teil muß sie selber tragen aus den Profiten, die sie aus der Mehrarbeit der Arbeiterklasse zieht. Einen ständig wachsenden Teil der Kosten ihres Staates finanziert sie über Kredite. 1975 wurde über Kredite ein Viertel des Bundeshaushaltes finanziert. Und die Staatsschuld wächst rasend, allein in den letzten zwei Jahren um 100 Milliarden von insgesamt 293 Milliarden. Bürgerliche Ökonomen trösten sich damit, daß Staatsschulden „im Prinzip nichts anderes bedeuten, als daß

(1) Bericht der Deutschen Bundesbank vom Januar 1976

(2) Wir berichteten darüber in der kommunistischen Volkszeitung Nr. 34, 35, 39, 43 und 45

(3) Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW Band 21, S. 167

bestimmte Lasten teilweise in die Zukunft verlagert, also späteren Generationen aufgeladen werden." Der „Spiegel“ widmet einer Renate Merklein für einen Lobgesang auf die Staatsschuld volle zwei Seiten, wobei die Dame zu dem Schluß kommt, daß „die Erben zahlen“ sollen und „Schulden für den demokratischen Staat nicht nur eine legitime, sondern eine notwendige Finanzierungsart sind“. (4) Wenn sie wüßte, wie recht sie damit hat! Karl Marx hat sich über diese Theorie des Generationenausgleichs oder der Antizipation schon vor hundert Jahren lustig gemacht. Er führt an: „Was die sog. Antizipation betrifft, z.B. bei Staatsschulden, so bemerkt Ravenstone bezüglich derselben mit Recht: „Indem sie vorgeben, die Ausgaben der Gegenwart in die Zukunft zu verschieben; indem sie behaupten, daß man die Nachkommenschaft belasten kann, um die Bedürfnisse der heutigen Generation zu befriedigen, behaupten sie das Absurde, daß man konsumieren kann, was noch nicht besteht, daß man von Lebensmitteln leben kann, ehe die Samen in die Erde gesät worden sind. Die ganze Weisheit unserer Staatsmänner läuft auf eine große Übertragung von Eigentum von einer Klasse von Personen auf eine andere hinaus, indem sie einen enormen Fonds zur Belohnung von Spekulationen und Unterschlagungen schaffen“. (5)

Durch den Kredit hat die Bourgeoisie als besitzende Klasse nicht nur den Staatsapparat fest in der Hand. Sie kann sich darüber auch einen Teil der Steuereinkünfte des Staates als Zinsen sichern. Über die Kreditierung ihres Staates erzwingt sie von der Gesellschaft einen zusätzlichen ständigen Tribut, durchaus vergleichbar dem des privaten Steuerpächters in Zeiten des Absolutismus. Rechnet man die von der Bundesregierung allein für die Bundesschulden angegebenen Zahlungen von 23,3 Milliarden DM an Zinsen und Tilgung für 1976 auf die gesamte Staatsschuld um, so kommt man auf eine Summe von annähernd 70 Milliarden DM, welche die besitzende Klasse in Westdeutschland allein 1975 an Tribut aus dem Steuereinkommen gezogen hat. Solchen für die Bourgeoisie herrlichen und für die Volksmassen drückenden Zuständen ein Ende zu machen, das hält die „Spiegel“-Essayistin für einen Eingriff in die demokratische Substanz: „Eine reine oder nahezu reine Steuerfinanzierung der Staatshaushalte paßt ... eher zu autoritär sozialistischen Staaten“, findet sie.

Das Parlament ist bei diesem bürgerlichen Staatsunternehmen eine Art Aufsichtsrat und die Regierung sein geschäftsführender Ausschuß. Ein Ausschuß, der den Hut nehmen muß, wenn er den Aktionären, den Kapitaleignern nicht mehr paßt. Solange über Wahlrechtseinschränkungen überhaupt nur die besitzenden Klassen im Parlament vertreten waren, war der Charakter eines Aufsichtsrates der Bourgeoisie über ihr gemeinsames Unternehmen Staat beim Parlament noch offensichtlicher als heute, wo über das allgemeine Wahlrecht die Illusion genährt wird, die Arbeiterklasse und das Volk könnten in diesem Aufsichtsrat eines Unternehmens zur Unterdrückung der Arbeiterklasse die Mehrheit erringen und damit das bürgerliche Staatsunternehmen für sich nützen. Abgesehen davon, daß der Charakter des bürgerlichen Staatsapparates zur Befreiung der Arbeiterklasse und zur Unterdrückung der Bourgeoisie ganz und gar ungeeignet ist, sähe sich eine auch nur andeutungsweise linke Mehrheit im Aufsichtsrat des bürgerlichen Staatsunternehmens auch schnell von allen Mitteln abgeschnitten und

von der Staatsschuld erdrückt, die in den Händen der Bourgeoisie ist. So stellte Franz Heinrich Ulrich, Vorstandssprecher der Deutschen Bank und einer der Organisatoren der Kreditsperre im Sommer in bezug auf Jusos und linke SPDler kürzlich vor dem Harvard-Club Rhein-Ruhr in Düsseldorf befriedigt fest: „Vom Standpunkt des Unternehmers hat sich ... die politische Situation Anfang 1976 gegenüber 1975 verbessert, denn die Ultralinken und Systemveränderer seien praktisch weg vom Fenster.“ (6) Nur despotische Eingriffe in die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse können eine proletarische Staatsmacht sichern.

Die Gemeinden sind total verschuldet

Die Abhängigkeit der bürgerlichen Staatsorgane vom Kredit und die Tributpflichtigkeit der Volksmassen nicht nur für den Unterhalt des bürgerlichen Staatsapparates, sondern auch für den Zins auf die Staatsschuld, sind grundlegende Prinzipien des bürgerlichen Staates in Westdeutschland auf allen seinen Ebenen, im Bund, im Land und in der Gemeinde. Alle parlamentarischen Vertretungsorgane sind gebunden an entsprechende Kreditinstitute, über welche die Bourgeoisie als besitzende Klasse die Kontrolle ausübt.

Am umfassendsten ist diese Anbindung bei den Städten und Gemeinden, den Organen der sogenannten Selbstverwaltung. 1975 mußte „bereits jede zehnte Mark für den Schuldendienst in den Gemeindehaushalten aufgewendet werden“ (7). Durch Gemeindesteuern und gesetzlich festgelegte Anteile an der Einkommenssteuer wurde 1975 nur 26,4 % der Gemeindehaushalte gedeckt. Diese Steuerdeckungsquote ist seit 1956, wo sie noch 39,7 % betrug, rückläufig. Die Gemeindehaushalte sind daher vollkommen abhängig von Zahlungen, die der Bund bzw. das Land gegen Auflagen leisten, von städtischen Gebühren und von der Kreditaufnahme.

Die Gemeindesteuern werden hauptsächlich von den Kapitalisten und den besitzenden Klassen und Schichten erhoben. Es sind das die Gewerbesteuer, die Lohnsummensteuer und die Grundsteuer. Diese Steuern haben sich 1975 nicht erhöht, sind mit einer Steigerung von 0,6 % angesichts der Inflationsrate von 6 % sogar zurückgegangen. Für 1976 rechnet der Gemeindefinanzbericht mit einer Erhöhung um 5 %, was ebenfalls unter der Inflationsrate liegen dürfte. Der Gemeindefinanzbericht kommt zu der Feststellung: „Allem Anschein nach operieren die Städte in ihrer Steuerpolitik trotz der prekären Haushaltslage äußerst vorsichtig und machen aus konjunkturpolitischer Rücksichtnahme nur im Notfall von Hebesatzerhöhungen Gebrauch.“ Mit anderen Worten: Die Steuern für die Kapitalisten werden gesenkt. Und nützen können die Kapitalisten dabei die Konkurrenz der Städte untereinander, die jeweils mit möglichst niedrigen Steuern Kapitalisten zur Anlage zu locken versuchen.

Anders steht es mit den „Einnahmen aus Gebühren und Entgelten“. Hierzu kann man erfahren, „daß im Laufe des Jahres 1975 bereits ganz erhebliche Entgeltanpassungen vorgenommen worden sind (plus 13,5 %) und daher nun

außer einer Angleichung an gestiegene Kosten im Durchschnitt aller Gemeinden betrachtet nicht mehr viel Handlungsspielraum zu verbleiben scheint.“ Von dem sogenannten „Kostendeckungsprinzip“, das besagt, daß das Volk erst mal den ganzen Staatsapparat aus seinen Steuern bezahlen muß, um dann jede einzelne Inanspruchnahme einer öffentlichen Einrichtung noch mal extra zu bezahlen, von diesem Kostendeckungsprinzip heißt es, „daß zumindest in den ‚klassischen‘ Gebührenhaushalten inzwischen Kostendeckung erreicht worden ist.“ Während also für die Kapitalisten die Steuern gesenkt worden sind, wurden für das Volk überall die städtischen Gebühren drastisch erhöht.

Gleichzeitig stieg die Verschuldung der Städte und Gemeinden gegenüber dem Vorjahr um 40 %. Der Schuldendienst, d.h. Zinsen und Tilgung für die kommunalen Kredite, stiegen von 1960 gleich 100 % auf 1975 gleich 616 % und sind damit der am raschesten wachsende Haushaltstitel. Der laufende Verwaltungshaushalt der Gemeinden ist durch Zinszahlungen so belastet, daß er „in den Jahren 1975 und 1976 nicht einmal mehr den Schuldendienst“ aufbringen kann, „der stattdessen schon aus Rücklagenentnahmen gespeist werden muß“. Schon „bislang haben die Kommunen ihren Kreditrahmen ... weitestgehend ausschöpfen müssen.“ Der Gemeindefinanzbericht 1976 erinnert jetzt daran, daß „das kommunale Haushaltsrecht ... dann weitere Kreditaufnahmen (versagt), wenn die jederzeitige Schuldendienstleistungsfähigkeit in Frage gestellt ist.“ Die „jederzeitige Schuldendienstleistungsfähigkeit“ ist der oberste Grundsatz des bürgerlichen Staates, auf dessen Einhaltung die kreditierende Bourgeoisie strikt achtet.

Das fehlende Geld im Staatshaushalt für Investitionen, deren Rate 1975 auf Null stand und 1976 ins Minus zeigt, muß also anderwärts besorgt werden. Investitionen müssen sein, denn erstens verdienen die Kapitalisten an den dabei vergebenen Aufträgen und zweitens würden ohne städtische Investitionen in Straßen, Kraftwerke, Verkehrsmittel, Schulen die Kapitalisten die Voraussetzungen für die Profitproduktion entheben müssen. Es ist deshalb seit einiger Zeit der Ruf nach Privatisierung öffentlicher Unternehmen laut geworden. Woraus sich Profit schlagen läßt, daraus soll sich irgendein Bourgeois direkt mästen können. Für die gesamte Klasse hat das den Vorteil, daß durch den Verkauf öffentlicher Unternehmen Geld in die Stadtkassen kommt, um sie alle zu füttern. In diese Richtung ist seit einigen Jahren schon gegangen worden. Der Gemeindefinanzbericht erläutert, „daß Veräußerungen von Beteiligungen und von Grundbesitz zur Regel geworden sind und daß entsprechende Erlöse einen festen Platz im Gemeindefinanzsystem eingenommen haben. Allein rund 2 Milliarden DM im Durchschnitt der letzten 4 Jahre – fast die Jahreseinnahmen aus der Lohnsummensteuer – wurden jährlich durch die Veräußerungen von Anlagevermögen beschafft, um wenigstens die notwendigsten Investitionen tätigen zu können.“ Der Gemeindefinanzbericht gibt „zu bedenken, daß diese Fi-

nanzierungsquelle in absehbarer Zeit mangels Masse nicht mehr zur Verfügung stehen wird“.

Die Geldgeber bestimmen die Marschroute

Der Ausweg aus der Finanzklemme, der den „Gemeindevätern“ diktiert wird, ist neben weiterer Gebührenerhöhung der erhöhte Druck auf die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst. Die Kapitalisten gehen dabei von dem fest verankerten Instinkt aus, daß wo die Personalkosten höher als gewöhnlich die Auspressung der Arbeitskraft unter dem Durchschnitt liegend gesteigert werden müsse. Weiter wird von den „Gemeindevätern“ gefordert der „Abbau von Leistungen“. Von den Kindergärten über die Altersheime, die öffentlichen Nahverkehrsmittel, die Jugendhilfe, den Sportstättenbau wird das für Millionen direkt fühlbar werden. Der Gemeindefinanzbericht sorgt sich, „daß die Gemeinden einen Großteil sogenannter bürgerlicher Leistungen zu erbringen haben und sich erforderliche Leistungsbeschränkungen demzufolge sofort für den einzelnen bemerkbar machen.“ Die Sorge geht dahin, daß sich die vielen „Einzelnen“ zusammenschließen und sich kollektiv bemerkbar machen gegen den bürgerlichen Staatsapparat auf der Ebene der Stadt und ihre Plünderung zugunsten der Bourgeoisie nicht hinnehmen werden.

Was die Kommunalpolitiker zur Unterdrückung dieses Zusammenschlusses tun können, das machen sie mit Eifer. Die uniformierte Polizei ist ihnen nicht mehr unmittelbar unterstellt, sondern untersteht dem Land, um zentralisierter und konzentrierter eingesetzt werden zu können. Die bürgerlichen Stadtpolitiker aber schaffen dazu viele Ansatzpunkte und Gelegenheiten. Die Ordnungsämter, bis 1975 direkt Bestandteil der Polizei und noch heute mit Polizeifunktion versehen, dienen ihnen dabei als wichtige Instrumente. Sie verbieten und reglementieren jede revolutionäre politische Äußerung auf den Straßen und Plätzen. Verordnungen werden erlassen, die vom Volk übertreten werden müssen, wenn es sich politisch äußern und zusammenschließen will. Jede regierungsfeindliche Wandzeitung und jeder nicht polizeilich genehmigte Propagandastand wird zum Anlaß für einen Polizeieinsatz. Und bei breiteren Widerstandsaktionen wie den Kämpfen gegen Fahrpreiserhöhungen scheut der bürgerliche Staatsapparat nicht davor zurück, tausende von Polizisten aufmarschieren und eine ganze Stadt in Belagerungszustand versetzen zu lassen, um den Widerstand gegen die Ausplünderung der Volksmassen zu ersticken.

Von der Spitze im Bund mit den entscheidenden Instrumenten Armee, Bundesgrenzschutz, zentrale Verwaltung und Justiz, über die Länder mit Polizei- und Schulwesen bis herunter zu den Kommunen ist der bürgerliche Staat ein einheitlich gegen das Volk wirkender Apparat. Auf allen Ebenen hat ihn die bürgerliche Klasse direkt im Griff und bedient sich seiner. Wie das im einzelnen organisiert ist, darüber geben die folgenden Untersuchungen über Bremen und Heidelberg einige Auskunft. (wm)

(4) Der Spiegel Nr. 3/76

(5) Theorien über den Mehrwert, MEW Bd. 26,3, S. 303f.

(6) Handelsblatt, 19.1.1976

(7) Gemeindefinanzbericht 1976

Der Heidelberger Stadtrat: Das Herz schlägt, wo das Geld sitzt

Der Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, Reinhold Zundel, hat den zehnten Haushalt seiner Amtszeit vorgestellt mit einem Gesamtvolumen von 316 Millionen DM für 1976. Damit jeder versteht, woher der Wind weht und „draußen die Bürger die extremen Schwierigkeiten der öffentlichen Kassen verstehen“, hat er im Gemeinderat „deutsch“ geredet: „Schmalhans wird Küchenmeister“, denn wer weiß schon, was ein Minuswachstum ist, und: „Wir alle müssen den Gürtel enger schnallen.“

Nehmen ...

An allen Ecken und Enden sind erneut Gebührenerhöhungen vorgesehen, denn Oberbürgermeister Zundel sagt: Die Auswirkungen des Strukturbruchs – so nennt er die Krise der kapitalistischen Mißwirtschaft – erfordern von uns allen Zusammenstehen und bei aller Not der öffentlichen Haushalte dürfe der Anspruch der *Schwächsten*, der *Kleinen*, der *Alten*, der Erwerbswilligen, kurzum der überwältigenden Mehrheit der Bürger unserer Stadt nicht übersehen werden.

Für die „*Schwächsten*“ werden die Essenspreise der städtischen Gemeinschaftsküche um 10–20 % erhöht. (Die früher vorhandene Wärmestube ist längst abgeschafft.) Während 1974 die tatsächlichen Einnahmen aus der Gemeinschaftsküche 182027 DM betragen haben, erwartet die Stadt für 1976 nun 300000 DM. Das kann nicht nur durch die Erhöhung hereinkommen. Die Stadt rechnet offensichtlich mit einer wesentlichen Erhöhung der Essensteilnehmer, also derjenigen, denen es so schlecht geht, daß sie angewiesen sind auf das, was ihnen in diesen Armenküchen vorgesetzt wird.

Für die *Kleinen* ist eine Neufestsetzung der Beiträge in allen städtischen Einrichtungen zur Unterbringung von Kindern vorgesehen. 20 % mehr sollen die Eltern zahlen. Wer in der Säuglingskrippe ein Kind unterbringen will, muß bei 1500 DM Bruttolohn ab August 1976 pro Monat 220 DM zahlen. Die bürgerliche Presse schreibt nur über 170 DM und unterschlägt, daß dieser etwas niedrigere Preis nur für das zweite Kind in der Kinderkrippe gilt.

Für die *Alten* ist die Erhöhung der Pflegesätze der städtischen Altersheime um etwa 7 % vorgesehen. Sind die „*Insassen*“ – wie sie von einer FDP-Gemeinderätin genannt wurden – pflegebedürftig, kann ein weiterer Aufpreis von durchschnittlich 20 % festgesetzt werden. Für den Platz in einem Mehrbettzimmer beträgt der Pflegesatz pro Tag 28 DM, das sind 850 DM pro Monat. Die Verhältnisse in diesen Heimen sind so, daß Oberbürgermeister Zundel zugeben mußte, die Hälfte der Heime müßten schließen, wenn die neuen gesetzlichen Auflagen umgesetzt werden sollten, was für ihn kein Argument ist gegen die Heime, sondern gegen die gesetzlichen Auflagen.

Zur Vervollständigung – und so schließt sich der Kreis – sei noch erwähnt die Erhöhung der Bestattungsgebühren. Während 1972 die einfachste Bestattung 230 DM kostete, werden den Hinterbliebenen nunmehr 580 DM aus der Tasche gezogen. Dagegen – wie gegen alle anderen Erhöhungen gibt es bei den bürgerlichen Parteien im Heidelberger Gemeinderat keine Bedenken. Gerade bei Sterbefällen, heißt es, sei die Bereitschaft sehr groß, zu zahlen, was gefordert wird, und unsozial sei das auch nicht, denn keiner hätte ja 20 Sterbefälle im Jahr.

Am stärksten haben die Gemeinden den Lohnabhängi-

gen im öffentlichen Dienst den Gürtel enger geschnallt. Das Haushaltssicherungsgesetz der Bundesregierung geht in dieser Richtung noch weiter. Durchgeführt werden die darin beschlossenen Kürzungen in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes, auch in den Gemeinden. Über die Erfolge, die man hier bisher schon erzielt hatte, berichtet zufrieden der Heidelberger Stadtkämmerer Fränkel: „Die Personalkostenentwicklung blieb 1975 unter der ursprünglich angenommenen Größenordnung und für 1976 rechnen wir ja mit einer Steigerungsquote, die ganz wesentlich unter dem seitherigen Trend liegt. Dazu kommen die Auswirkungen des Einstellungsstopps. Alles zusammen genommen bleibt der Ansatz um 4,8 Millionen Mark unter dem der früheren Hochrechnung.“ Der Lohn ist also stärker gedrückt worden, als die Stadtväter ursprünglich zu hoffen wagten und die gestiegene Arbeitsleistung wird von weniger Arbeitskräften gefordert.

Weitere 2,2 Millionen sollen im Bereich der Instandhaltung und sonstigen Sachausgaben herausgeschlagen werden. Unter anderem sollen die Ausgaben für Diensträume und Dienstraumausstattung um 15 % gekürzt werden, was bedeutet, daß die Lohnabhängigen enger zusammengedrängt werden. Der Reinigungsaufwand von Gebäuden soll um ein Drittel zusammenstrichen werden. Jedes weitere Sachgebiet wird um 5 % gekürzt. All dies geschieht „zugunsten der Stärkung der Investitionsmittel“, wie ein Informationsblatt der ÖTV ausführt.

„Im Bereich der Sozialhilfe gehen die bisher überproportionalen Steigerungsraten praktisch etwas zurück“, kündigt der Kämmerer an, ohne jedoch Zahlen zu nennen. Auch dort also Kürzungen, denn die Zahl der „*Sozialhilfefälle*“, d.h. derjenigen, die unter das Existenzminimum fallen und absoluter Not ausgesetzt sind, weil z.B. ihr Arbeitslosengeld ausläuft, wird in nächster Zeit noch weiter wachsen.

... und Geben

Neben ständig steigenden Steuerlasten, der Erhöhung der Kranken- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge sind die kommunalen Gebührenerhöhungen ein weiteres Mittel, um das Volk und insbesondere die arbeitenden Klassen zu plündern und die ausbeutende besitzende Klasse, die Bourgeoisie zu stopfen. „*Kostendeckung*“ heißt das Zauberwort für die ständige Erhöhung von Gas-, Wasser-, Licht- und Müllabfuhrgebühren. Diese Erhöhungen, die den größten Teil der kommunalen Gebührenlasten betreffen, werden erst gar nicht im Gemeinderat beschlossen, sondern der Bevölkerung von den Stadtwerken verordnet. Schon lange sind die Stadtwerke und die Heidelberger Straßenbahn und Bergbahn AG in die – laut Oberbürgermeister Zundel – „*Beweglichen Rechtsformen des privaten Wirtschaftsrechts*“ überführt und damit aus jeder öffentlichen Kontrolle herausgenommen. So ist leichter zu verschleiern, wessen Kosten die Massen mit den Gebührenerhöhungen decken: Jahr für Jahr holen sich die Kapitalisten der Stadt Millionen über verbilligte Sondertarife von den Stadtwerken. Aus den spärlichen Angaben über diese Betriebe ist das eindeutig nachzuweisen.

Zum Beispiel hat 1973 der Gasverbrauch gegenüber dem Vorjahr um 46 % zugenommen, die Einnahmen je-

doch lediglich um 22 %. Ein großer Teil des Gases muß also billiger abgegeben worden sein. Tatsächlich wurden 1972 noch 31 % des Gasverbrauchs zu Tarifpreisen abgegeben, 1973 nur noch 21 %. Der große Rest wird zu verbilligten Sondertarifen abgegeben, über die keine Daten veröffentlicht werden. Sie sind Gegenstand privatrechtlicher Verträge zwischen Stadtwerken und Kapitalisten. Aus den Gesamtzahlen kann man eine Schätzung anstellen: Bei einer Einnahme von 13,8 Millionen DM und einer Gesamtabgabe von 527 Millionen Megakalorien kommt man für das Jahr auf einen Durchschnittspreis von 2,6 Pfennig pro Megakalorie. Ein Kleinverbraucher zahlte zu der Zeit günstigstenfalls 11 Pfennig pro Megakalorie. Seitdem ist für ihn der Gaspreis weiter gestiegen.

Ahnlich sieht es mit der Stromabgabe aus. Hier wurden 1973 noch 44 % zu Tarifpreisen abgegeben, wobei die Skala der Tarife ziemlich breit ist. Aus dem Gesamtpreis ergibt sich ein Durchschnittspreis von 12 Pfennig pro Kilowattstunde. Der Bewohner einer Zweizimmerwohnung zahlte jedoch 22,5 Pfennig pro Kilowattstunde.

Die Masse der arbeitenden Bevölkerung, die Rentner und kleinen Leute werden also Monat für Monat zu Tributzahlungen gezwungen, um die Kapitalisten zu subventionieren. Sie wurden 1975 so drastisch zur Ader gelassen, daß der Stadtkämmerer Fränkel zufrieden erklären konnte, überraschenderweise stünden aus dieser Quelle 5,3 Millionen Mark zusätzlich für den Stadthaushalt zur Verfügung.

Damit unter anderem dieses Geld den richtigen Weg ging und nicht etwa verwendet werden mußte für die Straßenbahndefizite, waren 3000 Polizisten nötig, um Fahrpreiserhöhungen zu erzwingen. Die Millionen, die dem Volk abgepreßt worden waren, wollten die Besitzer der Stadt für sich haben.

„Verbundenheit mit der ortsansässigen Wirtschaft“

Wer sind die Besitzer der Stadt? Das Gesamtvermögen der Stadt Heidelberg war Anfang 1975 mit 599 Millionen DM beziffert. Zum Jahresbeginn 1976 sind knapp 200 Millionen davon verpfändet, 170,1 Millionen DM davon bei den verschiedensten Banken, der Rest beim Bund und beim Land Baden-Württemberg. Für 1976 sind allein für Tributzahlungen an Banken 24,3 Millionen DM veranschlagt.

35 verschiedene Banken haben Forderungen an die Stadt Heidelberg. Am stärksten verschuldet ist die Stadt Heidelberg mit 53,6 Millionen bei der Landeskreditbank Baden-Württemberg, mit 41,7 Millionen bei der Bezirkssparkasse Heidelberg, 13,6 Millionen bei der Badischen Kommunalen Landesbank Mannheim und 12,4 Millionen bei der Badischen Landesbausparkasse in Karlsruhe, allesamt öffentlich-rechtliche Institute, wobei die Bezirkssparkasse Heidelberg geradezu die Hausbank der Stadt ist und laut Sparkassengesetz den Oberbürgermeister Zundel zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates hat. Die Großbanken wie die Deutsche Bank, die Dresdner und die Commerzbank sind direkt nur über kleinere Kredite von Tochtergesellschaften unter den Schuldnern vertreten: Die Deutsche Bank durch einen Kredit der Frankfurter Hypothekenbank über 2,5 Millionen, und durch einen 318000 DM Kredit der Rheinisch-Westfälischen Bodenkreditbank AG, an der sie Aktien hält, ebenso wie auch die

Dresdner Bank. Eigenständig vertreten ist die Dresdner über die Pfälzische Hypothekenbank mit einem Kredit über 166000. Und die Commerzbank hält über die Rheinische Hypothekenbank Kredite in Höhe von 2,3 Millionen DM. Von den größeren Banken ist noch die Bayrische Hypotheken- und Wechselbank mit 4,9 Millionen DM vertreten.

Man könnte also denken, die Abhängigkeit des Kredits der Stadt Heidelberg vom Kredit der Großbanken sei relativ gering und die öffentliche Hand verfüge über Sparkasse und Landesbanken selbst weitgehend über den Kredit. Das ist jedoch ein Irrtum. Die Sparkassen sind durch Gesetze verpflichtet, nicht mehr als einen bestimmten Teil ihrer Einlagen langfristig an Gemeinden, Gemeindeverbände und Kirchengemeinden auszuleihen. Das nordrhein-westfälische Sparkassengesetz von 1958 z.B. beschränkt den Satz, der für langfristige öffentliche Kredite zur Verfügung gestellt werden darf, auf 12,5 % der Einlagen. Die Bezirkssparkasse Heidelberg hatte 1974 in Kommunaldarlehen 15,6 % ihrer Einlagen angelegt. Der Kreditrahmen der stadteigenen Hausbank für Kommunalkredite dürfte damit erschöpft sein.

Diese gesetzliche Begrenzung des Kreditrahmens für öffentliche Kredite bei der Sparkasse hat für die Bourgeoisie einen dreifachen Vorteil. Auf die Sparkasse werden bevorzugt die kleinen Sparguthaben der Lohnabhängigen gebracht. Bei der Bezirkssparkasse Heidelberg werden insgesamt 151694 Sparkonten geführt, 131290 davon mit Beträgen unter 5000 DM. Die Bevölkerung im Geschäftsbereich der Bezirkssparkasse Heidelberg zählte 1974 120400 Einwohner. Deren Spargroschen werden in der Sparkasse zentralisiert und den Kapitalisten zur Verfügung gestellt. Den ersten Vorteil von der Kreditrahmenbegrenzung hat die lokale Bourgeoisie. Sie will an die gesparten Gelder herankommen, und nicht alles auf die Staatsschuld verwendet sehen. Und für die Durchsetzung dieses Interesses ist auch auf das Schönste gesorgt. Im 27 köpfigen Verwaltungsrat der Sparkasse sitzen 12 Kapitalisten bzw. Kapitalistenvertreter, vom Fabrikanten über den Bauunternehmer, den Kaufmann bis zum Notariatsdirektor, Prokurist und Steuerberater. Daneben einige Stadträte, Bürgermeister a.D., Oberlehrer usw.

Es ist also dafür gesorgt, daß nicht nur Gemeinderäte dort sitzen, sondern „vor allem diejenigen Gemeindeglieder ..., die eine kommunalpolitische Funktion nicht ausüben, deren Mitgliedschaft im Sparkassenrat aber wegen ihres Bürgersinns, ihrer Fähigkeit und ihres Interesses ein Gewinn ist“. Das Interesse am Geld ist den meisten von ihnen sicher nicht abzusprechen und „Sachkenntnis, Verbundenheit mit der örtlichen Bevölkerung und der ortsansässigen Wirtschaft sowie mit Vereinigungen des von der Sparkasse in besonderem Maße zu betreuenden Mittelstandes“ sind unter diesen Gewährsleuten der örtlichen Bourgeoisie gewiß ebenfalls vorhanden. Mit diesen Worten umschreibt ein Dr. Johannes Völling im Auftrage des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V. die erwünschten Qualifikationen für die Mitglieder des Sparkassenrates. (8)

1974 konnte dieser Sparkassenrat in Heidelberg 52,3 % der Einlagen als Kredite, als Hypothekendarlehen, Wech-

(8) Rechtsstellung und Aufgaben des Sparkassenrats, Stuttgart 1962

sel usw. vornehmlich für die örtliche Bourgeoisie lockermachen.

Den zweiten Vorteil von der Kreditrahmenbegrenzung bei den Sparkassen haben die Landesbanken und über die Landesbanken die größere Bourgeoisie, die kein Interesse hat, daß die bei den Sparkassen aufgehäuften Kreditmöglichkeiten bei den Kleinkapitalisten und Kaufleuten „verplumpt“ werden. – 19,9 % der Einlagen bei der Bezirkssparkasse waren verliehen an andere Kreditinstitute. Man kann davon ausgehen, daß davon das meiste verwandt worden ist zum Aufkauf von Kommunalobligationen, von den Landesbanken ausgegebenen Pfandbriefen. Das verschafft den Landesbanken die Mittel, größeren Kapitalisten Kredit einzuräumen und gibt ihnen die Möglichkeit, ihrerseits die Stadt Heidelberg zu kreditieren und von ihren „höheren Gesichtspunkten“ den Daumen auf der Stadtpolitik zu halten.

Die großen Finanziers halten den Daumen drauf

Den dritten Vorzug haben schließlich die Spitzen des Finanzkapitals, die sich mit verhältnismäßig geringen Mitteln einmischen und die Dinge ganz zu ihren Gunsten fügen können. Die Großbanken unterhalten regionale Beiräte, worüber vor allem abgeklärt wird die Vergabe des industriellen Kredits und die Festlegung der Geschäftspolitik der größten Betriebe der Region. In diesen Beiräten findet sich kein Oberlehrer mehr, kein Postrat a.D. oder Kaufmann. Im für Heidelberg zuständigen Beirat Mannheim der Deutschen Bank sind aus Heidelberg vertreten: Max Berk (geschäftsführender Gesellschafter der Firmengruppe Max Berk, Heidelberg), Dr. Heinz Götz (Mitinhaber des Springer-Verlags KG, Berlin – Heidelberg – New York), Peter Schuhmacher (Vorstand der Portland-Zementwerke AG), Hubert Sternberg (Heidelberger Druckmaschinen AG).

Im Beirat Südwest der Dresdner Bank ist kein Heidelberger Mitglied, dafür aber Vertreter von BBC Mannheim, Boehringer Mannheim, Grün und Bilfinger Mannheim, Großkraftwerk AG Mannheim. Im Geschäftsbericht der Commerzbank sind regionale Beiräte nicht aufgeführt, aber bei der engen Verbindung dieser Großbank mit dem monopolistischen Handelskapital kann man mit Sicherheit größere Interessen in Heidelberg vermuten. Im Aufsichtsrat der Commerzbank sitzt ein Vorstandsmitglied der Kaufhof AG, der Sprecher des Vorstands der Horden AG, ein Mitglied des Vorstands der Karstadt AG, ein Aufsichtsratsmitglied der Kepa Kaufhaus GmbH.

Diese Großbanken können sich mit ganz geringen Mitteln einmischen und doch die Führung an sich ziehen, denn über sie ist die große Bourgeoisie organisiert und gegen deren Willen können die mittleren und kleineren Bourgeoisie wenig entscheiden. Sie versuchen vielmehr, im Rahmen, der von den Großen gesetzt wird, sich zu bewegen und zurechtzukommen. Das Finanzkapital, der Zusammenschluß von Bank- und monopolisiertem Industriekapital kann so über die Entscheidungen der kleineren und mittleren Kapitalisten weitgehend verfügen, mit wenig Mitteln jeweils die Richtung der Politik der ganzen Bourgeoisie an einem Ort bestimmen und den Staatsapparat lenken.

Die Stadt Heidelberg gehört der gesamten über die Banken miteinander verknüpften Bourgeoisie. An sie fließt der Tribut der arbeitenden Massen auf die Staats-

schulden. Führerin der Bourgeoisie und bestimmende Kraft ist das Finanzkapital. Das kann man aus dieser Gliederung schon der rein finanziellen Abhängigkeit ablesen.

Das deutlichste Beispiel, wie Führung und Zusammenspiel der Bourgeoisie funktionieren, ist die Sanierung der Altstadt. Dieses alte und verhältnismäßig billige Wohngebiet ist der Bourgeoisie seit langem schon ein Dorn im Auge. Es wirft bei den kleineren Mieten für die alten Wohnungen nicht genügend Grundrente ab. Banken und Staatsapparat gemeinsam haben ein Sanierungsprojekt von 80 Millionen DM entworfen, das gegen den erbitterten Widerstand der Bevölkerung versucht wird durchzusetzen. Die Kaufhof AG ist einer der Vorreiter. Sie will in der Innenstadt ein großes Kaufhaus bauen lassen und mit ihr dabei ist ihre Hausbank, die Commerzbank, die mehr als 25 % der Kaufhofaktien hält. Der Rheinisch-westfälische Investmentfond, in dem Ärzte und andere sogenannte „Freischaffende“ ihr Geld anlegen können, und hinter dem die Dresdner Bank steht, tritt als Bauherr auf.

Neben dem Kaufhaus sollen teure Wohnungen gebaut werden und 600 unterirdische Parkplätze. 80 Millionen DM für ein solches Projekt bereitzustellen, das erfordert eine bedeutende Zentralisierung von Kapital, mehr als einer der lokalen Kapitalisten sich zutrauen könnte. Das Finanzkapital wird da zwangsläufig zum Vorreiter und Wortführer. Und die örtliche Bourgeoisie gibt reichlich ihren Segen. Luxuswohnungen in der Innenstadt, davon erhoffen die Handelskapitalisten kaufkräftige Kunden im Geschäftszentrum. Am Parkhausbau finden zusätzlich Baufirmen und Baustoffwerke Gefallen.

So ist sich denn die örtliche Bourgeoisie mit dem Finanzkapital einig und beteiligt sich mit ihren Mitteln am Geschäft. Die Bezirkssparkasse hat eine Beteiligung an der Park-Garagen GmbH gezeichnet. Ebenso die Heidelberger Volksbank, über die sich die Kleinbourgeoisie organisiert, im Aufsichtsrat ein Stadtrat und Geschäftsinhaber, ein Weingroßhändler, Bauunternehmer, Müllermeister, VW-Händler, Fabrikant, Obermeister der Bäcker-Innung, der Geschäftsführer der Fleischer EvG und der Obermeister der Metall-Innung.

Aus Steuergeldern hat sich die Bourgeoisie für ihr Großprojekt je 3 Millionen vom Bund und vom Land, und 3 Millionen aus dem Stadthaushalt bewilligt. Eine Stadtverwaltung und ein Gemeinderat, die sich diesem Projekt widersetzen, könnten ihr blaues Wunder erleben. Abgesehen von dem gewaltigen Geschrei, das die Bourgeoisie in ihrer Presse veranstalten würde, bekämen sie alle Mittel gesperrt und würden zur Abdankung gezwungen.

Mit diesem Problem hat in Heidelberg die unter Führung des Finanzkapitals handelnde Bourgeoisie freilich nicht zu kämpfen. Der Oberbürgermeister und Stadtdespot Zundel ist ihre Marionette und tanzt ganz nach der Flöte, die sie pfeift. Sein ganzer Stolz geht darauf, beim Tanz nach der Pfeife der Bourgeoisie keinen falschen Schritt zu tun und damit den Beifall und die Belohnung der „besseren Kreise“ einzuheimsen. Die arbeitenden und besitzlosen Klassen in Heidelberg zollen ihm für diese Dressurstückchen keinen Beifall mehr, sondern treten ihm immer kräftiger auf die Füße. Um zielbewußt und konsequent den Kampf gegen die Politik des Oberbürgermeisters und seiner Stadtverwaltung fortzusetzen, muß man darüber Klarheit gewinnen, daß der tatsächliche Feind die organisierte Macht der bürgerlichen Klasse in dieser Stadt ist. (Helga Rosenbaum/W. Maier)

Das Bremer Senatsprogramm

Im Bremer Haushalt schlägt sich die finanzielle Abhängigkeit vom Bund folgendermaßen nieder: 1973 wurden ein Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern aus den Einwohnern des Landes Bremen 5425572000 DM herausgepreßt. Die reinen Landes- und Gemeindesteuern zusammen machen davon nur 523 564 000 DM, also knapp 10 % der Steuereinnahmen, aus. In den Haushalten des Landes Bremen sowie der Städte Bremen und Bremerhaven beträgt auf der Einnahmenseite der Steueranteil aber 1,5 Mrd. DM, also das dreifache dieser Summe, d.h. nur ein Drittel der Steuern, die Bremen als Einnahme verbucht, stammen tatsächlich aus Steuern, über deren Höhe Bremen allein entscheiden kann.

Dazu kommt noch, daß Bremen weitere 290 Millionen DM (11 % der Einnahmen) aus Zuschüssen und Krediten des Bundes erhält. 49 % der Haushaltseinnahmen stammen also aus Bundessteuern.

Einnahmen Bremens insgesamt 1973

49 % Bundessteuern
20 % Landes- und Gemeindesteuern
12 % Gebühren, Strafen (von den Gemeinden eingezogen)
8 % Kredite vom Kapitalmarkt
11 % Sonstiges

Man sieht: 81 % der Einnahmen Bremens kommen ausschließlich durch Steuern und Gebühren zustande. Den Löwenanteil dieser Steuern zahlen die Werktätigen, im wesentlichen als Lohnsteuer, Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) und Verbrauchssteuer (Tabak, Branntwein etc.). Dieser Anteil macht rund 78 % aller Steuern aus. Die restlichen Steuern werden scheinbar von den Kapitalisten aufgebracht. In Wirklichkeit zahlen sie aber die Werktätigen auch, da die Kapitalisten dieses Geld von dem abzweigen, was die Arbeiter an unbezahlter Mehrarbeit für die Kapitalisten leisten.

Über 50 % der Landessteuereinnahmen direkt in die Taschen der Kapitalisten

1973: Ausgaben der Bremer Haushalte in 1000 DM

106531 DM Zinsen auf geliehenes Kapital
48277 DM laufende Zuschüsse an Unternehmer
65244 DM Schulddiensthilfen für Kapitalisten
76173 DM Investitionszuschüsse
43174 DM Darlehen an die Kapitalisten
80919 DM Tilgungen von geliehenem Kapital.

Weitere 552573 000 DM wurden für Sachinvestitionen, insbesondere Baumaßnahmen ausgegeben. Auch dieser Posten bereichert die Kapitalisten, sind sie es doch, die an öffentlichen Baumaßnahmen verdienen. So wurden also 866360 000 DM fast ausschließlich direkt ans Kapital weitergegeben. Den Rest der Ausgaben machen hauptsächlich Ausgaben zur Aufrechterhaltung des parasitären Staatsapparates aus.

Sind in den Ausgaben des Senats auch Posten wie Bildungswesen, Gesundheit und Sport und Wohnungswesen enthalten und sogar mit Millionenbeträgen ausgewiesen, so sind doch diese Ausgaben im Interesse des Kapitals. Welche andere Aufgabe hat denn z.B. das Gesundheitswesen im Kapitalismus als die, die Arbeitskraft der Werktätigen soweit wieder herzustellen, daß sie für das Kapital wieder anwendbar ist.

Insgesamt nutzen so die Ausgaben des Staates dem Kapital, in dem sie ihm direkt Kapital sowie qualifizierte und gebrauchsfähige Arbeitskräfte zur Verfügung stellen und es auch noch bei dem Geschäft der Ausbeutung mit Polizei und Justizapparat beschützen. Aus diesen Zahlen läßt sich klar ablesen, daß die Politik des Bremer Senats vermittelt durch seine Abhängigkeit vom Bund von den Interessen des Finanzkapitals bestimmt ist.

Allianz von Regierung und Börse

Die andere Seite der Abhängigkeit des Bremer Senats vom Finanzkapital ist die direkte Verschuldung des Landes Bremen. Schuldenaufnahme des Landes Bremen bedeutet aber nun nichts anderes, als daß der Senat sich an die größten Banken wendet und um Kredit bittet. So wächst seine finanzielle Abhängigkeit vom am meisten monopolisiertem Kapital, dem Finanzkapital. Das Finanzkapital ist ein kapital- und personenmäßiger Zusammenschluß der großen Banken mit den größten Industrie- und Handelsunternehmen. Was das konkret bedeutet, mag das Beispiel der Dresdner Bank, der zweitgrößten Bank der BRD, verdeutlichen, die zu den wichtigsten Kreditgebern des Landes Bremen gehört:

Aufsichtsrat: Vertreter von Münchner Rückversicherungsgesellschaft, Krupp, AEG-Telefunken, VW, Thyssen-Hütte, Diskont und Kredit AG, Höchst AG.

zusätzlich im Verwaltungsrat: Vertreter von Telefonbau und Normalzeit, HAPAG-Lloyd, Salzgitter AG (Staatsunternehmen), Bosch, Flick, Gelsenberg AG, Dyckerhoff Zementwerke, BP, Aachener und Münchener Versicherungen AG, Maizena, ESSO, Henkel, Metallgesellschaft AG, Klöckner-Humboldt-Deutz, Felix A. Prentzel (Ministerialdirigent im Bundeswirtschaftsministerium a.D. und Aufsichtsrat DEGUSSA), Josef Rust (Staatssekretär a.D.), Hans Hülsmann (Landgerichtsrat a.D., Oberstadtdirektor a.D.).

Gerade die drei letztgenannten Ministerial- und Kommunalbürokraten im Verwaltungsrat der Dresdner Bank machen deutlich, daß „die Personalunion der Banken mit der Industrie ihre Ergänzung findet in der Personalunion der einen wie der anderen Gesellschaft mit der Regierung“. (10)

Zusätzlich faßt das größte Kapital noch die nur regional bedeutsamen, weniger monopolisierten Kapitalisten zusammen und bindet sie durch finanzielle und beratungsmäßige Beziehungen an sich. So gliedert sich die Dresdner Bank das Bremer Kapital vermittels eines Beraterkreises Bremen unmittelbar an.

Beirat Bremen (eine Auswahl): C. Melchers & Co., Brinkmann, Lloyd Dynamo, Bremer Wollkammerei, AG Weser, Norddeutsche Steingutfabrik, Wilkens Bremer Silberwaren, Kulenkampf und Konitzky, Nordmende, Olympia Wilhelmshaven, HAG AG, Bremer Vulkan. (11)

Als Vermittler zwischen diesen, das gesamte Geld- und Industriekapital der BRD organisierenden Banken, von denen die Dresdner Bank nur eine ist, und dem Bremer Senat, fungiert die staatseigene Bremer Landesbank, die als Hausbank des Senats für ihn mit dem Finanzkapital

(10) Lenin, Band 22, S. 225

(11) Alle Angaben über den Beirat Bremen aus Geschäftsbericht der Dresdner Bank für 1974

verhandelt. In der personellen Zusammensetzung der Organe dieser Bank wird die Personalunion zwischen Regierung und Finanzkapital ganz besonders deutlich.

Bremer Landesbank Verwaltungsrat:

Ehrenmitglieder: Dr. Wilhelm Nolting-Hauff, Senator a.D., Mitglied der HAG AG; Rolf Speckmann, Senator a.D., Mitglied des Vorstandes der Sparkasse in Bremen; Dr. Wilhelm Pleister, Generaldirektor i.R. Hannover; August Wegmann, Minister a.D. Oldenburg.

Vorsitzender: Hans Koschnick.

Ordentliche Mitglieder (Auswahl): Kurt Hänel, Generaldirektor der Norddeutschen Landesbank; Helmut Greulich, Niedersächsischer Wirtschaftsminister; Prof. Dr. Siegfried Heinke, Finanzminister Niedersachsen; Karl-Heinz Kohlmann, Mitglied des Vorstandes der Städtischen Sparkasse Bremerhaven; Otto Kleibel, Oberschuldirektor a.D., Vorsitzender des Vorstandes der Landes-Sparkasse Oldenburg; Oskar Schulz, Senator für Finanzen, Bremen. (12)

Diese personelle Verflechtung von Finanzkapital und Regierung unterstützt aufs wirksamste die Durchsetzung der Interessen des Finanzkapitals mittels der Kreditvergabe an die Regierung.

Wachsende Staatsverschuldung

Sehen wir uns nun die Verschuldung der Bremer Haushalte konkret an.

Schulden insgesamt in Mill. DM

	1955	1965	1971	1972	1974
	477	751	1251	1532	2108

Das heißt, von 1955 bis 1974 sind die Schulden um 342 % gestiegen.

Bei wem nimmt nun der Staat sein Geld auf?

Hierfür finden wir im Jahr 1974 folgende Angaben:

1675621000 DM aus Kreditmarktmitteln, d.h. vom Finanzkapital;

76206000 DM aus öffentlichen Sondermitteln (dazu gehören in erster Linie Schulden bei der Arbeitslosenversicherung und den Trägern der Sozialversicherung); 285590000 DM bei Gebietskörperschaften (also dem Bund, anderen Bundesländern und Gemeinden).

Der allergrößte Teil – nämlich rund 85 % – werden also direkt vom Finanzkapital aufgenommen. Die restlichen 15 % stammen zum Teil auch aus der Schuldenaufnahme beim Finanzkapital, da sich sowohl die öffentlichen Anstalten als auch die Gebietskörperschaften hier einen Teil ihres Geldes besorgen.

Wie schlägt sich die Schuldenaufnahme nun im Haushalt eines Jahres nieder? Untersuchen wir dies für das Jahr 1973.

Insgesamt gaben das Land Bremen und die beiden Stadtgemeinden in diesem Jahr 2496158000 DM aus. Davon waren

11488000 DM Tilgung (Schuldenrückzahlung an Verwaltungen) und

69431000 DM Tilgungen an andere Bereiche

80919000 DM Tilgungen insgesamt.

Das macht 3,2 % der Ausgaben aus. Für Zinsen wurden im selben Jahr 106531000 DM ausgegeben, davon 103248000 DM an Nichtverwaltungen, also wesentlich direkt ans Finanzkapital. Das macht nochmals etwas mehr als 4,2 % der Ausgaben aus. 7,4 % aller Ausgaben der Bremer Haushalte gehen also zum allergrößten Teil direkt

an das Finanzkapital. Gleichzeitig fällt auf, daß die Zinsen davon mit 5/3 zu 2/5 Tilgung den entscheidenden Teil ausmachen. Diese Zinsen sind reiner Gewinn für das Finanzkapital.

Senat: wachsende Ausplünderung des Volkes im Dienste der Coupon-Schneider

Daß diese Politik der immer schnelleren Staatsverschuldung auch in Zukunft weiterbetrieben werden soll, machte Hans Koschnick in seiner Regierungserklärung deutlich, als er ausführte: Die der SPD in den Jahren 1976 bis 1979 notwendig erscheinende Politik „führt zwangsläufig im laufenden und im nächsten Jahr zu Haushaltsdefiziten, die nur durch zusätzliche Aufnahme von Krediten abgedeckt werden können“. (13)

Für das Jahr 1975 hat der Senat erneut einen Nachtragshaushalt in Höhe von 227 Mill. DM vorgelegt, wovon 225 Mill. DM durch neue Kreditaufnahme gedeckt werden sollen. (14) „Damit steht auch die endgültige Kreditaufnahme für 1976 fest: 785 Mill. Mark.“ (15)

Die Verschuldung steigt damit 1976 auf weit über 3 Mrd. DM an, wobei sicher mit einer weiteren Verschuldung im Jahr 1976 durch den geplanten Eventualhaushalt von 80 Mill. DM und eventuellen Nachtragshaushalten zu rechnen ist. So haben die Schulden innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren um mehr als eine Milliarde DM zugenommen, was einer Steigerungsrate von über 40 % entspricht.

Der Grund für diese ständig zunehmende Verschuldung ist die ständige Aufblähung des parasitären Staatsapparates, die ihre Ursache darin hat, daß der imperialistische Staat „mehr und mehr gesellschaftliche Tätigkeiten in bürokratische Tätigkeiten seiner Regierungs- und Verwaltungsmaschinerie verwandelt“. Insbesondere baut er seinen Polizei- und Gewaltapparat ständig aus.

Staatsausgaben insgesamt (in 1000 DM):

	1971	1972	1973
	1946162	2207472	2576973

Ausgaben für die öffentliche Sicherheit

	1971	1972	1973
	115099	124392	144018

Die ständig steigende Staatsverschuldung bedeutet aber, daß in absehbarer Zeit die Steuern drastisch erhöht werden müssen, denn nur aus Steuereinnahmen lassen sich diese Schulden zurückzahlen.

Das Programm des Bremer Senats, dargelegt in der Regierungserklärung Koschnicks, spiegelt genau diese Abhängigkeit von der Politik der Bundesregierung und vom Finanzkapital wider. Für die Massen sieht es eine verstärkte Ausplünderung vor, fürs Kapital mehr Subventionen. Es ist, wie sein Vorbild – der Haushalt des Bundes für das Jahr 1976 – ein Programm des Finanzkapitals. Die Werktätigen Bremens können ihm deshalb ebenso wenig zustimmen wie dem Programm der Bundesregierung. – (b.h.)*

(12) Geschäftsbericht der Bremer Landesbank 1974

(13) Regierungserklärung nach Weser Kurier vom 27.10.1975

(14) Morgenpost, 4.12.1975

(15) Bild-Zeitung vom 4.12.1975

(16) Programm des KBW

* aus: Ortsbeilage Bremen der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 51/52, 1975, gekürzt.

Die Entwicklung in der Druckindustrie und der Lohnarbeitsvertrag

In der „druck und papier“ Nr. 11/75 ist der Entwurf eines neuen Lohnarbeitsvertrages (LTV) für die Druckindustrie abgedruckt.

Eingeführt wird man in die Problematik der unterschiedlichen Lohngruppen mit den Worten, der LTV-Entwurf, der in dieser Form auf dem Gewerkschaftstag 1971 beschlossen wurde und seitdem den Kapitalisten vorliegt, solle den Kollegen „in Erinnerung (ge)rufen“ werden. Der Weg, wie der LTV in der Gewerkschaft behandelt werden soll, ist auch klar angegeben: „Wir werden zu gegebener Zeit in „druck und papier“ über den weiteren Fortgang und den jeweiligen Stand der Verhandlungen informieren.“

Informiert wurde man bisher darüber, daß die Kapitalisten den Entwurf in dieser Form abgelehnt haben. Die Kapitalisten hatten vorgeschlagen, unter arbeitswissenschaftlichen Gesichtspunkten eine Arbeitsplatzbewertung vorzunehmen. Davon versprach sich die Gewerkschaftsführung zwar nicht viel, hat aber doch zugestimmt, daß ein „neutrales“ Institut mit dieser Aufgabe betraut wird.

Bevor genauer auf den LTV-Entwurf eingegangen wird, müssen folgende Fragen untersucht werden: Wie sieht die Lage im Druckbereich aus und welche Auswirkungen hat sie auf die Arbeiter; mit welchen Voraussetzungen gehen die Arbeiter und die Kapitalisten in die Verhandlungen? Das ist deshalb notwendig, weil sonst der LTV nicht richtig analysiert werden kann und die Aufgaben der Arbeiter nicht richtig angegeben werden können.

Im Druckbereich hat es im letzten Jahr große Veränderungen gegeben.

1. An der Oberfläche erscheinen sie in einer Häufung von Pleiten, Teilstillegungen und Fusionen.

– Süddruck München, DVA Stuttgart, Feyl Berlin, sie und viele andere, besonders auch kleine Betriebe, sind in die roten Zahlen geraten, so daß sie pleite gegangen sind.

– Bauer-Hamburg will einen Teil der technischen Abteilung im Kölner Werk mitmachen lassen. Die Herstellung der „Welt“ wurde aus Hamburg in das moderne Springer Druckzentrum Kettwig verlagert.

– Neue Druckzentren wie in Hannover und Stuttgart entstehen. Zeitungen, die selbst immer mehr Marktanteile verlieren, fusionieren mit anderen, wie die „Neue Ruhrzeitung/Neue Rheinzeitung“ mit der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“, die „Neue Hannoversche Presse“ mit der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ in Hannover oder die „Bremer Nachrichten“ mit dem „Weser Kurier“, so daß Regionalmonopole entstehen.

– Auf dem Anzeigensektor arbeiten mehrere Zeitungen zusammen, so haben sich acht Zeitungen aus dem Köln-Bonner Raum zu der ACN, der Anzeigen-Cooperation-Nordrhein, zusammengeschlossen.

2. Gleichzeitig gibt es eine große Umwälzung in der gesamten Technik. Die wichtigsten technischen Neuerun-

gen sind:

– Offsetdruck, Lichtsatz und die Anwendung der Elektronik.

Der Offsetdruck löst zunehmend den Buchdruck ab. Er ermöglicht höhere Profite dadurch, daß eine Offsetmaschine schneller läuft, die Bildqualität besser ist (deshalb können die Produkte teurer verkauft werden) und außerdem der Materialverschleiß nicht so hoch ist wie beim Buchdruck.

Der Lichtsatz soll den Bleisatz ersetzen. Hochleistungsmaschinen gibt es schon seit einiger Zeit, z.B. wird der Satz der „Hör zu“ in diesem Verfahren hergestellt. Jetzt aber erst ist der Lichtsatz so weit entwickelt, daß er auch zunehmend in kleineren Betrieben angewandt wird. Seine Vorteile gegenüber dem Bleisatz liegen auf der Hand: Das herkömmliche Herstellungsverfahren ist verhältnismäßig zeitraubend und intensiv an qualifizierten Arbeitern. Der Lichtsatz ermöglicht es, daß in kürzerer Zeit mit weniger Arbeitskräften mehr produziert werden kann, wobei auch die qualifizierten Setzer ersetzt werden können durch Hilfskräfte, Perforatoren, die den Satz in die Maschine tippen. Nur einige wenige Spezialisten wird es darüberhinaus geben.

Die Elektronik bringt die einschneidendsten Veränderungen mit sich. Geplant und teilweise schon angewandt wird die Elektronik in der Vorbereitung, d.h. den Abteilungen, die die Zeitung oder andere Produkte druckfertig vorbereiten.

Heute gibt es OCR-Geräte, Lesemaschinen, die das getippte Manuskript lesen und automatisch setzen, dadurch wird ein fehlerfreier Satz garantiert. Perforatoren werden überflüssig gemacht.

Durch standardisierte Programme, z.B. für Anzeigen, wird es möglich, den gesamten Umbruch, d.h. die fertige Seite, per Computer zu erstellen. Korrektoren und Metteure, die diese Arbeit im herkömmlichen Verfahren gemacht haben, werden woanders arbeiten – oder gar nicht. Erst die Elektronik ermöglicht die Anwendung des Lichtsatzes für Zeitungen.

Auch die Arbeit des Anzeigenredakteurs wird sich dadurch verändern. Durch den Scanner wird die Arbeit der Retuscheure und Fotografen in der Bildherstellung ersetzt.

Die technischen Neuerungen und die Konzentration bedeuten für die Arbeiter nur Nachteile

Diese Revolutionierung im Druckbereich dient nicht nur der Verbesserung der Produktionsmittel, sondern hat einschneidende Auswirkungen auf die Arbeiter. Zunehmend wird Menschenarbeit durch Maschinenarbeit ersetzt, die Arbeiter fliegen auf die Straße, die Nachfrage nach Arbeitskräften verringert sich. Die Arbeitslosigkeit im Druckbereich hat in den ersten sechs Monaten 1975

um 7 245 zugenommen, so daß jetzt die Beschäftigtenzahl unter der von 1961 liegt.

Gleichzeitig wird die Arbeit intensiviert. Die Kollegen müssen ranklotzen, müssen die Arbeit für zwei oder drei andere mitmachen, die Arbeitshetze steigt. Wurden im Heinrich Bauer Verlag, Hamburg, vor einem Jahr in einer Abteilung der Vorbereitung, der Schwarz-Weiß-Umkopierung, 40 bis 60 Seiten am Tag umkopiert, so müssen heute die gleichen Kollegen das Doppelte und mehr in der gleichen Zeit mit den gleichen Geräten schaffen. So stieg dann auch der Bruttoumsatz je Arbeiterstunde von 44,85 DM im Juni 1974 auf 50,04 DM im Juni 1975. Im Gesamtkonzern Gruner und Jahr sind im Laufe der letzten Jahre 820 Arbeiter „eingespart“ worden, trotzdem konnte ein Reingewinn von 35,4 Millionen DM erzielt werden, 9 Millionen DM mehr als im Vorjahr. In vielen Betrieben müssen Überstunden gefahren werden, um die anstehende Arbeit zu schaffen. In Hamburg wurden in einer Abteilung in einer Woche allein 360 Überstunden gemacht.

Aber nicht nur die Arbeitsbedingungen verschärfen sich, sondern der Lohn wurde radikal gedrückt. Haben die Kollegen der wichtigsten und größten Ortsvereine der IG Druck und Papier für die letzte Tarifrunde Forderungen in Mark und Pfennig im Schnitt von 40 DM Vorweganhebung und 40 DM mehr pro Woche gefordert, so wurde abgeschlossen bei 6,4 Prozent, einem direkten Lohnraubabschluß, der nicht einmal die gestiegenen Lebenshaltungskosten auffangen konnte. Einzelne Kapitalisten gingen sofort nach der Tarifierhöhung daran, die Tarifierhöhung auf die Übertarife anzurechnen.

Die Auswirkungen der technischen Revolutionierung im Druckbereich treffen die Arbeiter doppelt. Arbeits- und Lebensbedingungen verschlechtern sich, während gleichzeitig durch die große Arbeitslosigkeit die Arbeiterklasse gespalten werden soll. Nicht nur, daß die Lage der Arbeitslosen elend genug ist, sie hängen außerdem als totes Gewicht an denen, die noch Arbeit haben, und sind eine offene Drohung der Kapitalisten in jedem Kampf. Das verfehlt seine Wirkung nicht.

Wer hofft, diese Lage würde sich grundlegend ändern, liegt fehl damit.

All diese Erscheinungen gehören zum Kapitalismus. Daß sie jetzt so besonders stark hervorbrechen, liegt daran, daß die Krise zusammenfiel mit der Revolutionierung der Technik im Druckbereich.

Das Grundübel, das all diese Erscheinungen hervorbringt, ist der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion – nämlich, daß, bis eine Zeitung oder ein anderes Produkt fertig auf dem Ladentisch liegt, sie hergestellt wurde durch eine große Anzahl von Arbeitern, die Hand in Hand gearbeitet haben – und der kapitalistischen Form der Aneignung des Produkts, d.h. der privaten Aneignung durch den Kapitalisten.

Der Kapitalist eignet sich die Werte, die die Arbeiter produzieren, an, gibt aber dem Arbeiter nur, was dieser braucht, um leben zu können und um am nächsten Tag und für die nächsten Jahre weiter vom Kapitalisten ausgebeutet zu werden.

Der Kapitalist läßt die Arbeiter also eine Zeitlang am Tag für sich arbeiten – unbezahlt. Daraus entspringt sein Profit. Das Interesse der Kapitalisten ist es, diesen Teil des Tages immer weiter zu verlängern. Und daß sie es tun, kann man daran sehen, daß der Anteil der Löhne im Druckbereich am Bruttoumsatz von 39,1 % im Juni 1974

auf 37,4 % gesunken ist, oder daran, daß die Arbeiter Ende 1973 noch 25 Minuten gearbeitet haben für ihren Lohn, heute jedoch unter 20 Minuten dafür arbeiten.

Diesen Gewinn verfressen die Kapitalisten nun nicht allein, sondern sie verwandeln ihn wieder in Kapital: Sie schaffen sich neue Maschinen an, stellen neue Arbeiter ein.

Da das alle Kapitalisten machen, steht jeder Kapitalist mit allen im Kampf um Absatzmärkte. Denn das, was die Arbeiter produzieren, muß verkauft werden, weil erst durch den Verkauf der Kapitalist seinen Profit realisiert.

Jagd nach Profit führt zur Überproduktion

Die Jagd nach Profit zwingt die Kapitalisten dazu, die Produktion ständig umzuwälzen, zu revolutionieren. Anreiz dazu ist der Extraprofit, den derjenige Kapitalist einheimst, der mit den neuesten Methoden produziert. Lange Zeit haben Gruner und Jahr und Springer diesen Extraprofit kassiert. Jetzt werden die neuen Methoden immer mehr zum Allgemeingut, und alle Kapitalisten müssen versuchen aufzuholen, um nicht ihren Einfluß auf dem Markt endgültig zu verlieren. Dieses Profitstreben führt nun dazu, daß der Markt im Überfluß erstickt. Dann ist die Überproduktion da, die Grundlage der kapitalistischen Krise. Überproduktion von dem, was verkauft wird. Die Druckkapitalisten verkaufen entweder ihre Maschinenkapazität (Lohndruckaufträge) oder Teile des Produkts (den Anzeigenraum) oder das Produkt selbst (Zeitungen, Formulare, Vordrucke usw.).

Wenn aber der Markt im Überfluß erstickt, dann sitzen auch alle die, die in der Hoffnung auf Extraprofit sich neue Maschinen gekauft haben (oder auch sonst wegen der Konkurrenz mußten), auf ihren Kapazitäten. Viele kleine und mittlere Betriebe gehen pleite, woran sich die großen mästen. Bei den großen ist es so, daß die technische Revolutionierung einerseits den Anteil des konstanten Kapitals, also der Maschinen, enorm erhöht. Wenn aber der Umfang der Produktion durch die Krise nicht erhöht werden kann, dann wird die Revolutionierung der Produktion lediglich zum Mittel, die bezahlte Arbeit zu verringern. Die größten Kapitalisten kämpfen dann untereinander um die Hegemonie auf dem Markt, sie wollen das Monopol in bestimmten Bereichen. So hat z.B. Axel Springer durch Ankauf regionaler Zeitungen und durch Anzeigenringe ein regionales Anzeigenmonopol. Zum Zwecke der beherrschenden Stellung auf dem Markt wird oft die Kapazität ausgeweitet. Das ist ein Mittel, um billiger bessere Druck-sachen anbieten zu können, zwingt aber auch zur Eroberung neuer Märkte, weil die Kapitalisten durch die neuen Verfahren mehr produzieren lassen können. Dabei wird auch in der Konkurrenz der Monopol-Anwärter zuviel Kapazität aufgebaut, die dann die Herrschaft eines anderen Monopolisten sichert.

So sind die Maschinen im Druckbereich durchschnittlich mit 79 % bis 81 % ausgelastet. Die Anzeigenaufträge gingen um 30 % zurück, die Tageszeitungen sind aus diesem Grund dann um 15 % dünner geworden. Die Auftragsbestände sind in den meisten Betrieben auf eine Reichweite von 1,3 bis 1,4 Monaten geschrumpft. Die Folge ist: Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Stillhalten und Pleiten.

Dieses Profitverlusts werden die Kapitalisten nur Herr, wenn sie ihre Profitmasse sichern und erhöhen. Sie müs-

sen also die Arbeiter noch stärker auspressen, den Teil der bezahlten Arbeitszeit verringern, um den Teil der unbezahlten, den sie sich aneignen, zu verlängern.

Dazu können sie

- a) den Arbeitstag verlängern,
- b) die Arbeitsleistung erhöhen durch Intensivierung der Arbeit oder durch Erhöhung der Produktivität,
- c) den Lohn direkt senken.

Zur Hebung der Intensität haben sie vor allem Änderungen im Manteltarifvertrag durchgesetzt (z.B. ein Kleinoftsetdrucker muß jetzt an zwei Maschinen arbeiten statt an einer, größere Zylinderbreiten an der Rotation, geringere Maschinenbesetzung) und auf den Lohn, wobei ein Bestandteil natürlich auch die verschärfte Spaltung durch Differenzierung des Lohns ist.

In diesem Prozeß aus der Krise herauszukommen, werden enorme Werte vernichtet: brachliegende Maschinen, Zusammenbrüche, brachliegende Arbeitskraft und gleichzeitig nimmt die Zentralisation und Konzentration des Kapitals zu, weil die größeren Kapitalisten sich neue Märkte erobern können dadurch, daß andere Kapitalisten pleite gehen.

Diese Tendenz der Zentralisierung und der sinkenden Nachfrage nach Arbeitskraft, dem Brachliegen menschlicher Arbeitskraft, ist dem Kapitalismus immanent. Denn das Kapital setzt sich zunehmend so zusammen, daß das konstante Kapital sich erhöht, während das variable Kapital, also die Arbeitskräfte, sich verringert.

Verdrängung von lebendiger Arbeit durch Maschinen

Erklären kann man sich das dadurch, daß die Technik stets vervollkommen und die Produktionsweise umgewälzt wird. Die Maschine verdrängt den Arbeiter. Beweisen kann man das im Druckbereich am Aussterben von bestimmten Berufen: Buchdrucker finden keine Stelle mehr, Maschinensetzer, Metteure, Stereotypeure, Perforatoren werden ersetzt durch die Elektronik und den Lichtsatz. Eine neue Maschine machte im Süddeutschen Verlag eine ganze Kolonne Packerinnen überflüssig. Die Kombination von Lesemaschine und Fotosatzanlage ersetzt die konventionelle Produktion von 16 TTS-Gießmaschinen, statt 8 Arbeitsplätzen gibt es jetzt nur noch 2.

Gleichzeitig wird die höhere Arbeit ersetzt durch einfache: Die höhere Arbeit war im Druckbereich notwendig, solange die Arbeiter viele Tätigkeiten per Hand ausführen mußten und auch mehrere Arbeitsvorgänge verrichteten. Heute wird diese Arbeit mehr und mehr von Maschinen übernommen, so daß letztendlich immer mehr Arbeiter gebraucht werden, die die Maschinen mit einfachen Handgriffen bedienen. Kein Wunder, daß in Hamburg innerhalb eines Jahres die Zahl der Auszubildenden für die verschiedenen Druckberufe von 586 auf 289 gesunken ist.

Nun könnte man ja meinen, daß das vorbeigeht, wenn der große „Boom“ kommt und die Druckkapitalisten wieder expandieren. Aber auch das ist eine Täuschung, denn die Nachfrage nach Arbeitskraft sinkt nicht nur relativ, sondern auch absolut durch die zunehmende organische Zusammensetzung des Kapitals. (Der Anteil des konstanten Kapitals am Gesamtkapital wird größer und entsprechend der des variablen geringer).

Brauchte man vor einigen Jahren z.B. um einen Setzer zu beschäftigen, nur einen Setzkasten, einen Tisch, ei-

nige Regale und Material, was zusammen einige Tausend DM kostete, so kostet heute ein Arbeitsplatz oft eine Million DM. Um also neue Arbeitsplätze zu schaffen, muß viel mehr investiert werden als früher.

Daraus folgt, daß auch weiterhin Arbeitskräfte abgestoßen werden und die industrielle Reservearmee selbst eine Bedingung des Kapitalismus ist.

Begleitet wird diese Kapitalakkumulation von zunehmender Konzentration und Zentralisation des Kapitals, was wiederum zur Folge hat, daß Arbeitskräfte abgestoßen werden.

Jede Fusion von Zeitungen in der letzten Zeit ging einher mit Massenentlassungen.

Der neue Lohntarifvertrag hemmt den Kampf der Druckarbeiter

Die Arbeiter nehmen an einzelnen Fronten den Kampf auf.

Gegen die steigende Arbeitshetze forderten die Kollegen von Madsack, Hannover, in einem Streik und auf einer Demonstration die Neueinstellung von Arbeitskräften.

Gegen die Verlängerung der Arbeit auf die 6-Tage-Woche streikten drei Tage lang die Arbeiter der Lohndruckerei Mest-Druck, Hagen.

Gegen die Verlängerung des Arbeitstages beschlossen die Delegierten bzw. Mitgliederversammlungen der Ortsvereine Hamburg und Berlin den 7-Stunden-Tag, als Schritt dahin die strikte Einhaltung des 8-Stunden-Tages und das völlige Verbot von Überstunden.

Um sich gegen die Wirkung des Arbeitslosenheeres zu wehren, nämlich Druckmittel für die noch Arbeitenden zu sein, um der Spaltung in Arbeitslose und Arbeitende entgegenzutreten und um die Arbeitslosen nicht ins nackte Elend zu stürzen, wurde in Berlin die Forderung nach 80 % Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit in der Gewerkschaft beschlossen. Diese Forderung taucht auch in allen Demonstrationen auf. Außerdem wurden Arbeitslosenausschüsse der Gewerkschaft eingerichtet, so in Hamburg.

Gegen die Lohnrückerei und die Lohnspaltung wurden in allen wichtigen Ortsvereinen der IG Druck und Papier für die letzte Tarifrunde Forderungen in Mark und Pfennig für alle gleich beschlossen. Auf Demonstrationen werden Transparente mitgetragen: „Gegen Lohnabbau“, „Keine Lohnkürzung bei Umbesetzungen“.

All diese Kämpfe sind notwendig. Denn die Arbeiter wehren sich damit gegen die sich verschlechternden Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft.

Der Kampf um diese Forderungen ist wichtig, denn in ihm bildet sich die Einheit der Arbeiterklasse heraus, die notwendig ist, um den Sturm auf das Ausbeutersystem insgesamt vorzubereiten.

Der neue Lohntarifvertrag regelt die Eingruppierung in verschiedene Lohngruppen, nach diesen Lohngruppen bestimmt sich dann, ob man 70 %, 90 % oder 120 % vom Facharbeiterecklohn bekommt.

Im alten jetzt noch gültigen Lohntarifvertrag gibt es fünf Hilfsarbeiter- und drei Facharbeiterlohngruppen. Die Staffelung geht von 70 % (LG 1) bis 120 % (LG 8). Es gibt eine Leichtlohngruppe (LG 5 ist gleich LG 8). Da hier meistens Frauen eingruppiert werden, können sie nicht, wie es allgemein vorgesehen ist, nach einem Jahr in die hö-

here Lohngruppe aufsteigen, denn die ist für körperlich schwere Arbeit vorgesehen.

Der Entwurf für einen neuen LTV weist demgegenüber nur noch drei Hilfsarbeiterlohngruppen und drei Facharbeiterlohngruppen auf. Die Staffelung geht jetzt von 75 % bis 120 %. Die Facharbeiterlohngruppen stimmen mit denen aus dem alten LTV überein, bieten aber noch zusätzlich die Möglichkeit für einen Nichtfacharbeiter, der Facharbeiten verrichtet, die 100 % Ecklohn zu halten. Das ist aber keine wesentliche Neuerung, da schon im Manteltarifvertrag diese Öffnung nach oben für einen Nichtfacharbeiter vorgesehen war.

Bei den Hilfsarbeitern bleiben die Kriterien für die LG 1 (einfache Arbeiten ohne Vorkenntnisse) und die LG 2 (einfache Arbeiten, die eine Einarbeitungszeit erfordern) erhalten, die LG 3 umfaßt die alten LG 3, 4, 5. Durchschnittlich werden alle Hilfsarbeiterlohngruppen um 5 % angehoben.

Die Ausführungsbestimmungen überlassen den Kapitalisten die Initiative, denn diese nehmen die Eingruppierung vor und teilen sie den Arbeitern mit. Sie umfassen weiter auf einer halben Seite Schlichtungsvereinbarungen: Auf betrieblicher Ebene gibt es paritätisch besetzte Ausschüsse, der Arbeiter hat nur ein Anhörungsrecht, der Betriebsrat muß bei Änderungskündigungen zustimmen. Dann folgt eine Eingruppierungskommission auf regionaler Ebene, die bei Nichteinigung das Landesschiedsgericht anruft. Gibt es da auch keine Einigung, muß das zentrale Schiedsgericht entscheiden. Möglich ist bei allen Instanzen, daß ein „Fachmann“ oder sogenannter Unparteiischer hinzugezogen werden kann.

Wem bringt der Lohntarifvertrag Vorteile und Nutzen? Auf den ersten Blick sagt man: dem Arbeiter. Aber der erste Augenschein trügt. Die Arbeiter können damit nicht zufrieden sein:

- Die große Lohnspanne ist nach wie vor enthalten. In Zahlen ausgedrückt bekommen die Kollegen der untersten Lohngruppe höchstens 1200 DM, die in der höchsten Lohngruppe 2000 DM (ohne Schichtzulagen und außertarifliche Zulagen).

- Für die Hilfsarbeiter ist der Lohn so gering, daß er bei einigen unter, bei anderen knapp am Existenzminimum liegt. Die Hilfsarbeiter stellen aber eine große Gruppe unter den Arbeitern dar (zirka 40 %), und diese Gruppe wird, wie ich oben ausgeführt habe, gegenüber den Facharbeitern immer größer. Man darf sich also nicht täuschen lassen, daß die drei Facharbeiterlohngruppen erhalten sind und sogar Nichtfacharbeiter den Facharbeiterecklohn bekommen können, sondern muß sehen, daß hier zunehmend weniger Kollegen eingestuft werden und um so mehr in die unteren Lohngruppen abrutschen.

- Beim umfangreichen Schlichtungswesen ist es nun so, daß die Kapitalisten eine wüste Umgruppierung starten können und dabei am längeren Hebel sitzen: ausdrücklich ist festgelegt, daß Umsetzungen schlechterer Lohngruppen möglich sind, „wenn sich die Anforderungen an den Arbeitnehmer entscheidend ändern“. Tatsache ist, daß sich die Anforderungen an die Arbeiter ändern, weil ein großer Wandel im gesamten Druckbereich stattfindet. Der Kapitalist kann damit jede Umgruppierung rechtfertigen.

Dieser Lohntarifvertragsentwurf ist enttäuschend, wenn man bedenkt, mit welchen Worten ihn die Gewerkschaftsführung gepriesen hat.

Dieser LTV sollte „gerechter“ sein. Aber das ist er nicht!

Nach wie vor steht Recht gegen Recht. Die Kapitalisten werden ihr Recht so nutzen, daß sie die Kollegen vor die Alternative stellen: Entweder du nimmst unsere Bedingungen an oder du gehst! Sie können diese Alternative aufstellen, je mehr die Arbeitslosigkeit drückt.

Die Gewerkschaftsführung spürt, daß die Kapitalisten so verfahren wollen, und schafft deshalb das umfangreiche Schlichtungswesen. Tatsache ist jedoch, daß nicht über Schlichtungsgespräche, wo gehandelt und gefeilscht wird, die Arbeiter ihre Interessen durchsetzen können.

Die Spaltung in Männer und Frauen sollte überwunden werden. Zwar sind die ehemaligen Lohngruppen 3, 4 und 5 zusammengelegt, aber insgesamt gesehen wird die Spaltung aufrechterhalten werden durch die große Lohnspanne. In jeder Lohnrunde werden die Kollegen das zu spüren bekommen. Der Lohntarifvertrag wurde von der Gewerkschaftsführung immer dann besonders stark ins Feld geführt, wenn die Kollegen in Tarifrunden Mark- und Pfennig-Forderungen aufstellten. Sie sagte: Laßt das mit den Mark- und Pfennig-Forderungen, wartet ab, wir werden über einen neuen Lohntarifvertrag verhandeln, der dann eine Angleichung der Lohngruppen mit sich bringt. Nun – auch das ist nicht der Fall.

Der Lohntarifvertrag ist zu wichtig, als daß die Arbeiter ihn hinnehmen könnten, so wie er ist.

Wenn sie einen guten LTV erkämpfen, kann dadurch der Zusammenschluß der Klasse gestärkt werden. Dieser Zusammenschluß ist notwendig, um auf die Angriffe der Kapitalisten auf den Lohn und die Arbeitsbedingungen einheitlich antworten zu können.

Die Leitlinie beim Kampf um den LTV muß sein:

1. Die unteren Lohngruppen müssen stärker angehoben und dem Facharbeiterecklohn mehr angeglichen werden.

Dadurch wird eine materielle Besserstellung der Hilfsarbeiter erreicht und die Möglichkeit zur Einheit verbessert. Auch die Facharbeiter, deren Position im LTV relativ stark ist, wird man für die Unterstützung dieser Forderung gewinnen können, denn ihre Position ist in der Praxis nicht mehr so stark und wird durch die technische Entwicklung immer mehr untergraben, und sie sind im Kampf gegen eine Schlechterstellung, z. B. durch Umbesetzung oder Umschulung, auf die Solidarität der anderen Arbeiter angewiesen.

2. Die Schlichtungsordnung muß vom Tisch, weil durch sie die Entfaltung der Selbständigkeit der Arbeiter gehindert wird.

Darüberhinaus wird es auch in der Zukunft darauf ankommen, in Tarifrunden Mark- und Pfennig-Forderungen durchzusetzen, weil dann alle Kollegen für die gleiche Lohnhöhe kämpfen, wodurch der Zusammenschluß erleichtert wird.

Zur Entfaltung von betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen ist es notwendig, daß in diesem Zusammenhang die alte Forderung nach Abschaffung des Tendenzschutzes bekräftigt und durchgesetzt wird, ebenso wie die Stärkung der Position der Betriebsräte und Vertrauensleute durch die Forderung nach freier politischer und gewerkschaftlicher Betätigung und der Wegfall der Friedens- und Schweigepflicht sowie der Verpflichtung auf das Betriebswohl. – (b.l.)

Panzerabwehr „in der Verteidigung“?

Über die geeignete Methode der Panzerabwehr gibt es zwischen den imperialistischen Militärtheoretikern und -praktikern einen heftigen Krach. Wie immer, wenn es innerhalb der herrschenden Klasse einen Krach gibt, kommt dabei manches ans Licht.

Das Schwergewicht der Bewaffnung der westdeutschen Imperialisten liegt auf der Panzerwaffe. Das soll nicht heißen, daß die Marinerüstung und die Luftrüstung etwa zweitrangig werden. Das soll bloß heißen, daß kriegsentscheidende Schlachten und Gefechte von den westdeutschen Imperialisten nicht zur See und nicht zur Luft, sondern eben zu Lande erwartet werden.

Während die Militärspezialisten der bürgerlichen Presse durchweg auf die spektakulären, weil unerhört teuren Rüstungen zur Luft und zur See starren und sich von technischem Flitterkram genauso leicht beeindrucken lassen wie von den unerhörten Vernichtungskräften, die in der nuklearen Bewaffnung der Supermächte aufgestaut sind, gehen die Militärs die Frage nüchtern an.

Während den Publizisten die Aufgabe zufällt, die aggressiven Interessen des BRD-Imperialismus zu verhüllen, indem sie dessen Friedfertigkeit beteuern und die Völker erschrecken durch Verbreitung über die Wüstenei, die ein Atomkrieg anrichten würde, haben die Militärs die Aufgabe, diese aggressiven Interessen praktisch umzusetzen. Da stellen sich rasch allerlei strategische Wahrheiten heraus und auf dem Gebiete der Militärtheorie ist tatsächlich jeder Oberst schlauer als der Herr Weinstein von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, dem es nicht in den Kopf will, daß kein Angreifer Interesse haben kann, die Objekte seines Angriffs zu vernichten, so wie zum Beispiel kein Hund Interesse daran haben könnte, den Knochen, um den er rauft, zu vergiften.

Mit der Steigerung der Kriegsgefahr, wo das Drohen mit Vernichtungsmitteln zum Zwecke politischen Drucks zunehmend abgelöst wird von der Bereitstellung der realen Vernichtungsmittel, die zum konkreten Zweck geeignet sind und ein Kräftemessen erlauben, konstatiert der Oberbefehlshaber des NATO Abschnittes Mitte, der Bundeswehrgeneral Ferber, trocken ein „zunehmendes Überwiegen der konventionellen Kampfweise“.

Das hindert die westdeutschen Imperialisten nicht, lauthals heranzublocken, die NATO werde im Falle eines Angriffs als erste Atomwaffen einsetzen. Aber dieses Geschrei beeindruckt nicht. Und sogar den Journalisten schwant, daß dies eine leere Drohung sein wird.

Die Auseinandersetzung um die Rüstung der Bundeswehr spitzt sich also nicht zu an Luftwaffenprojekten, sie spitzt sich auch nicht zu an den Marineprojekten, sondern sie spitzt sich zu an der Panzerwaffe, genauer der gesamten Konzeption für das Heer.

Umrüstung nach der „Roll-Back“-Strategie

Die bisherige Panzerrüstung der Bundeswehr wie die Ausrüstung des Heeres insgesamt war darauf berechnet, daß man den Gegner in der Panzerschlacht stellt und vernichtet durch Einsatz schnell beweglicher Kampfwagen mit einer starken Feuerkraft, hochgezüchtetem Gerät und dem entsprechend geringen Personaleinsatz.

So kam die Kampfpanzerserie Leopard zur Welt, die überall begehrt ist, was darauf schließen läßt, daß ihr Nutzen auf dem Gefechtsfeld für groß geschätzt wird.

Nach allem, was man weiß, wird der Leopard dem Feindpanzer, dem er auf dem Gefechtsfeld begegnet, überlegen sein. Diese Vorstellung, in der die infantile Komponente der Bundeswehr so schwach ausgebildet ist, geht von einem bestimmten Kriegsbild aus. Sie beruht auf der festen Annahme, daß sich die Schlacht auf dem Gebiete des Gegners entwickeln wird, und zwar ziemlich weit auf dem Gebiet des Gegners.

Konkret war diese Bewaffnung darauf berechnet, Konterrevolutionen, die in Staaten des sozialistischen Lagers angezettelt werden sollten, auszunutzen als Vorwand für einen Einmarsch, und dann schnell die Verbände des Verteidigers zu zerschlagen, um solche Konterrevolutionen zu pflegen und ihnen Raum zu verschaffen.

Diese Konzeption nannte man „Roll Back“ und sie wurde von Adenauer und seinem damaligen Busenfreund J.F. Dulles ausgearbeitet.

Später wurde sie dann umgetauft in die Strategie der „Vorneverteidigung“.

Zusammenfassend: Diese Konzeption des Angriffs auf das sozialistische Lager unter Vorwänden hatte zur Voraussetzung ein Übergewicht der USA bei den „strategischen“, also den Waffen, die von den USA aus in die Sowjetunion getragen werden konnten und geeignet waren, diese strategisch, also in ihrer gesamten Fähigkeit, Gegenwehr zu leisten, zu treffen. Nicht etwa, um die Sowjetunion tatsächlich zu vernichten, sondern vornehmlich um ihr die Hände zu binden. Weiter den Ausbau konventioneller Verbände, die fähig sein mußten, sehr schnell sehr weit vorzustoßen und Truppenverbände zu zerschlagen, wobei die infantile Komponente vernachlässigt werden konnte, weil die Berechnung bestand, sich auf Konterrevolutionen abzustützen. Schließlich konnte solcher Auftrag auch aus politischen Gründen nicht mit Infanteriemitteln erledigt werden, weil dazu zum Beispiel das ganze westdeutsche Volk in Waffen gebracht hätte werden müssen; das hätte sich bei einem solch widerwärtigen imperialistischen Abenteuer leicht in ein Risiko für den Aggressor verwandelt.

Dieses sind die Gründe für die Rüstung des Heeres, die keineswegs eine breite Streuung von Waffen vorsieht, in der die Infanteriegefechtsausbildung aller Truppen durch Monotonie und Langeweile zum reinen Instrument der Schinderei verkommen ist, wo erst in jüngster Zeit die Flugabwehr Kanone für die Truppe breit eingeführt worden ist und wo die Ausrüstung mit Panzerabwehr Kanonen im argen liegt und die schwere Artillerie donnermächtig schlecht und schlecht bewaffnet ist.

Daß dies nebenbei dazu geführt hat, daß die Rüstungskonzerne mit der Entwicklung der Leopard-Serie und jetzt auch mit dem Marder ein Bombengeschäft gemacht haben, darf nicht dazu verleiten, die Gründe für diese Rüstungskonzeption etwa bei den Rüstungskonzernen zu suchen. Es war umgekehrt. Diese strategische Einschätzung von Lage und Aufgaben, getroffen von den USA-Imperialisten und aufgeschlüsselt von Konrad Adenauer, hat den deutschen Rüstungskonzernen zu erheblichen Profiten verholfen.

Mit dieser Sorte schimmernder Wehr standen die westdeutschen Imperialisten da, als sich dreierlei ereignete. Erstens hatte die UdSSR der atomaren Erpressung zuweichen können, indem sie im wesentlichen gleichzog. Damit standen die Papiere bereits erheblich schlechter. Aus dem „Roll Back“ wurde die „Vorneverteidigung“. Zweitens erwies es sich als überflüssig, Konterrevolutionen hervorzuufen zu wollen. Die Konterrevolution hatte in der UdSSR gesiegt und eine neue Bourgeoisie, durch und durch imperialistisch, hatte der Arbeiterklasse die Herrschaft entrissen und begann, die Errungenschaften, die auch im Militärwesen die revolutionäre Arbeiterklasse errungen hatte, dieser aus der Hand zu schlagen und als glänzende Ausgangsstellung für ehrgeizige imperialistische Pläne auszunutzen. Drittens hatten sich die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, insbesondere aber in Vietnam, nicht an der Leine der Drohung des Atomwaffeneinsatzes kurzhalten lassen, sondern die USA bekriegt und geschlagen. Es war sozusagen allerhand in Scherben gegangen.

Die Supermacht USA sah sich im Kampf um die Welt-herrschaft mit einem aggressiven Rivalen versehen. In Europa sah sich das NATO-Bündnis erstmals seit dem Kriege in der Lage, die Verteidigung Europas gegen den Zugriff der Sozialimperialisten gewährleisten zu müssen.

Der Farbwechsel der Sowjetunion von Rot nach Braun war im wesentlichen vollzogen mit dem Überfall auf die CSSR. Dennoch wäre es den westlichen Imperialisten damals nicht möglich gewesen, zum Beispiel mit der Bundeswehr mitzumischen. Wer damals bei der Bundeswehr gedient hat, weiß, daß sich die Imperialisten mit solchem Begehren eine Meuterei eingehandelt hätten und sonst nichts.

Von da an etwa datieren die Bestrebungen zur Umrüstung der Bundeswehr aus einer Armee, die konzentrierte Schläge gegen einen Verteidiger, der von innen heraus geschwächt ist, führen sollte, in eine Armee, die im Stande sein muß, konzentriert geführte Schläge eines Angreifers auszuhalten und den Gegner in der Verteidigungsschlacht auf eigenem Gebiete aufzureiben.

Die FLAK wurde verbessert. Mit dem Marder ein Schützenpanzer entwickelt, der modernen Anforderungen entspricht (obschon er in seiner Bewaffnung den selbständigen Kampf der Grenadiere gegen Feindpanzer nicht erlaubt und die Infanterie so auf dem Gefechtsfeld vollständig von der Unterstützung durch Kampfpanzer abhängig bleibt). In der Bundeswehr wurden die Schützendivisionen eingeführt, in denen das infanteristische Element stärker ausgebildet ist als bei den Panzergrenadiern der Fall, und schließlich wurde die Heimatschutztruppe aufgestellt, die es erlaubt, die wehrfähigen Männer aus der Zivilbevölkerung herauszuziehen und nach und nach in großer Zahl im Vernichtungskrieg zu verheizen.

Es gibt noch eine ganze Reihe von Reformen in diesem Zusammenhang, aber diese genügen, um zu verstehen.

Diese Umrüstung findet jedoch ihre eigentliche Zuspitzung in der Panzerabwehr.

Die westdeutschen Imperialisten streiten, wie die Umrüstung aussehen soll

Unter den westdeutschen Imperialisten gibt es in dieser Frage in etwa zwei Richtungen. Die einen gehen davon aus, daß in einer näheren Zukunft schwere politische Erschütterungen sowohl in der UdSSR als auch im RGW-Gürtel zu erwarten sind und daß man vor allem auf diesen Fall gerüstet sein muß.

Die anderen gehen davon aus, daß eher zu erwarten ist, daß die UdSSR zum Angriff übergeht, auf jeden Fall dann, wenn die westliche Rüstung nicht geeignet ist, einen solchen Angriff aufzuhalten.

Dementsprechend fordern die Vertreter der ersten Anschauung, daß die Bundeswehr weiterhin mit hauptsächlich hochtechnisiertem Gerät, das große Beweglichkeit mit konzentrierter Feuerkraft vereint, ausgestattet werde und daß gleichzeitig die Personalkosten gedrückt und die Zahl der Soldaten unter Waffen gesenkt werden müsse.

Die anderen verlangen, daß der infanteristische Unterbau verbessert werden müsse, daß breite gestreute Mittel der Abwehr von Panzern, die technisch lang schon entwickelt sind, eingesetzt werden müssen.

Es wird davon ausgegangen, daß die Zeiten schlecht sind für den westdeutschen Imperialismus und daß er in eine Lage versetzt werden kann, wo er sein „Recht“, die westdeutsche Arbeiterklasse auszubeuten, das ja den Urquell aller imperialistischen Kraftentfaltung bedeutet, gegen einen auswärtigen Aggressor verteidigen muß, der es ihm streitig machen will.

Auf diese Lage ist die Bundeswehr nicht gerüstet. Zum besseren Verständnis ein knapper Aufriss der qualitativen Zusammensetzung der Verbände des Aggressors, in unserem Falle der UdSSR.

Bekannt ist, daß die infanteristische Ausbildung der Truppen der UdSSR bedeutend stärker gepflegt wird. Die Grundausbildung währt länger, und die Grundausbildung zum Soldaten ist nach wie vor eine Grundausbildung zum Infanteristen, als der kleinsten schlagfertigen Einheit jeder Armee. So weit uns bekannt, dauert sie sechs Monate und wird weitgehend im Freien durchgeführt. Die Bewaffnung mit Artillerie ist bedeutend stärker ausgeprägt. Das beginnt auf der Ebene der Kompanie und setzt sich fort bis zur Divisionsartillerie. Früher hat man nicht selten „westliche“ Militärtheoretiker spotten hören über die rückständige Bewaffnung der Roten Armee und die schreiende Kluft zwischen den modernen strategischen und der „primitiven“ Infanteriebewaffnung wurde belächelt. Davon ist heute wenig übrig geblieben. Denn, war dieser Spott ursprünglich der Tatsache geschuldet, daß die Rote Armee gerüstet war, Angriffe aufzufangen und einen angreifenden Gegner aufzureiben, so ist mit dem Machtwechsel von der Arbeiterklasse an die Bourgeoisie damit bloß ein Unterbau geschaffen, der es hervorragend erlaubt, die starke defensive Komponente auszunutzen, um schlagkräftige Verbände zum Angriff in äußerst kurzer Zeit aufzustellen und zu entwickeln.

Wenn ein Vergleich erlaubt ist, die französische Revolution hatte die allgemeine Wehrpflicht eingeführt zum Zweck der Verteidigung der Nation und der Revolution vor den gegenrevolutionären Überfällen der umliegenden Mo-

narchen. Die französische Revolution hatte es als erstes Gemeinwesen der Welt verstanden, ihre ganze Fertigkeit, ihre ganze produktive Kraft in den Krieg zur Verteidigung der Revolution zu stecken. So war die Republik den Angriffen der Reaktion gewachsen, obwohl bis heute noch jedem reaktionären Kopf dies unverständlich bleiben muß, denn die Truppen, die zum Angriff auf die Republik aufgestellt waren, waren – im traditionellen Maßstab gemessen – in jeder Hinsicht besser, geübter, schossen auch besser, marschierten schneller, waren schlagtengeübt und hatten gebildete Offiziere.

Indessen hatten sie bloß eine überlebte Gesellschaftsordnung zu repräsentieren, das machte sie schwach und schlagbar.

Als dann die Thermidorreaktion die Revolutionäre Robespierre, St. Just und andere auf die Guillotine schickte, die demokratischen Ziele der Revolution verriet und auf der Basis des Reichtums den Ausgleich mit dem Adel suchte, dem Volk aber seine Rechte nahm, ein Vorgang, der schließlich mit Napoleon abgeschlossen war, bestand dennoch ein bürgerliches System, das von feudalen Schlacken weitgehend gereinigt war und es Napoleon erlaubte, die gesamten Kräfte der Nation für seine Eroberungspläne einzusetzen. Daraus entstand die unerhörte Schlagkraft. Es war das freilich bloß von einer kurzen Dauer, weil bekanntlich mit Verrat an der Revolution und politischer Reaktion verbunden.

Jedenfalls befinden sich die neuen Zaren im Kreml in gewisser Hinsicht in einer glücklichen Lage. Sie können militärisch aufbauen auf einer Armee, die sich die Arbeiterklasse geschaffen hat zur Verteidigung des Landes und zum Zwecke der Verteidigung der Revolution, für deren Aufbau sie unerhörte Opfer auf sich genommen hat und deren Moral dem hohen Zweck, Verteidigung der Revolution, entsprechend stark ist.

Zusammenfassend: Die Rote Armee mußte entsprechend ihrem Auftrag folgendermaßen gerüstet sein: Der weltweiten Bedrohung und dem Versuch der Lähmung der Weltrevolution durch das Monopol der USA-Imperialisten an zunächst A-Bomben, dann H-Bomben, dann Trägern für nukleare Bomben, dann landgestützten Raketenträgern, dann U-Boot gestützten Trägern, dann satellitengestützten Trägern mußte die Sowjetunion durch Neutralisierung dieser Vernichtungswaffen entgegengetreten. Zur Verteidigung des Landes mußte sie Truppen besitzen, die artilleristisch stark waren und in denen die Infanterie, die eine tief gestaffelte Verteidigung ermöglicht, die Hauptkomponente bildete. Gleichzeit mußte die Luftabwehr auf einen hohen Stand gebracht sein und selbstverständlich mußte die Panzerwaffe ausreichend sein, um angreifende Verbände mit dem Mittel der infanterie- und artilleriegestützten Panzerschlacht aufhalten und aufreiben zu können.

An dieser Bewaffnung brauchten die neuen Zaren nicht viel zu ändern. Das Schwergewicht der Umrüstung lag dementsprechend hauptsächlich auf der Marinierung und der Luftwaffe. Wir sind indessen sicher, daß die Schaffung technisch hochgerüsteter Eingreifverbände, wie sie die NATO hauptsächlich hat, nicht lange auf sich warten lassen wird. Vielleicht bestehen sie schon.

Diesem gewaltigen Militärapparat stehen die Truppen der NATO gegenüber, praktisch ohne ernstzunehmende Infanterie.

Daher ergibt sich, daß unter den imperialistischen Militärtheoretikern ein gewaltiger Krach entstehen muß. Er

muß um die Infanteriefrage sich entwickeln. Er muß alle Fragen der Wehrverfassung berühren und muß sich militärtechnisch als ein Problem der „Panzerabwehr“ darstellen. Die westdeutschen Imperialisten befinden sich hierbei in einem unlöslichen Widerspruch.

Die westdeutschen Imperialisten haben nichts Fortschrittliches zu „verteidigen“

Gegen einen stärkeren Feind kann sich ein kleines Land bloß erfolgreich verteidigen, wenn es eine fortgeschrittenere Gesellschaftsformation repräsentiert. Nur dann ist es im Stande, die ganze Nation in den Krieg zu führen und dann wird ein solches Land in der Tat ein „schwer verdaulicher Brocken“ für jeden Aggressor.

Die westdeutschen Imperialisten indessen haben nichts Fortgeschrittenes zu verteidigen. In Westdeutschland hat der Kapitalismus eine Reife erreicht, die den Widerspruch zwischen den unerhörten Produktivkräften dieser Gesellschaft, die von der Arbeiterklasse entfesselt werden, und den Produktionsverhältnissen, die die imperialistische Bourgeoisie zur herrschenden Klasse machen, so scharf, daß ohne die Aufhebung der imperialistisch gewordenen Bourgeoisie kein Fortschritt mehr möglich ist. Solange die imperialistische Bourgeoisie die Nation führt, verteidigt sie bloß ihre überlebte Herrschaft. Das wird nicht davon besser, daß sie sie nach außen verteidigt.

Es ist das gar keine moralische Frage. Es ist so, zwar ist der Krieg ein Mittel der politischen Betätigung der staatlich organisierten herrschenden Klasse. Er bleibt aber eine politische Betätigung.

Allgemein gesprochen ist es ganz unverträglich, eine Herrschaft zu haben, zu deren Erhalt nach innen alle Rechte der politischen Betätigung eingeschränkt werden müssen, so daß mit Recht gesagt wird, die Herrschaft der Bourgeoisie bedeute „Reaktion auf der ganzen Linie“, gleichzeitig aber das ganze Volk unter Waffen zu setzen.

Der Krieg, den die westdeutsche Bourgeoisie führt, wird auch dann ungerecht sein, wenn sie ihn gegen einen Angreifer führt, denn sie kann nichts verteidigen als ihre Herrschaft und diese ist reaktionär, überlebt und zutiefst ungerecht. Der Frieden, der in der BRD herrscht, ist ungerecht, muß zum bewaffneten Aufstand geführt werden. Wie sollte der Krieg zur Verteidigung dieses ungerechten Friedens gerecht sein und wie sollte es möglich sein, daß die Kraft und die Potenz des westdeutschen Volkes unter Führung der Bourgeoisie entwickelt werden könnte?

Darum starren die imperialistischen Militärtheoretiker wie gebannt auf die komplizierten Waffensysteme und sind schwerlich im Stande, sich in der strategischen Debatte von der Überlegenheit der Waffen zu lösen. Dem bürgerlichen Hirn ist es fest eingeübt, daß man die Herrschaft ausübt, ökonomisch dadurch, daß das Recht zum Zugang zu den Produktionsmitteln nicht den Arbeitern, die sie in Bewegung setzen, zugesprochen ist, sondern dem Eigentümer.

Und genauso wenig wie je ein bürgerlicher Ökonom begreifen wird, welche explosive Entwicklung der Ökonomie der „große Sprung“ für die chinesische Volkswirtschaft bedeutet hat, sondern bloß daran herumkackeln kann, daß der breit produzierte Stahl da und dort wirklich nicht besonders gut war, und wie dagegen die hochmodernen Anlagen der Stahlerzeugung ausgespielt werden, genauso wenig vermag der bürgerliche Militärtheoretiker zu verste-

hen, daß es nicht der Besitz von „überlegenen Waffensystemen“ ist, der den Sieg erbringt, sondern die Fähigkeit, die Massen und die unerhörten Reserven, die in den Massen schlummern, zu erwecken.

Das wird nicht verstanden, weil imperialistische Herrschaft davon abhängt, daß die Initiative der Massen unterdrückt wird, denn ist sie geweckt, wird sie zum bewaffneten Aufstand führen.

So kommt es, daß der finstere Zweck der imperialistischen Armee in ihrer Rüstung Niederschlag finden muß. Diese wird vorangetrieben im Hinblick auf hochtechnisierte Systeme, die angeblich kriegsentscheidend sein sollen. Praktisch schaut das so aus: Meutert z.B. ein Phantom-Pilot, so kann er vielleicht da und dort noch eine Bombe hinschmeißen und dieses oder jenes Stabsquartier beschießen. Aber schon landen kann er nicht mehr richtig. Er kann die Maschine auf den Boden schmeißen und ist ab dato von jedem Dorfpolizisten festnehmbar.

Das ist für die Imperialisten das Angenehme an diesen modernen Waffensystemen, die ja nicht bloß „modern“, sondern auch rechte Dinosaurier sind. Dabei übersieht man leicht, daß eine moderne Panzerabwehrkanone auch „modern“ genug für einen „modernen“ Panzer ist. Auch wenn sie billig ist, bleibt sie doch wirksam.

Der Widerspruch zwischen Beweglichkeit der Panzerwaffe und dem „Halten von Stellungen“

Während also die Sozialimperialisten den strategischen Unterbau für den wirksamen Einsatz der Waffensysteme, die in der Offensive ihre Stärke zeigen, bereits lange besitzen, steht vor westdeutschen Imperialisten die schwierige Aufgabe, diesen Unterbau herzustellen, um eine wirkungsvolle Verteidigung ihrer reaktionären Herrschaft ins Werk setzen zu können.

Leidenschaftlich wird daher von dem einen Flügel die Ausrüstung der Infanterietruppe mit PAK, mit einer Vielzahl panzerbrechender Waffen bis auf die unterste Gliederungsebene gefordert. Ebenso leidenschaftlich versucht ein anderer Flügel die Überflüssigkeit solcher Bewaffnung zu beweisen.

Nur Panzer schlagen Panzer, lautet die Devise. Allenfalls wird noch zugegeben, daß luftbeweglich panzerjagende Hubschrauber einen Gefechtswert besitzen könnten. Eine Verlagerung des Schwergewichtes auf die Infanterie wird abgelehnt.

Um diesen Standpunkt zu verdeutlichen, beziehen wir uns auf die Zeitschrift „Kampftruppen“, die von einem „Arbeitskreis der Kampftruppen“ herausgegeben wird, in der pensionierte Generäle sitzen, zum Beispiel Generalmajor Heinz Guderian als Herausgeber der Zeitschrift und Vorsitzender des Arbeitskreises sowie Generalleutnant a.D. Heinz Schulz als Chefredakteur.

Horst Zobel, Oberst, schreibt dort unter dem Titel „Panzer kämpfen beweglich – gilt das nur für den Angriff?“ (1): „Wer einen Angreifer, bei dem ja zunächst das Gesetz des Handelns liegt, erfolgreich abwehren will, muß sich auf ihn einstellen. Da dieser Angriff mit höchster Beweglichkeit durch Panzerkräfte geführt wird, keine Verteidigung aber so stark sein kann, daß überall gleichzeitig der Angreifer abgewehrt werden kann, muß auch die Verteidigung beweg-

lich geführt werden. Den höchsten Grad der Beweglichkeit im Kampf aber hat nur der Panzer. Also fallen dem Panzer auch in der Verteidigung die Hauptaufgaben zu. Der Panzer ist dazu nicht nur auch geeignet, er ist am besten geeignet. Bisher kann ihn kein anderes Waffensystem ersetzen, auch die moderne Panzerabwehr nicht.“

Es folgt dann eine Auslassung über die Heeres-Dienstvorschrift für den Panzereinsatz.

Diese kennt einen verkürzten Begriff der Verteidigung, der in der Weisung gipfelt: „In der Verteidigung wird aus Stellungen gekämpft. Stellungen sind zu halten!“

Daraus entsteht der Widerspruch zwischen der großartigen Beweglichkeit der Panzerwaffe und der Tatsache, daß „Stellungen zu halten“ sind und nur auf „Befehl“ verlassen werden dürfen! Vor dem geistigen Auge des Lesers entsteht sofort die Erinnerung an die „Magenot-Linie“, mit der sich Frankreich gegen einen deutschen Überfall sichern wollte, an den „Atlantikwall“, der die Landung der Alliierten Truppen im besetzten Frankreich verhindern sollte, an die „Bar Lev Linie“, mit der die israelischen Aggressoren ihren Raub schützen wollten. Alle diese Stellungen, und es gibt viele mehr, hatten einen gewissen Wert, einen absoluten Schutz vermag jedoch eine Stellung nie zu bieten.

Trotzdem kommt es immer wieder vor, daß erwartet wird, man könne eine Festungslinie an eine Grenze oder auch ein Stück dahinter legen und dann sei man sicher. Richtig ist, eine solche Stellung verlangt von dem Angreifer stets eine erhebliche Konzentration der Kräfte auf einen Punkt, ist aber stets zu durchbrechen. Daher gehört der Grundsatz „Stellungen sind zu halten“ auch bloß in den Bereich der Taktik. In die Strategie kommt er bloß, wenn erwartet wird, man könne einen Gegner durch Auflaufenlassen auf ein Festungswerk unter allen Umständen aufhalten. Dort rächt er sich bitter, und wo sich so eine theoretische Richtung entwickelt hat, ist sie stets durch die Ereignisse Lügen gestraft worden.

Diese Wall-und-Graben-Strategie entwickelt sich in bürgerlichen Gesellschaften meist dann, wenn die inneren Widersprüche so zugespitzt sind, daß auf die Initiative der Truppen nicht mehr gesetzt werden kann und die Ideologie entsprechend morsch ist. Den Massen, die zunehmend weniger bereit sind, für die Zwecke der herrschenden Klasse den Kopf hinzuhalten, wird vorgegaukelt, sie wären hinter dem „Wall“ sozusagen relativ sicher, damit sie überhaupt kriegswillig bleiben. So war es bei der Maginot-Linie, so beim Westwall und so bei der Bar Lev Linie. Das Gerede von uneinnehmbaren „Wällen“ und „Linien“ soll bloß vertuschen, daß die herrschende Klasse zu gar keiner Initiative mehr fähig ist.

Zur Verdeutlichung: Wären die französischen Imperialisten bereit und fähig gewesen, die Schlacht mit dem Hitler-Aggressor vor der Maginotlinie und der Dalladierlinie aufzunehmen, so ist es gar nicht sicher, wie der bekannte „Blitzkrieg“ ausgegangen wäre. Sie konnten es nicht und sie wollten es nicht, weil die Gefahr, daß bei der Verteidigung der Landesgrenzen und der Verteidigung der Herrschaft der französischen imperialistischen Bourgeoisie die Arbeiterklasse, die zu solchem Zweck ja unter Waffen gesetzt werden muß, den Imperialisten die Herrschaft entreißt und sich selber verteidigt anstatt vielleicht ihre Ausbeuter, von beachtlichen Teilen der französischen Bourgeoisie als zu groß eingeschätzt wurde. So kam es, daß ein erheblicher Teil der Bourgeoisie sich ausrechnete, unter den gegebenen Bedingungen bei der Kollaboration mit dem Hitlerre-

gime besser abzuschneiden, einen wahren Bundesgenossen in der Zerschlagung der Arbeiterbewegung zu besitzen und bei günstigeren Umständen, also nachdem sich die Hitlerarmeen im Angriff auf die UdSSR aufgerieben hätten, sich aus der Umklammerung durch reichsdeutsche Monopole zu lösen oder aber an der Plünderung der durch den Faschismus besetzten Gebiete aktiv teilzuhaben.

So wie im großen durch die Überlebtheit eines Regimes ein Element der Unbeweglichkeit in die Strategie kommt, so im kleinen in der Taktik.

Die imperialistischen Militärs beten die Waffen an und verachten die Menschen

Die Vorschrift „Stellungen sind zu halten“ gilt in der Bundeswehr noch für die Kompanie. Erst Bataillone bekommen die Aufgabe der „Behauptung von Räumen“ zugewiesen.

Dies ist in der Tat schon eine korrektere Fassung der Aufgabe der Verteidigung. Der Begriff der Behauptung von Räumen schließt natürlich eine gewisse Beweglichkeit ein. Diese Beweglichkeit, die man getrost mit dem Recht auf Entwicklung von Initiative gleichsetzen kann, soll jetzt den Kompaniechefs übertragen werden. Die Züge hingegen müssen nach wie vor aus „Stellungen, die zu halten sind und nur auf Befehl verlassen werden dürfen“ kämpfen.

Man sieht daran, für wie groß die imperialistische Armee die Unzuverlässigkeit des „Elementes Mensch“ halten muß. Offenbar ist man der Meinung, daß bereits bei den Offizieren, die Züge führen, die „Beweglichkeit“ in der Hauptsache dazu benutzt würde, um Fersengeld zu geben. Anders ist eine solche prinzipielle Festlegung in der HDV nicht erklärbar.

Natürlich wäre ein jeder ein Narr, wenn er sich bei der Aufgabe, „Räume zu halten“ nicht des Vorteils bediente, eine Stellung zu benutzen. Niemals ist man verwundbarer als bei der Aufgabe einer Stellung. Dieses weiß jeder Soldat. Das braucht nicht generell befohlen zu sein.

Durch die Heeresdienstvorschrift, die festlegt, daß ab Zugebene gekämpft wird aus „Stellungen, die zu halten sind, bis ihre Räumung befohlen wird“, wird die Initiative der Truppe bloß gelähmt. Den Imperialisten gilt dieses aber gering im Vergleich dazu, daß die Soldaten ihre große Beweglichkeit benutzen, um sich der Wirkung des feindlichen Angriffs zu entziehen, den sie nicht aushalten wollen, damit es die Konzernherren vor dem häuslichen Kamin schön warm haben und daran denken, was sie bei der Rüstungsproduktion verdienen.

Da der Autor von der Zeitschrift „Kampftruppen“ aber beweisen will, daß auch in der Verteidigung die Panzer die Hauptkraft bilden und daß dies der Tatsache geschuldet sei, daß der feindliche Stoß ebenfalls mit Panzern geführt wird, stört ihn das so lange nicht als er mit ähnlich starrreglementierten Feindverbänden zu rechnen hat. Dies ist der Fall, denn auch wenn die Vorschriften der Warschauer Pakt Staaten teilweise noch anders sind, ist für sicher anzunehmen, daß in der Praxis eine ähnlich starre Bindung eingeführt werden muß. Insbesondere wenn die UdSSR mit verbündeten Truppen antritt, wird ihr wenig anderes übrig bleiben.

So steht der Frage, warum auch in der Verteidigung die Panzer die Hauptkraft bilden, die Antwort gegenüber, weil nur Panzer fähig sind, sich rasch gegen einen konzentriert angreifenden Gegner zu formieren, weil einem entschlos-

sen vorgetragenen Panzerstoß keine andere Waffe einen Einhalt gebieten kann, weil es auch nicht möglich ist, eine hauptsächlich durch Artillerie gedeckte Verteidigungslinie zu schaffen, an jeder Stelle stark genug, einen solchen Angriff auszuhalten, weil somit nur Panzerkräfte einen einbrechenden Panzerfeind stellen und zerschlagen können und schließlich, weil Panzerverbände, auch wenn sie eine Schlappe erlitten haben im Gefecht, rasch zurückverlegt werden können im Gegensatz zur Infanterie, die, einmal von Panzern überrollt und zersprengt, bloß noch zerschlagen werden muß, was dann ziemlich einfach ist.

Das alles klingt unerhört einleuchtend. Hat aber den Nachteil, daß es nicht zutrifft.

Die Panzerwaffe in der Verteidigung ist zwar unerlässlich. Eine Verteidigung gegen angreifende Panzerverbände ist ohne Panzer schwerlich möglich.

In der konkreten Lage jedoch, wo es den BRD-Imperialisten nicht abstrakt darum gehen kann, festzustellen, welche grundsätzlichen Fragen die Panzerschlacht aufwirft, sondern ihnen konkret darum gehen muß, welche Elemente ihrer Rüstung sie verstärken müssen, ist die naheliegende Antwort: mehr Panzer bauen und besonders Panzer zur Bekämpfung von Panzern bauen, falsch. Vom militärischen Standpunkt aus gesehen genügt der Anteil von Panzern in der Bundeswehr nicht nur. Er ist zu hoch, oder, unter dem Gesichtspunkt der Aufrüstung gesehen, der Anteil der Infanterie zu niedrig und ihre Bewaffnung unzulänglich.

Im Vergleich zu den Kosten ist die Fähigkeit zur Verteidigung somit schwach.

Konzeption der „versteckten Panzer“

Um dennoch die unerhörte Brauchbarkeit von Panzern in der Verteidigung zu beweisen, geschieht es prompt, daß das Verstecken von Panzern als ausgesprochen gut angesehen wird.

„Das für die Verteidigung ausgewählte Gelände soll dem Panzermann

- Schutz gegen Sicht zur Wahrung der Überraschung
- Schutz gegen Feuer/Stellfeuer aus der Luft, bis der Feuerkampf aufgenommen werden muß,
- Stellungen, die den wirkungsvollen und überraschenden Einsatz sicherstellen
- Möglichkeiten zur Durchführung geplanter und notwendiger Bewegungen bieten.“

Gleich neben dieser merkwürdigen Vorstellung der Verteidigungsschlacht sieht man ein Bild, wie ein getarnter Panzer aus dem Gebüsch hervorbricht. Jeder Soldat kennt das aus dem Manöver. Man schlüpft über die Heide und denkt sich nichts Böses, auf einmal kommt ein Leopard von der Seite. Man erschrickt sich zu Tode und will nichts wie weg, auch wenn man weiß, daß es bloß Spaß ist. Und das Ding weder schießen noch überrollen wird.

Praktisch haben die Ägypter im Juni-Krieg sich ziemlich genau an diese Vorstellungen gehalten. Weil es Wüste war, wo sie lagen, haben sie sich eingegraben. Wahrscheinlich waren zu diesem Zeitpunkt in ägyptischen Militärzeitschriften ebenfalls Bilder zu erblicken, wo sich ein Panzer aus dem Sand herauswält wie Pharao aus der Gruft.

In der Wirklichkeit besteht das Problem darin, einbrechende Panzerverbände so lange aufzuhalten und in ihrer Beweglichkeit zu hindern, bis die Panzerkräfte, die man

(1) Oberst Horst Zobel, Panzer kämpfen beweglich. In: Kampftruppen Nr. 6/1975, Seite 197–198

braucht, um eine Schlacht zu führen, konzentriert sind. Das muß schnell gehen.

Der heutigen Bundeswehr fehlt weniger das Element der Beweglichkeit. Es fehlt ihr an der Fähigkeit, alle Truppen zu einem nachhaltigen Widerstand gegen Panzerkräfte zu befähigen.

Denkwürdigerweise schließt der Aufsatz in der Zeitschrift „Kampftruppen“ mit Beispielen aus dem Zweiten Weltkrieg. Als die Hitlerarmeen zurückgehen mußten und in verschiedenen Etappen versuchten, eine Stellung zu finden, die dann jeweils von der Roten Armee durchbrochen wurde, galten die Panzerverbände als eine Feuerwehr.

Damals ist auch der Guderiansche Sinnspruch entstanden: „Nicht kleckern, klotzen“. Dahinter steckt nichts als die Tatsache, daß man einen Feind, der mit einem Stoßkeil eine Frontstellung durchbrochen hat, mit keinem anderen Mittel so schnell und wenn er viele Panzer hat mit gar keinem Mittel aufreiben und zurückwerfen kann als mit der konzentrierten Kraft der Panzer. Wir möchten aber vermerken, daß es sich dabei jeweils um Aufgaben des Angriffs gehandelt hat. Einen durchgebrochenen Truppenteil aufreiben oder an einer schwachen Frontstelle die Gefahr eines Durchbruchs konzentrierter Kräfte abwehren, das enthält selbstverständlich Elemente des Angriffs.

Der Schluß, zu dem der „Kampftruppen“-Autor kommt, ist unzureichend:

„... Also müssen alle Bewegungen des reagierenden Verteidigers noch schneller durchgeführt werden, muß die „Feuerwehr“ noch früher an den Brandstellen erscheinen, um der sich ausbreitenden Gefahr energisch Einhalt zu gebieten. Die Panzertruppe muß also noch beweglicher sein, als sie es in der Vergangenheit immer gewesen ist. Besonders in der Verteidigung gegen einen überlegenen Gegner.“

Es ist interessant zu sehen, wie der Autor von Beginn, wo die Panzerwaffe als die Hauptwaffe des Heeres auch und gerade in der Verteidigung herausgestrichen wird, am Schluß dabei landet, ihr die Aufgabe einer „Feuerwehr“ zuzuweisen. Übrig bleibt die Frage, wer nun denn halten soll, bis die Panzertruppe zusammengezogen ist. (Wenn man es konsequent denkt, dann erfordert die Konzeption der „versteckten Panzer“ so viele Panzer, daß das Ganze einer motorisierten „Linie“ oder einem „Wall“ entspricht. Das kann niemand mehr bezahlen, versorgen, bemannen.)

Die imperialistische Armee muß die Initiative der Soldaten dem Knechtsgehorsam opfern

Wir, die nicht blind sind vom Starren auf Waffensysteme und nicht gehemmt in unserer Überlegung, weil wir im Unterschied zu den imperialistischen Militärtheoretikern nichts zu verbergen haben, sehen es leicht.

Das Rückgrat der Armee bildet objektiv der Infanterist, der einzelne Schütze. Alles andere sind bloß Beigaben, freilich unerlässlich zum Sieg in der offenen Schlacht.

Um diese objektive Tatsache kommen die imperialistischen Militärtheoretiker nicht herum, auch wenn es ihnen nicht gefallen will. Offiziell wird bloß zugegeben, daß die Bereitschaft des einzelnen Soldaten, zu kämpfen, und das heißt in der imperialistischen Armee bedingungslos zu gehorchen, entscheidend sei. Es wird gesagt, wer etwas zu verteidigen hat, der wird auch gehorchen. Davon unterscheidet sich unsere Ansicht. Nicht im Element des Gehor-

sams gegenüber Befehlen von höherer Ebene liegt die Bedeutung des Schützen. Sie liegt in seiner Fähigkeit zu selbständigem Handeln, und das heißt im Kriege zum Kampf, die durch Befehle bloß geordnet wird, wenn es um gerechte Zwecke geht, keineswegs aber durch Befehle ersetzt werden kann ohne einen gewaltigen Verlust an Kampfkraft.

Es ist dieses eine politische Frage und nur im zweiten Range eine militärische, wie militärische Fragen ja stets zweiten Ranges sind.

Der Krieg ist ein Handwerk. Er ist von der Produktion insofern verschieden, als sein Gegenstand nicht die unbelebte Natur, sondern der Mensch ist. Er ist der Produktion insofern verwandt, als die Mittel und Methoden, die eine Gesellschaft zur Bewältigung der Natur durch Arbeit ausgebildet hat, eine entsprechende Anwendung auf die Bewältigung des Gegners findet.

Um es plastisch zu machen: Eine Industrie, die Panzer hervorbringt (wie auch die Männer und Frauen, die Panzer zu führen verstehen), bringt auch die Mittel hervor, Panzer zu brechen (wie auch die Männer und Frauen, die Panzer zu brechen verstehen).

Genauso wie die Entfaltung der produktiven Kraft der modernen Industrie gehemmt ist durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die Initiative der einzelnen Arbeiter durch das Lohnsystem gefesselt wird, genauso wird die Initiative des Soldaten gefesselt durch die Zwecke, zu deren militärischer Durchsetzung er herangezogen wird.

Die Imperialisten besetzen ihre Waffen mit Arbeitern. Mit wem denn sonst, sie selber sind zu wenige und finden ihr Leben auch für sowas zu kostbar. Genausowenig wie sie selber arbeiten, weil das macht müde, genausowenig kämpfen sie selber. Weil das ist gefährlich.

Niemals geben sie die Waffen den Arbeitern. Sie holen die Arbeiter zu den Waffen und diese bleiben unter ihrer Führung. Damit die Menschen, die die Waffen führen, unter dem Kommando der herrschenden Klasse bleiben, gibt es ein Reglement, das jeden einzelnen mit Strafen, Gefangenschaft oder Erschießung bedroht.

Indessen muß das alles nicht viel nützen. Die Ziele der Arbeiterklasse sind gerecht, sie und die übrigen Volksklassen stellen die ungeheure Mehrzahl der Bevölkerung und somit auch die Masse der Truppen, die ins Gefecht geführt wird.

Eine Bewaffnung, die die Selbständigkeit der unteren Truppeneinheiten vergrößert und ihre Handlungsfähigkeit gegenüber dem Feinde stärkt, macht sie zugleich ungehorsam. Denn was ihre Fähigkeit (und auch ihr Recht), den äußeren Feind selbständig zu bekämpfen, stärkt, das wird ganz unvermeidbar ihre Fähigkeit, dem inneren Feind den Garaus zu machen, erhöhen müssen.

Daher die Verachtung des Gefechtswertes des einzelnen Schützen und daher das Reglement, das die Initiative der Truppe derart fesselt als untrennbarer Bestandteil einer jeden imperialistischen Armee.

Für die militärische Verteidigung ist starke Infanterie unerlässlich

Heute, wo die Frage der strategischen Verteidigung aufgeworfen wird, macht dieses den imperialistischen Militärtheoretikern ziemliche Sorgen, zumindest dem klügeren Teil von ihnen. Natürlich nur verhüllt. Denn die Bedeutungslosigkeit des einzelnen Menschen, wenn er keinen

Besitz hat, ist eine eherne Grundlage aller bürgerlichen Ideologie, die in der Produktion wie im Kriege den Raubbau der lebendigen Arbeitskraft zum Inhalt hat und die tote, verfertigte Arbeitsprodukte über den wirklichen Arbeiter stellt, wie sie die Waffen über den Menschen, der sie bedient, stellt. Insofern verwickelt sich das Problem zur Fragestellung der „Feuerkraft“. Ob man den Ausgangspunkt des Feuers einerseits konzentriert, seine Durchschlagskraft erhöhen soll, wobei man diese konzentrierte „Feuerkraft“ dann sehr beweglich gestaltet („Der Motor eines Panzers ist genauso eine Waffe wie seine Kanone“), oder ob man die Feuerkraft „streut“. Im Klartext: ob man darauf vertrauen kann, daß die Infanterietruppe, im Besitz breit gestreuter Mittel zum panzerwirksamen Feuer, ihrerseits das Feuer konzentriert und selbständig auf das Richtige schießt.

Es sind, wenn man auf die Initiative des einzelnen Kämpfers und der Schützengruppe bauen kann, da ganz erstaunliche Ergebnisse bekannt. Zum Beispiel wurden im Vietnamkrieg Jagdbomber durch konzentriertes Gewehrfeuer nur ganz leicht bewaffneter Infanterie herabgeholt. (Das bloß als ein extremes Beispiel, es soll nicht dazu verleiten, daß man annimmt, die Anschaffung von FLAK wäre seitens der Nordvietnamesen eine Abweichung vom Pfad der Tugend gewesen.)

Während also in der Zeitschrift „Kampftruppen“ ungebrochen vom Panzer als Hauptkraft auch in der Verteidigung geredet wird und die Infanterie bloß als eine unvermeidliche Zutat behandelt wird, sehen es andere schon anders.

Es gibt eine regelrechte Polemik um den Raketenjagdpanzer. Diese geht aus von der Zeitschrift „Wehrkunde“. Der dementsprechende Aufsatz hat auch in ausländischen Militärzeitschriften Beachtung gefunden. (2)

Wir zitieren ausführlich:

„Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges ist die Panzerabwehr das beherrschende Thema der Verteidigung. Das Problem ist dabei immer dasselbe geblieben: Wie kann der Stoßkraft der Panzer rechtzeitig genügend Feuerkraft entgegengestellt werden? Nach dem Zweiten Weltkrieg hat die Meinung an Boden gewonnen, der Panzer sei auch in der Verteidigung die beste Waffe gegen den Panzer. Denn die Verbindung von Schnelligkeit, Geländegängigkeit, Feuerkraft und Panzerung ergebe „höchste Beweglichkeit und Panzerabwehrfähigkeit bei hohem Schutzfaktor“. Daraus resultiert die außerordentlich starke Ausstattung des Heeres mit Panzern jeder Art.“

Und: „Über diese Entwicklung hat die Infanterie allgemein an Bedeutung verloren. Sie wird an ihrer Fähigkeit gemessen, Panzer zu vernichten. Wer dies am besten kann, ist aber bereits entschieden. In Zukunft soll es daher im Feldheer mehr Panzerbataillone als Infanteriebataillone geben. Die Waffen der Infanterie sind hauptsächlich für den Kampf gegen die feindliche, abgesessene Infanterie gedacht ... Das „Rückgrat der Panzerabwehr für die Infanterie“ wird denn auch durch eine andere Truppengattung gebildet, die Panzerjäger, also wieder Panzer ...

... Diese Schwäche der Infanterie hat unweigerlich zur Folge, daß in der Verteidigung ein erheblicher Teil der Panzer und Jagdpanzer in dem Maße gebunden bleibt, wie die Infanterie auf deren Unterstützung angewiesen ist.“

(2) Peter Krüger, Überlegungen zur Panzerabwehr in der Verteidigung. In: Wehrkunde Nr. 10/1975, Seite 511–515, und Nr. 11/1975, Seite 572–576

Und weiter: „Wir dürfen nicht länger übersehen, daß durch die einseitige Bevorzugung des Panzers als PzAbW ein nicht mehr vertretbares Gefälle der Kampfkraft zwischen Infanterie und Panzertruppen entstanden ist.“

„Dieses Mißverhältnis ist inzwischen erkannt worden und soll in absehbarer Zeit ausgeglichen werden. Der im Weißbuch 1973/74 veröffentlichte Katalog zur Stärkung der Panzerabwehr läßt jedoch wenig Hoffnung auf einen grundsätzlichen Wandel.“

„Denn stärker ins Blickfeld rücken bereits jetzt die Kampfpanzer Leopard 2, der Raketenjagdpanzer 2 mit der Panzerabwehr rakete HOT und der Panzerabwehrhubschrauber. In allen drei Waffensystemen feiert der Perfektionismus Triumphe.“

„Wer sich mit der jüngeren deutschen Heeres- und Kriegsgeschichte befaßt, weiß, daß die deutsche Armee in besonderem Maße der Versuchung erlegen war, die Beweglichkeit überzubewerten und die Bedeutung der Feuerkraft zu unterschätzen. Zwei Faktoren haben dabei zusammengewirkt und sich oft gegenseitig bedingt: die überragende Bedeutung des Angriffs, die zu einem ausgeprägten Schwerpunkdenken führte, sowie die ebenso ausgeprägte Neigung zum waffentechnischen Perfektionismus. (Es wäre eine Untersuchung wert, den Wechselbeziehungen dieser Neigungen nachzugehen.)“

Diese Darlegung des Problems ist tatsächlich sauber. Das bemerkt man daran, daß der Autor, Oberstleutnant Peter Krüger, bis an den Rand der Wahrheit vorstößt, wenn er nach der Wechselbeziehung zwischen der Ausrichtung auf Angriff und dem Hang zum Perfektionismus fragt.

Die breite Streuung der Waffen: notwendiges Übel für die Bourgeoisie

In der Tat, die Ausrichtung auf den Angriff entspricht der Interessenlage des westdeutschen Imperialismus. Und weil sein Streben nach Unterwerfung fremder Völker zutiefst ungerecht ist und sich auf eine Ausbeuterordnung im Inneren stützen muß, wird Waffensystemen der Vorrang gegeben, die sowohl für den Angriff brauchbar sind als auch perfektionistisch, was nichts anderes heißt, als daß sie die Initiative des einzelnen Soldaten lähmen und ihn ganz von der Maschine Armee abhängig machen, auch wenn das auf Kosten des Gefechtswertes geht.

Dementsprechend finden auch Waffengattungen, in denen der Grad der Abhängigkeit von der Gesamtmaschine am größten ist, die Liebe der imperialistischen Bourgeoisie und auf die Infanterie, in der die Selbständigkeit des einzelnen Soldaten als Kämpfer am stärksten ausgeprägt ist, würde die Bourgeoisie am liebsten ganz verzichten. Daher wird der Oberstleutnant Peter Krüger noch lange in der Wüste rufen, um einen „grundsätzlichen Wandel“ herbeizuführen. Denn dieser müßte in einer Volksbewaffnung bestehen und die imperialistische Bourgeoisie fürchtet zu Recht, daß eine solche Volksbewaffnung sich es als erstes zur Aufgabe machen würde, die Bourgeoisie zu beseitigen und den bürgerlichen Staat zu zerschlagen, übrigens gerade im Verteidigungskrieg, weil nirgends wird so wie dort die Unfähigkeit der Bourgeoisie sichtbar, die Nation zu führen.

Eine Umstellung der imperialistischen Bourgeoisie auf Verteidigung punktum ist eine lächerliche Vorstellung. Dementsprechend enthält auch das Weißbuch 1974/75 nichts von der grundsätzlichen Wende, die der Oberstleut-

nant Peter Krüger herbeiwünscht und für die er viele und gute Gründe hat.

Die Bestimmung, die er für die Verteidigung macht, ist zu kurz. Gesagt wird, daß die Verteidigung mit der Vernichtung eines zahlenmäßig weit überlegenen Gegners zu enden habe.

Für die westdeutsche Bourgeoisie stellt sich indessen nach wie vor die Aufgabe, nach Osten hin auf Expansion zu gehen und ihr Herrschaftsgebiet auszudehnen. Sie mußte aufhören, Bourgeoisie zu sein, wollte sie dies aufgeben. Folglich stellt sich für sie die Aufgabe einer Bewaffnung, die im Stande ist, den vernichteten Angreifer zu verfolgen, zu stellen und gänzlich aufzureiben, um ihm so die Herrschaft streitig zu machen.

Mit dem Farbwechsel der Sowjetunion und der daraus erfolgenden Wahrscheinlichkeit eines Angriffs stehen für die westdeutschen Imperialisten keineswegs die Zeichen einfach auf Verteidigung. Sie stehen nach wie vor auf Aggression. Bloß, daß die Aggression jetzt zur zwingenden Voraussetzung hat nicht einfach das Überschreiten der Grenze und Angriff und Schluß, sondern das Aushalten eines feindlichen Angriffs, das Auflaufenlassen seiner Truppen, schließlich deren Vernichtung in erster Welle und im Gefolge die Konteraggression. Das ist der ganze Unterschied.

Was nützt es da, wenn der kluge Mann in der „Wehrkunde“ ausruft:

„Die teuersten Panzerabwehrwaffen sind nicht immer die besten.“ Er hat damit zwar für die Verteidigung recht, doch der Krieg gegen den russischen Sozialimperialismus wird nicht von der Verteidigung bestimmt sein, sondern auf Seiten des westdeutschen Imperialismus ein Angriffskrieg nicht der Form nach, sondern dem Inhalt und der Absicht nach bleiben.

Dies geben die westdeutschen Imperialisten natürlich nicht zu. Und somit kommt es hinsichtlich der Aufgabe der Panzerabwehr zu dem verquältesten Blödsinn, den man sich denken kann.

So wird zum Beispiel von einigen Leuten behauptet, der neue Raketenjagdpanzer könne seine Feuerkraft multiplizieren, indem er ja so unerhört beweglich ist, daß er sozusagen von Gefechtsfeld zu Gefechtsfeld huscht und überall den Feind erschreckt, vernichtet und weiterräuscht. Daß die Beweglichkeit einer konzentrierten Feuerkraft niemals die Verteilung von panzerbrechenden Waffen auf die gesamte Infanterie ersetzen kann, ist so banal, daß man es gar nicht aussprechen mag.

Allerdings, der Raketenjagdpanzer hat auch eine andere Aufgabe. Er hat den Zweck, der angreifenden Kampfpanzerwaffe den Infanterieschirm weitgehend zu ersetzen, dessen sie sonst so nötig bedarf, wenn sie nicht abgeschlachtet werden soll in kurzer Frist.

Insbesondere in Verbindung mit dem Panzer (und natürlich auch Infanterie) jagenden Hubschrauber, der in der Bundeswehr eingeführt wird, geht die Richtung der Rüstung nach wie vor darauf, Verbände zu besitzen, die in sehr großen Zügen vorpreschen können, um die feindlichen Truppen auf ihren eigenen Gebieten zu stellen und zu vernichten. Daß durch diesen Umstand freilich die Tiefe des Gefechtsfeldes innerhalb der BRD ins Ungeheure anwächst, mag den Oberstleutnant stören.

Die westdeutschen Imperialisten stört es nicht. Sie rechnen anders.

Ihnen geht es nicht um „Verteidigung“, sondern um Ausgangsbedingungen für einen Gegenzug zwecks impe-

rialistischer Aggression. Mag auch ein größerer Teil des Landes der Verwüstung anheimgefallen sein. Solange der Fleck noch groß genug ist, um den Nachschub aus den USA aufzunehmen, und solange es gelingt, den angreifenden Feind auf eigenem Gebiete in entsprechend verlustreiche Panzerschlachten zu verwickeln, reicht das den Imperialisten.

Haben sie nicht schon einmal das ganze Land der Vernichtung preisgegeben, Abermillionen Arbeiter in den Tod gejagt und die Verbleibenden genutzt, um die gesamte Industrie neuerlich aufbauen zu lassen?

Offenbar wiegt sich die westdeutsche Bourgeoisie in der Hoffnung, gemeinschaftlich mit den anderen westeuropäischen Imperialisten und als Festlandsdegen des USA-Imperialismus mit den neuen Zersparverfahren zu können wie der USA-Imperialismus mit Hitler.

Angreifen lassen, sich abnutzen lassen und dann nachsetzen und dann absahnen.

Daß sich aus diesem Kriegsbild eine wirklich unerfreuliche Perspektive für die westdeutsche Bevölkerung ergibt, ist etwas ganz anderes.

Für die imperialistische Bourgeoisie hingegen liegt diese Taktik völlig auf der Hand. Durch selbständigen Angriff kann sie nichts werden, dazu sind ihre Kräfte zu gering. Auf Verteidigung umstellen kann sie ebenso wenig wie von der Ausbeutung der Arbeiter auf Befreiung der Arbeiter. Sie kann bloß die Tatsache nutzen, daß ein militärischer Verteidiger jedem Angreifer ungleich höhere Verluste beifügen kann als er selber hinnehmen muß. Sie setzt darauf, daß unter Ausnutzung der starken militärischen Form der Verteidigung sie das Kräfteverhältnis so zu ihren Gunsten wenden kann, daß der Gegenangriff möglich wird. Grad weil diese Perspektive so wenig erfreulich und objektiv unannehmbar für die Arbeiterklasse in Westdeutschland ist, wird die Bourgeoisie sich wohl beherrschen, eine Rüstung zu betreiben, die hauptsächlich die Verteidigung nach außen stärkt.

Eine solche Rüstung wäre gekennzeichnet durch Umrüsten von der gegenwärtig überdimensionierten Panzerwaffe auf Infanterie. Die Infanterie müßte mit sehr vielen, leicht zu bedienenden und selbständig einsatzfähigen Waffen ausgerüstet sein. Diese Ausrüstung müßte die Heimatschutzkommandos einschließen. Die Luftabwehr müßte breit gestreut werden.

Kurzum, die Bourgeoisie müßte dazu übergehen, panzerbrechende Waffen zu entwickeln, die von jeder Schützengruppe bedient werden können und die sich leicht munitionieren lassen.

Die Ausbildung im Infanteriegefecht müßte intensiviert werden.

Schließlich und endlich müßten auf der Ebene der Kompanie und sogar der Züge und Gruppen selbständige Operationen geübt und durchgeführt werden. Der operative Zug an den Heimatschutzkommandos müßte einerseits stärker hervorgehoben werden, andererseits müßten die Heimatschutzkommandos viel stärker an den Raum gebunden sein, aus dem sie gezogen werden, und kleiner gegliedert. Sie müßten eigene Depots haben. Sie müßten zum Kampf hinter den Linien ausgebildet sein.

All dies ist für die Imperialisten undenkbar. Es liest sich ja auch wie eine Instruktion zum bewaffneten Aufstand. Bei solcher Bewaffnung würde selbst ein sehr brutales Reglement nichts nützen. In Spannungszeiten würde es sich schnell ergeben, daß sich das ganze Volk in Waffen befin-

det und dann ein wenig Demokratie übt.

Die Besatzung eines Raketenjagdpanzers, die sich auf die richtige Seite schlägt, mag noch die eine oder andere Rakete abschießen. Dann ist Schluß und sie können sozusagen aussteigen und von jedem Feldjäger abgeschleppt werden.

Eine Grenadiergruppe indessen, die über Infanteriewaffen, die zur Panzerabwehr geradeso wie zur Luftabwehr geeignet sind, verfügt, hat noch einen beträchtlichen Kampfwert, wenn sie sich entschließt, das Richtige zu tun. Sie kann sich auch leicht mit Nachschub versorgen, wenn die Streuung in Depots breit ist.

Für das Volk ist die Wehrverfassung der entscheidende Gesichtspunkt

Die Zwickmühle, in der die Imperialisten stecken, ist stark und zwickst stark.

Sie müssen zur Massenbewaffnung übergehen und sie können es nicht. In gewissem Umfang ist es aber unvermeidlich. Das wird hinsichtlich des Wehrrechtes zu drakonischen Verschärfungen führen. Denn je besser durch die Bewaffnung die objektiven Möglichkeiten sind, Demokratie zu machen, um so schärfer müssen die politischen Rechte der Soldaten geknappst und gekürzt werden.

Diese ganze Entwicklung verdient die allerhöchste Aufmerksamkeit der Revolutionäre. Die westdeutsche Bourgeoisie sieht sich einem imperialistischen Raubtier gegenüber, dessen Absichten keinen Deut besser sind als ihre eigenen. Bloß ist es stärker. Demgegenüber muß sie letztlich eine gewisse Massenbewaffnung durchführen, um überhaupt die Verteidigung ihrer imperialistischen Existenz aufrechterhalten zu können. Dieses unerläßliche Erfordernis macht sie gleichzeitig anfälliger für Erhebungen im Inneren des Landes. Im Inneren des Landes befaßt sich die Bourgeoisie gerade damit, das Recht auf Diskussion über die Anwendung von Gewalt den Volksmassen zu nehmen. Gleichzeitig muß sie eine objektive Grundlage für die Ausübung von Gewalt durch die Volksmassen schaffen.

Rechtlich sichert sie sich das Monopol auf Gewalt und natürlich auf Waffen. Faktisch muß sie es aufgeben, insofern sie den militärischen Notwendigkeiten folgt, Waffen breit streut und „viele Rohre“ schafft. So betrachten wir Revolutionäre diese Entwicklung mit einer gewissen Gelassenheit, wie wir auch die Aufstellung der Heimatschutzkommandos mit einer gewissen Gelassenheit beobachten und darin tätig sind.

Auch wenn natürlich die Ausweitung des Militarismus etwas Reaktionsäres ist und wenn der Entrenchung der Soldaten in der imperialistischen Armee unser unversöhnlicher Kampf gilt und wir uns einen Teufel um die Kampfkraft dieser Armeescheren, sondern dagegen sind und uns darauf konzentrieren, die allgemeine Wehrpflicht zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes zu nutzen, was ihrer Einsatzbereitschaft schon Schaden antut.

Die Bemühungen der reaktionären Zeitschrift „Wehrkunde“, panzerbrechende Waffen unter die Leute zu bringen und zum guten Schluß noch örtliche Depots der Heimatschutzkommandos damit vollzustopfen, betrachten wir sogar mit einem gewissen Händereiben.

Freilich, die feinen imperialistischen Herrschaften werden uns im Panzerbrechen ausbilden müssen. Sonst frißt man sie auf. Das wird uns bloß befähigen, die Bourgeoisie aufzufressen.

Niemals können wir Kommunisten dagegen eine Politik betreiben, die darauf hinausläuft, die heutige Armee auf das Erfordernis eines Angriffs der Sozialimperialisten sowie dessen Abwehr zuzuschneiden. Narren müßten wir erstens sein, weil es nicht geht, denn die Bourgeoisie ist imperialistisch und bleibt es auch dann, wenn sie angegriffen wird, eine Umstellung auf Verteidigung ist undenkbar wie auch Verbrechen am Interesse des Proletariates.

Zwingend bedeutet unter der Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie eine jede Militarisierung, eine jede Ausweitung von Waffenübung und Waffenbesitz eine Verschärfung und eine Ausbreitung des militärischen Zucht- haussystems für die Arbeiter.

Unsere militärpolitischen Forderungen sind ganz einfach. Wir fordern für die Arbeiterklasse das Recht, sich im Waffengebrauch auszubilden und wir fordern eine Wehrverfassung, durch die die Trennung der Soldaten vom Volk aufgehoben ist und in der Demokratie zugelassen wird. Wir verfolgen damit den Zweck, die imperialistische Armee zu zersetzen, und wenn der eine oder andere Revolutionär blakt, die Forderung nach Wahl der Offiziere durch die Mannschaften sei illusionär, so möchten wir doch fragen, wer in Dreiteufelsnamen soll denn die Offiziere erschießen, wenn nicht die Mannschaften, und wie kann man das Verlangen, daß die Armee Teil des Volkes sein muß, damit sie nicht gegen das Volk eingesetzt werden kann und daß die Offiziere somit tun müssen, was die Soldaten wollen, anders kleiden als in die Form der Wahl. Bei verschiedenen dieser Wahlen wird es, wie oben angedeutet, unvermeidlich recht lebhaft zugehen. Das war noch in jeder Revolution so.

Volksbewaffnung und Wahl der Offiziere, das ist die Forderung, unter der der Zusammenschluß der Soldaten mit den Volksmassen im bewaffneten Aufstand und unter Führung der Arbeiterklasse vollzogen werden muß.

Die durchgreifende Militarisierung, zu der sich die westdeutsche Bourgeoisie gezwungen sieht, schafft objektive Voraussetzungen, dieses Ziel leichter zu erreichen. Mehr aber auch nicht.

Ein Verbrecher wäre jeder, der meint, diese objektiven Voraussetzungen würden sich gleichsam von selber durchsetzen. So wird es nicht sein. Genauso wenig wie die steigende Vergesellschaftung der Produktion zum Sozialismus führt, sondern „von selber“ bloß zum Imperialismus, genauso führt die steigende Militarisierung bloß zum imperialistischen Krieg und „von selber“ keineswegs zum bewaffneten Aufstand.

Auf uns Kommunisten in Westdeutschland kommt es zu, an der Aufgabe des bewaffneten Aufstandes auch unter der Bedingung festzuhalten, daß der westdeutsche Imperialismus nach allem Kalkül in einem kommenden Krieg der Angegriffene sein kann und dann genötigt, seine aggressiven Interessen aus einer Situation der militärischen Verteidigung heraus wahrzunehmen.

Die imperialistische Bourgeoisie kann den Schein des Rechtes auf ihrer Seite haben. Die Gefahr, daß es ihr gelingt, die Volksmassen abermals unter ihrer Führung und für ihre Interessen in den Krieg zu hetzen, darf unter solchen Bedingungen überhaupt nicht für gering eingeschätzt werden. Sie ist erheblich.

Objektiv schaufelt die Bourgeoisie auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an ihrem eigenen Grab. Es kommt aber darauf an, daß man sie hineinstößt. Dazu muß man ihre Vorhaben studieren. — (f)

Dadschai Vorbild für Chinas Landwirtschaft

Vor einiger Zeit wurde zum Teil in Peking, zum Teil im Kreis Hsiyang (Provinz Schansi) die „Landeskonferenz über das Lernen von Dadschai in der Landwirtschaft“ abgehalten. Diese Konferenz, die unter der unmittelbaren Anleitung durch Genosse Mao Tsetung und das Zentralkomitee der KPCh stattfand, markierte in China den Beginn einer großen Massenbewegung auf dem Land zur Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und zum Aufbau der sozialistischen Landwirtschaft. In dieser revolutionären Bewegung, die von ähnlicher Bedeutung ist wie die Bodenreform, die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft und die Bildung der Volkskommunen, geht es um das allseitige Lernen von der besonders fortgeschrittenen Landwirtschaftsbrigade Dadschai mit dem Ziel, bis 1980 mindestens ein Drittel aller Kreise Chinas zu „Kreisen vom Typ Dadschai“ aufzubauen.

Die gegenwärtige Bewegung leitet eine neue revolutionäre Entwicklungsperiode in China ein und reißt die Bauern auf dem Land und auch die Massen in den Städten mit. Sie wird zweifellos zu einem großen Sprung vorwärts in der gesamten Volkswirtschaft des Landes führen.

„Eine große Kampfaufgabe, vor der wir stehen, ist, die ganze Partei zu mobilisieren für noch größere Anstrengungen in der Landwirtschaft und für den Aufbau von Kreisen vom Typ Dadschai. Es ist dies dringend notwendig, um die wichtige Weisung des Vorsitzenden Mao über das Studium der Theorie und die Bekämpfung und Verhütung des Revisionismus durchzuführen und die Diktatur des Proletariats zu festigen; dringend notwendig, um die Volkswirtschaft voranzutreiben, damit China vor dem Ende dieses Jahrhunderts in die vorderste Reihe in der Welt einrücken kann; dringend notwendig, um im Wettlauf mit dem Feind Zeit und Tempo zu gewinnen und gute Arbeit bei der Vorbereitung auf einen Kriegsfall zu leisten.“ (Hua Guo-feng in seinem auf der Landeskonferenz über das Lernen von Dadschai in der Landwirtschaft gehaltenen Bericht).

Der Verfasser, Korrespondent der Kommunistischen Volkszeitung in Peking, hatte die Möglichkeit, sich einige Tage in der landwirtschaftlichen Brigade Dadschai und im Kreis Hsiyang, in dem sich Dadschai befindet, aufzuhalten. Hier sein Bericht:

Als ich am dritten Abend meines Aufenthaltes in Dadschai die Gelegenheit hatte, Genosse Tschen Yung-gui und Genossin Guo Feng-lian zu treffen und ihre Hände schüttelte, war ich sehr bewegt. Tschen Yung-gui war von 1952 bis 1973 der weit über China hinaus bekannt gewordene Leiter der Parteizelle Dadschai. 1969 wurde er auf dem IX. Parteitag der KPCh zum Mitglied des ZK und 1973 auf dem X. Parteitag zum Mitglied des Politbüros des ZK gewählt. Außerdem ist er heute stellvertretender Ministerpräsident des Staates. Sein revolutionärer Geist und seine Tatkraft sind ein Vorbild für die chinesischen Bauernmassen, und die ungeheuren Leistungen, die das kleine Dadschai mit seinen gegenwärtig 83 Haushalten und über 450 Menschen in den vergangenen dreißig Jahren schuf, sind von seinem Namen nicht zu trennen. Auf seinen Vorschlag hin wurde im Dezember 1973 die junge Genossin Guo Feng-lian zum Sekretär der Parteizelle gewählt.

Hsiyang – ein Kreis vom Typ Dadschai

In der Stadt Yangtjüan steigt man aus dem Zug und fährt dann weiter mit dem Bus durch das karge Taihang-Gebirge in den Kreis Hsiyang, in dem die Brigade Dadschai mit der gleichnamigen Volkskommune liegt. Früher gab es in dem ganzen Kreis keine größeren ebenen Ackerflächen, und die Felder an den Hängen konnten nur mühselig mit der Hand bearbeitet werden. Das hat sich seit der Großen Proletarischen Kulturrevolution geändert.

Mao Tsetung, der große Führer des chinesischen Volkes, hatte im Jahr 1964 die Millionenmassen der Bauern aufgefordert, die Erfahrungen der Brigade Dadschai zu studieren, mit der gleichen revolutionären Kühnheit wie die Dadschailer den Klassenkampf zu führen und die Natur umzugestalten. Die Bevölkerung von Hsiyang folgte diesem Aufruf, und der Reisende sieht mit eigenen Augen die Ergebnisse.

Überall in den Bergen sind Terrassenfelder angelegt. Geschah das Abtragen der Berge und Hügel vor einigen Jahren noch nur mit einfachsten Arbeitsgeräten, so besitzen die Landwirtschaftsbrigaden heute schon Traktoren, Bagger, Lastwagen und können unter Zuhilfenahme von Sprengstoff das zerklüftete Gebiet in landwirtschaftlich nutzbare Form bringen. Durch das Auffüllen von Schluchten wurden weite Ackerflächen gewonnen. In manchen Brigaden und Volkskommunen wurden in Schluchten steinerne Tunnel gebaut und darüber Erde geworfen. In der Brigade Schiping z.B. befinden sich unter den Feldern mehrere Tunnel mit einer Gesamtlänge von 7200 Metern. Sie sind fünf Meter breit und vier Meter hoch. „In Friedenszeiten können sie zur Bewässerung dienen, in Kriegszeiten als Schutzanlagen“, sagt der Leiter der Brigade. Im Gegensatz zu früher sind die Felder so angelegt, daß sie Dünger, Feuchtigkeit und Erde festhalten und bei Unwetter nicht alles weggerissen wird.

Große Gebiete sind aufgeforstet worden. Umfangreiche Bewässerungsanlagen wurden gebaut, wie in der Volkskommune Lidjadschuang, wo 1974/75 innerhalb von zehn Monaten ein riesiger Wasserspeicher mit einem Durchmesser von 120 Metern und einer Tiefe von zehn Metern entstand. 170 Hektar sollen damit bewässert werden. In der ehemals als besonders arm bekannten Brigade Nanau wurden drei Wasserspeicher mit einem Fassungsvermögen von 7000 Kubikmeter gebaut und 1300 Meter Wasserrohre gelegt, wodurch dort das Trinkwasser- und Bewässerungsproblem beseitigt wurde.

Im ganzen Kreis entstanden kleine Industrien, die die Aufgabe haben, die Landwirtschaft zu unterstützen und für die Lebenshaltung der lokalen Bevölkerung zu produzieren. Als Beispiel soll die Traktorenfabrik in der Stadt Hsiyang angeführt werden, die solche Maschinen produziert, wie sie von den armen Bauern und unteren Mittelbauern gebraucht werden. Die 450 Arbeiter stellen verschiedene Typen von Pumpen her, produzieren landwirtschaftliche Zerkleinerungsmaschinen, Elektromotoren und auch Maschinenteile für bestimmte Landmaschinen.

Sie stellen Hämmer, Schraubenzieher usw. her, damit die Brigaden selbst Reparaturen an den Maschinen vornehmen können. 1972 wurden die ersten Traktoren speziell für die Bearbeitung der Terrassenfelder produziert. Sie sind klein, beweglich und stark und klettern Hänge von 30 Grad hoch. Sie pflügen 25 Zentimeter tief und verbrauchen äußerst wenig Benzin.

Das Aussehen der Dörfer wurde in den letzten Jahren sehr verändert. Die Bauern haben feste und geräumige Wohngebäude aus Stein, die nicht wie die Lehmhöhlen früher bei längerem Unwetter einzustürzen drohen.

Man ist sehr gespannt, dieses Dadschai zu sehen und zu erfahren, was die Menschen dort geleistet haben, welches die neuen Wege sind, die sie beschritten haben. Denn es ist eine hohe Anforderung, das Vorbild einer Bewegung zu sein, die mehrere Jahre andauern und China in die Lage setzen soll, „in diesem Jahrhundert unsere Landwirtschaft sowie unsere Industrie, Landesverteidigung, Wissenschaft und Technik zu modernisieren.“ (Hua Guo-feng)

Der Hauptgrund für die großen Wandlungen liegt in der Revolutionierung des Bewußtseins

Das Dorf liegt 1000 Meter über dem Meeresspiegel und ist umgeben von Bergen, an denen stufenweise ein Terrassenfeld über dem anderen liegt, abgegrenzt jeweils von den sauberen Linien geschwungener Steinmauern. Ein 1967 angelegter Kanal führt – meist unterirdisch – sieben Kilometer und über einen 120 Meter langen Aquädukt durch die Felder. Eine elektrische Pumpstation sichert die Wasserversorgung für die Äcker, deren Ertrag etwa 7,7 Tonnen pro Hektar beträgt. Fünf Seilbahnen von 2400 Metern Länge transportieren Steine und Dünger und ersetzen eine große Zahl von Arbeitskräften. „Aber“, wie Genosse Dja Lai-heng, der stellvertretende Leiter der Parteizelle sagt, „wir dürfen den Geist des Tragens von Tragstangen nicht verlieren, denn die Terrassenfelder haben wir damals alle nur mit Tragstangen angelegt.“

Am Fuß des Tigerkopfes liegt das Dorf mit den asphaltierten Straßen, mit einem großen Kaufhaus, einer Kreditgenossenschaft, einem Restaurant, einem reichhaltigen Buchladen und einer Post. Um einen rechtwinkligen Platz und flankiert von Baumreihen stehen die langgestreckten Wohngebäude mit den kunstvoll geschnitzten Eingangstüren. Gleich in der Nähe hinter einer alten Weide sind mehrere Wohnhöhlen aus der alten Zeit erhalten worden, damit die jungen Dadschailer die Zeit vor der Befreiung nicht aus dem Blickfeld verlieren. Die Bauern lebten in niedrigen und dunklen Höhlen, und wer nicht gehorchte, wurde von den Grundherren an die Weide gefesselt und ausgepeitscht.

Eine Wohnung kostet heute für eine Familie im Jahr zwischen drei und fünf Yuan. (1 Yuan gleich 1,25 DM) Bei einem großen Unwetter vor über zehn Jahren waren die Häuser zusammengebrochen, und die Frage war, ob wieder von jeder Familie Privathäuser gebaut werden sollten, oder ob das Kollektiv eben solche größeren Wohngebäude errichten sollte, die dann dem Kollektiv gehören würden. Dja Lai-heng erläutert: „Uns wurde in den Diskussionen klar, daß der Bau von Privathäusern die Revolution behindern würde. Also bauten wir kollektiv und beschränkten so das bürgerliche Recht. Das Einkommen ist bei den Familien immer noch verschieden; manche hätten

sich nicht ohne weiteres ein Haus bauen können. Jeder würde nur an sein Haus denken und dies auf Kosten der Arbeit für die Wiederherstellung der Felder, und die Landwirtschaft würde darunter leiden. Außerdem haben wir durch den kollektiven Bau viel Platz gespart.“

Die Dadschailer verfügen über eine Schule mit neunjähriger Ausbildung, eine Klinik, einen Kindergarten, einen Club und ein Theater.

Vor der Befreiung war das Land über steile Kämme und Berghänge verstreut. Der weit größte Teil davon wurde von einem Grundherren und drei reichen Bauern beansprucht. Die vierzig Familien armer Bauern und unterer Mittelbauern waren entweder Pächter oder Knechte. Sie waren tief verschuldet, und das Getreide, das sie ernteten, reichte bei vielen nicht zum Leben. Sie mußten Betteln gehen und ihre Kinder verkaufen.

Heute? Der Getreideertrag der Brigade betrug 1974 mit 380 Tonnen fast zehnmal soviel wie vor der Befreiung. Die Einnahmen aus Forstwirtschaft, Viehzucht und Nebengewerben sind im Vergleich zu 1955 um das 76fache gestiegen, und das Bruttoeinkommen der ganzen Brigade mit 194800 Yuan um mehr als das Zehnfache. In den letzten Jahren wurden jährlich durchschnittlich 165 Tonnen Getreide an den Staat geliefert – je Familie also etwa 2 Tonnen. Das Vermögen der Kollektivwirtschaft wächst stetig, und es wurden in den vergangenen Jahren jeweils im Durchschnitt 47400 Yuan akkumuliert – 60mal soviel wie 1955.

Was ist der Hauptgrund, daß Dadschai seit es 1945 befreit wurde solche große Wandlung erlebt hat? Tschen Yung-gui sagt: Weil das Bewußtsein der Menschen revolutioniert wurde. Die unablässige Erziehungsarbeit und Aufklärung von seiten des Parteikomitees bewaffnete die Massen mit den Maotsetungideen, und sie arbeiteten härter für den Aufbau des Sozialismus. Guo Feng-lian kommt zu dem Schluß: „Veränderungen im Bewußtsein führen zu Veränderungen auf unserem Land, bei unseren Ernten und in unserem Dorf.“

Organisieren!

Die Leitung des Kreises Hsiyang wickelt 1952 mehrmals einer Entscheidung über den Antrag der Parteizelle von Dadschai zur Bildung einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft von halbsozialistischem Charakter, bei der der Boden bereits einheitlich genutzt wird, aus. Die Dadschailer Parteizelle wurde ungeduldig und diskutierte mit den armen Bauern und unteren Mittelbauern die Rede Mao Tsetungs „Organisieren!“, in der es heißt: „Die Bauernmassen führen seit Jahrtausenden eine individuelle Wirtschaft; jede Familie, jeder Hof stellt eine Produktionseinheit dar. Diese zersplitterte individuelle Produktion ist die ökonomische Grundlage des Feudalregimes, sie verurteilt die Bauern zu ewiger Armut. Es gibt nur ein einziges Mittel, diesen Zustand zu beseitigen, nämlich die allmähliche Kollektivierung, und der einzige Weg zur Kollektivierung führt, Lenin zufolge, über die Genossenschaft.“ Sie wußten, daß die Bildung der Genossenschaft der richtige Schritt war.

Was sie jedoch nicht wußten war, daß der Einfluß der revisionistischen Linie Liu Schao-tschis – der später in der Großen Proletarischen Kulturrevolution gestürzte ehemalige Staatspräsident und oberste den kapitalistischen Weg gehende Machthaber in der Partei – schuld

darin war, daß das Kreisparteikomitee mit der Beantwortung des Antrages zögerte.

Liu war gegen die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft. Nachdem das chinesische Volk durch die neudemokratische Revolution imperialistische Unterdrückung und feudale Herrschaft beseitigt hatte, strebte er nach einer Ausweitung des Kapitalismus und wandte sich gegen die Fortführung der Revolution zum Aufbau des Sozialismus. Er trat dementsprechend ein für den „langfristigen Schutz der Großbauernwirtschaft“ und nannte die Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften „falsche, gefährliche und utopisch-sozialistische“ Vorstellungen.

Durch das Beharren der Dadschauer Parteizelle mußte das Kreiskomitee schließlich 1953 der Bildung einer Genossenschaft zustimmen. Gleich in jenem Jahr war die Ernte auf den Feldern des Kollektivs doppelt so hoch wie die Ernte, die die verbleibenden Einzelbauern auf ihren Feldern einbrachten.

Jeder Schritt auf dem Weg der Kollektivierung der Landwirtschaft – 1956 zur vollsozialistischen Genossenschaft und dann 1958 zur Produktionsbrigade in der Volkskommune – war verbunden mit Klassen- und Linienkämpfen. Die Partei und die armen Bauern und unteren Mittelbauern streben nach immer weiterer Kollektivierung, die Bourgeoisie und ihre Agenten nicht, sondern sie leisten Widerstand und üben Sabotage. Für die Bauern bedeutet jede neue Kollektivierungsstufe wegen der höheren Organisiertheit und dem entwickelteren Bewußtsein der Mitglieder: mehr Erträge, Verbesserung des Lebens und verstärkte Festigung der Diktatur des Proletariats.

1959 bis 61, als die Landwirtschaft in China wegen Unwetter, Dürre und Flutkatastrophe große Schwierigkeiten hatte, nutzte Liu Schao-tschü diese Gelegenheit zur Auflösung und Zersetzung der Kommunewirtschaft. Kapitalismus machte sich breit. Es entstanden freie Märkte, Privatparzellenwirtschaft dehnte sich aus, kleine Unternehmen arbeiteten nur für eigenen Gewinn, Ernteertragsquoten wurden nach einzelnen Haushalten festgelegt.

In Dadschai wurde in den drei Jahren weiter die sozialistische Linie verfolgt. Die Parteiführung dort war revolutionär, und die Massen erkannten beim Vergleich ihrer Lage mit den Verhältnissen vor der Befreiung die Richtigkeit der Linie Mao Tsetungs. Sie konnten einige Dutzend Tonnen Reservegetreide an in Not geratene Brigaden abgeben. Trotz des sehr schlechten Wetters in den drei Jahren gewannen sie gute Ernten und konnten dem Staat sogar jährlich Überschußgetreide verkaufen. Die armen Bauern und unteren Mittelbauern von anderen Brigaden begannen, sich Dadschai als Beispiel zu nehmen und gegen kapitalistische Tendenzen in ihrem Gebiet zu kämpfen.

Niemals den Klassenkampf vergessen

Auf der X. Plenartagung des Achten Zentralkomitees der KPCh im Herbst 1962 wandte sich Genosse Mao Tsetung scharf gegen den Rechtsopportunisten Liu Schao-tschü und warnte die Massen, niemals den Klassenkampf zu vergessen. Zwei Jahre später rief er die Bauern des Landes auf, von Dadschai zu lernen.

Als es 1963 im Kreis Hsiyang eine große Unwetterkatastrophe gab und auch die Brigade Dadschai zeitweilig in

Schwierigkeiten war, da wurden die kapitalistischen Vertreter im Kreis und in der Provinz aktiv. Man hörte von ihnen Sätze wie: „Am wichtigsten ist es nun, sich am Leben zu erhalten! Zu Geld kommen, darum dreht es sich jetzt!“ Der Klassenkampf nahm heftige Formen an und rückschrittliche Menschen in Dadschai meinten: „Jetzt darf man nicht wie früher die Menschen zusammenbinden, damit sie so ihr Dasein fristen. Diejenigen, die Fähigkeiten haben, müssen diese anwenden und davon leben; wenn jemand unfähig ist, nun, dann muß er eben leiden. Jeder muß seinen eigenen Weg gehen.“

Die Frage damals lautete, wie Guo Feng-lian in ihrer Rede auf der Landeskonferenz es ausdrückte: „Betreiben wir weiterhin die kollektive Wirtschaft, halten die sozialistische Richtung ein und überwinden die Schwierigkeiten durch das Vertrauen auf die eigene Kraft, oder lösen wir die kollektive Wirtschaft auf und lassen jeden seinen Weg – d.h. den rückwärtsgerichteten – gehen?“ Tschien Yung-gui sagte: „Schwierigkeiten sind etwas Schlechtes, sie haben aber auch eine gute Seite. Der Kapitalismus nutzt unsere Schwierigkeiten aus, und wir können dabei lernen, ihn besser zu erkennen und ihm die Stirn zu bieten.“ Die Parteizelle mobilisierte die Massen zum Wiederaufbau der zerstörten Felder und Dämme und zum Kampf gegen den Kapitalismus.

Zu jener Zeit war auf dem Land eine Bewegung zur sozialistischen Erziehung der Bauernmassen in Gang, die von Mao Tsetung in die Wege geleitet worden war. Unter dem Vorwand, diese Bewegung zu unterstützen, schickte ein Revisionist aus der Leitung der Provinz Schansi eine Arbeitsgruppe nach Dadschai.

Lächelnd erinnert sich heute Genosse Dja Lai-heng: „Diese Leute sagten, im Mast des Roten Banners von Dadschai gebe es Würmer, die ausgegraben werden müßten. Gemeint waren Genossen wie Tschien Yung-gui usw. Die Dadschauer Bauern aber sagten ihnen: 'Nicht bei uns gibt es Würmer, sondern in euren Köpfen!' Die Arbeitsgruppe behauptete, in Dadschai gebe es mehr Felder als wir angegeben hätten, darum sei der Ertrag so hoch. Also vermaß sie unsere Felder und stellte fest, daß unsere Messungen genau waren. Wir hatten damals mit dieser Gruppe nicht abgerechnet, aber später in der Kulturrevolution hielten wir den Leiter der Gruppe her und verlangten von ihm, daß er die sechs Mu Felder, die er uns unterschoben hatte, anlegt. Zwei Tage arbeitete er hier, dann machte er Selbstkritik. Wir ließen ihn danach zurückkehren.“

Auch unter den neuen Verhältnissen gibt es den Kampf zweier Linien

In der sozialistischen Erziehungsbewegung und weiter in der Kulturrevolution wurde von den chinesischen Massen der kapitalistische Weg bekämpft und seine führenden Vertreter niedergeschlagen.

In Dadschai gewann der Einfluß Lin Biaos niemals große Bedeutung. Dja Lai-heng hebt hervor: „Wir handelten nach der Linie des Vorsitzenden Mao. Darum kritisierten wir die Linie Lin Biaos. Lin war nur dem Schein nach für das Studium der Werke des Vorsitzenden Mao. Er predigte, jeder solle morgens und abends vor dem Bild des Vorsitzenden Mao Rechenschaft ablegen. Genosse Tschien Yung-gui jedoch sagte: 'Das machen wir nicht so! Wir lernen nicht die Werke des Vorsitzenden auswendig,

sondern wir handeln nach seinen Weisungen!“

Durch die Kollektivierung wurde schrittweise das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt. Der Kampf gegen das Kleinproduzentenbewußtsein muß jedoch ununterbrochen weitergeführt werden. Guo Feng-lian berichtet von Vorkommnissen wie: Äpfel verschwanden von den Bäumen; von den Bäumen nachbarlicher Produktionsbrigaden wurden Äste abgeschlagen für Spatenstiele; Diebstahl von Kollektiveigentum war verschiedentlich bekannt geworden usw. Die Frage ist nicht, wie groß die Diebstähle sind, sondern daß es sie noch gibt, zeigt, daß unter den neuen Verhältnissen die kapitalistische Tendenz, Gemeineigentum in Privatbesitz zu bringen und sich auf Kosten der allgemeinen Interessen zu bereichern, immer noch vorhanden ist.

Auch unter solch fortgeschrittenen Bedingungen wie in Dadschai gibt es den Kampf zwischen den zwei Klassen und zwei Wegen, und weiterhin besteht die Gefahr einer kapitalistischen Restauration. Im ganzen bisherigen Verlauf der landwirtschaftlichen Kollektivierung hat es „Menschen gegeben, die den Weg des Kapitalismus gingen, und es wird auch in Zukunft welche geben. Die schlechten Elemente, die sich in unsere Reihen eingeschlichen haben, beschreiten diesen Weg, und gutgläubige, politisch aber unbewußte Menschen können ihnen folgen. In der Geschichtsperiode des Sozialismus verändert sich die Form des Kampfes zwischen den zwei Wegen. Man muß nicht nur den offenen Kapitalismus, sondern auch den unter dem Aushängeschild des Kollektivs praktizierten Kapitalismus erkennen.“ (Wang Djin-dse, stellvertretender Sekretär des Parteikomitees des Kreises Hsiyang)

Nur die entschlossene Weiterführung der Revolution, die Aufdeckung und Niederschlagung jeglicher auftauchender kapitalistischer Tendenzen und harte gemeinsame Anstrengungen sichern den unablässigen Ausbau und die fortgesetzte Modernisierung der Landwirtschaft. Revisionismus und Kapitalismus lähmen die Initiative der Massen und führen zu Rückständigkeit und erneuter Unterdrückung. Eine Lehre in dieser Hinsicht erteilte den Bauern Liu Schao-tschü, und sie lernen dies von der Entwicklung in der Sowjetunion.

Sie hatten anfangs nur Hacken, Schippen und Tragstangen ...

Tschien Yung-gui sagte oft zu den Brigademitgliedern: „Wir können uns nicht auf andere verlassen, wenn wir Revolution machen wollen. Wir können nur dann ein neues Dadschai aufbauen, wenn wir einen starken Willen haben und uns auf die Arbeit unserer Hände verlassen.“ Sie hatten anfangs nur Hacken, Schippen und Tragstangen, und sie machten sich daran, nach einer langen Zeit der Unterdrückung und Ausbeutung, die Erde endlich zu ihrem Nutzen umzugestalten.

Zuerst füllten sie in monatelanger Arbeit im Winter die Wolfsnestschlucht auf und verwandelten sie in terrasierte Felder. Einige Monate später wusch der Regen alles wieder hinweg. Im folgenden Winter legten sie die Felder noch einmal an, aber wieder zerstörten die wilden Wasser aus dem Gebirge die ganze Arbeit. Zum dritten Mal versuchten sie es, diesmal besser aufgrund der früheren Erfahrungen. Nur mit den Händen errichteten sie 44 Wälle aus Felsblöcken. Tausende Kubikmeter Erde wurden in

eisiger Kälte herbeigeschleppt. Seitdem haben die Wälle vielen Unwettern standgehalten. In zehn Jahren wurden in 250000 Arbeitstagen 200 derartige Steinwälle gebaut und getrennte Parzellen miteinander verbunden.

... und sie machten sich daran, ...

Im August 1963 gab es die größte Unwetterkatastrophe seit 100 Jahren. Die meisten Terrassenfelder wurden zerstört, die Ernte hinweggespült, und alle Häuser mit Ausnahme von zwei brachen zusammen. Tschien Yung-gui sagte damals: „Einige schlechte Elemente in der Brigade sagten damals: 'Es wird immer Schwierigkeiten geben beim Aufbau des Sozialismus. Wenn wir jetzt den Staat um Hilfe bitten, werden wir den jungen Leuten ein schlechtes Beispiel geben. Wir würden sie dazu ermutigen, bei Schwierigkeiten immer den Staat um Hilfe anzugehen. Was für eine Erziehung wäre das für diejenigen, die die Sache des Proletariats fortsetzen sollen?'“

Der Staat schickte Unterstützung: Geld, Kleidung, Medikamente. Dreimal wurde diese Hilfe abgelehnt. Guo Feng-lian: „Einige schlechte Elemente in der Brigade nannten uns verrückt. Doch als der Feind unsere Handlungen als falsch bezeichnete, wußten wir, daß wir richtig handelten.“ Tagsüber arbeiteten die Bauern an der Wiederherstellung ihrer Felder, machten Kompost und brannten Ziegel. Nachts bauten sie ihre Wohnhäuser, diejenigen, die heute zu sehen sind. Der gesamte Wiederaufbau dauerte eineinhalb Jahre.

... die Erde endlich zu ihrem Nutzen umzugestalten.

1972/73 herrschte während 17 Monaten eine große Dürre. Der Boden hatte teilweise Risse von 30 Zentimetern Tiefe. Die Dadschauer hätten nur ihre Schleusentore zu öffnen brauchen, aber sie taten dies nicht, sondern überließen das Wasser in ihrem Kanal den Nachbarbrigaden, die ebenso in Mitleidenschaft gezogen waren. Stattdessen holten sie für ihre Felder mit Tragstangen und Eimern Wasser von weit her.

In den vergangenen drei Jahren wurden bei der Nutzbarmachung des zur Brigade gehörenden Tigerkopfberges 700000 Kubikmeter Erde und Steine bewegt; es wurden 33 Hügel eingeebnet, 15 Schluchten aufgefüllt und dadurch 13 Hektar Terrassenfelder angelegt.

Die Verwandlung der ehemals 4700 kleinen Felder in 1600 größere auf 53 Hektar schuf in Dadschai die Bedingungen für die Mechanisierung der Landwirtschaft und die Bewässerung der Felder. Der Anbau geschieht nach wissenschaftlichen Methoden. Im Gegensatz zu früher gibt es nun zwei Ernten pro Jahr. Die Verarbeitung der Landwirtschafts- und Nebenprodukte, Landbau, Urbarmachung usw. geschehen jetzt mechanisiert oder halbmechanisiert.

Sie arbeiten für den Aufbau des Sozialismus in China und für die Weltrevolution

Die Dadschauer haben soviel gearbeitet und auch eine große Menge von landwirtschaftlichen Reserven gesammelt. Warum ruhen sie sich nun nicht einmal ein paar Monate aus? Weil sie wissen, daß sie nicht nur für sich arbeiten, sondern für den Aufbau des Sozialismus in ganz China und für die Weltrevolution. Darum verteilen sie auch nicht die ganze Ernte unter den Mitgliedern, son-

den sind bestrebt, einen immer größeren Teil für den Staat zu produzieren.

Das persönliche Einkommen der Brigademitglieder ist seit der Befreiung um ein Mehrfaches angestiegen, der Prozentanteil der Einkommen gegenüber der kollektiven Akkumulation aufgrund der Erhöhung der Produktion jedoch gesunken.

Ich frage Genossen Dja Lai-heng, wie das Einkommenssystem für die Brigademitglieder aussieht, denn daran wird erkennbar sein, wie die Verantwortung der Massen gewürdigt wird. Dabei erfahre ich folgendes: Früher war dieses System sehr kompliziert und lag auf der Linie Liu Schao-tschis. Die Bauernkader waren in der alten Gesellschaft nicht in der Schule gewesen und hatten Schwierigkeiten mit der Berechnung. Dja Lai-heng: „Genosse Tschen meinte, daß dieses System nur einer Minderheit diene. Beispiel: Ein aufrichtiger Bauer arbeitete qualitativ gut und nach Vorschrift, erhielt pro Tag jedoch nur vierzehn Punkte. Ein unaufrichtiger Bauer, der quantitativ viel arbeitete, mit geringer Qualität erhielt 40 Punkte am Tag. Das System brachte nur den eigennützigen Vorteile, die nicht an den Sozialismus dachten. Es gab die Erscheinung, daß es für Starke viel Arbeitsmöglichkeit gab, für Schwächere hingegen nicht. Das System mußte zur Polarisierung zwischen den zwei Klassen führen. Nur die Starken waren zufrieden, die Schwachen nicht. Die Kader mußten jeden Tag herumlaufen und die Qualität kontrollieren und abends die Punkte berechnen. Heute ist das anders. Es gibt eine bestimmte Punktnorm, und das System fußt auf den Prinzipien: selbstbewußtes Arbeiten; Selbsteinschätzung; demokratische Beurteilung; Beurteilung erfolgt einmal im Jahr. Bei der Beurteilung der Arbeit eines Mitglieds werden berücksichtigt: sein politisches Bewußtsein, seine Körperkraft, seine Geschicklichkeit. Auf der einmaligen Sitzung im Jahr wird die Arbeit des ganzen Jahres zusammengefaßt. Dies ist eine Sitzung der Kritik und Selbstkritik. Das neue System bringt alle Initiative der Bauern bei der Arbeit zur Geltung.“

Das frühere System bezog sich immer nur auf das Verhalten eines Mitglieds an einem Tag, z.B. sein politisches Verhalten. Die heutige Art der Selbsteinschätzung und Beurteilung umfaßt das ganze Jahr und wirkt dadurch von vornherein disziplinierend. Selbstsucht und Egoismus werden so eingeschränkt.

Um die Einsatzbereitschaft der Brigademitglieder für den Sozialismus anzuspornen, wurde den Mitgliedern anfänglich ein größerer Verteilungsanteil zugesprochen. Heute hingegen wird die sozialistische Initiative nicht angeregt durch Erhöhung des persönlichen Einkommens, sondern des kollektiven Wohlfahrtsfonds.

Von entscheidender Wichtigkeit für die Herbeiführung der bisherigen Leistungen der Brigade Dadschai war die andauernde Revolutionierung der Parteizelle. Denn die Parteizelle führt mit dem Parteikomitee alles an. Die Mitglieder erhöhen ihr Bewußtsein durch regelmäßiges politisches Studium (in Jahreszeiten, in denen es weniger landwirtschaftliche Arbeit gibt, jeden Abend zwei Stunden!). Bei geringsten Anzeichen bürgerlicher Gesinnung von einzelnen Kadern wird ein aktiver ideologischer Kampf entfaltet. Jeder Kader hat die Pflicht zur Teilnahme an der kollektiven Produktionsarbeit. (Die jetzigen neun Komiteemitglieder arbeiten jeder jeweils jährlich über 300 Tage in der Produktion.)

Prinzip ist, daß die Kader und Parteimitglieder sich von den Massen kontrollieren lassen müssen. Guo Feng-lian: „Wenn Arbeiten nicht gut geleistet werden, muß der Grund dafür in der Partei gesucht werden; gibt es Fehler bei den Massen, müssen Probleme bei der Leitung gesucht werden. Wir meinen, wer etwas an den Kadern aussetzen hat, der soll es ohne Umschweife sagen, denn das ist die beste Methode. Am besten geschieht dies in Gegenwart der Massen. Unserer Ansicht nach werden die Massen, wenn sie kritische Meinungen haben, in jedem Fall diese äußern – wenn nicht von Angesicht zu Angesicht, dann hinter dem Rücken, wenn nicht auf der Versammlung, dann danach.“

Als in Dadschai einmal die Aussaat eines bestimmten Getreides danebging, übte das gesamte Parteikomitee Selbstkritik und gab dies der Leitung des Kreises Hsiyang zur Veröffentlichung bekannt. Die Bauern waren begeistert, und dies führte in den anderen Brigaden zu einer Verbesserung von Kritik und Selbstkritik.

Verfolgt man die Entwicklung Dadschais, dann zeigt sich, wie wichtig auch bei kleinen Kollektiven gute Führer sind, Kader, die sich von nichts einschüchtern lassen und immer die Weiterführung der Revolution im Auge haben. Sie müssen immer in der ersten Reihe stehen, auch bei gefährlicher Arbeit, müssen Teil der Massen bleiben, mit ihnen leben und arbeiten. So werden sie zu Vorbildern, denen es die Massen leicht tun wollen.

Der Aufbau von Kreisen vom Typ Dadschai ist eine große und schwierige Kampfaufgabe

Was ist es, was Dadschai besonders auszeichnet? Welches sind die grundlegenden Erfahrungen, die andere Brigaden und Kommunen von Dadschai lernen müssen?

Die proletarische Politik muß das Kommando führen, die Massen müssen auf die eigene Kraft vertrauen und sich für ihren proletarischen Staat und das Kollektiv einsetzen. Die Bauern müssen im Sinne des Marxismus-Leninismus und der Mao-Tse-tung-Ideen erzogen werden, und ununterbrochen muß die Revolution auf politischem, wirtschaftlichem, ideologischem und kulturellem Gebiet weitergeführt werden. Auf die Durchführung des Prinzips von Kritik und Selbstkritik und auf die Revolutionierung der Führungsgruppe muß fortwährend geachtet werden. Die Initiative und das selbstbewußte Handeln der Massen müssen voll zur Entfaltung kommen. Arbeitet die Mehrheit der Volkskommunen und Brigaden eines Kreises auf dieser Basis, dann werden sich in diesem Kreis landwirtschaftliche Produktion, Landwirtschaftstechniken, Forstwirtschaft, Viehzucht, Kleinindustrie usw. kontinuierlich entwickeln. Auf diesen Grundlagen fußt der Plan zum Aufbau von Kreisen vom Typ Dadschai.

Der Kreis Hsiyang hat sich nach 1970 innerhalb von drei Jahren zu einem Kreis vom Typ Dadschai entwickelt. Zwischen 1966 und 1974 hat sich die Getreideproduktion von Hsiyang fast verdreifacht, und im gleichen Zeitraum wuchs die Anzahl der Lastkraftwagen, Traktoren, Planiermaschinen, Dreschmaschinen usw., um das Vierzehnfache. Die bewässerte Fläche ist fünfmal größer als vor der Kulturrevolution.

Es ist errechnet worden, daß wenn alle Kreise in Schansi so fortgeschritten wären wie Hsiyang, so wäre der gesamte Getreideertrag der Provinz um 150 Prozent höher gewesen, als er 1974 tatsächlich war, hätte die Pro-

vinz beinahe viermal soviele Marktgetreide an den Staat liefern können. Dieses Beispiel zeigt, was die Bewegung zum Aufbau von Kreisen vom Typ Dadschai für die Volkswirtschaft Chinas bedeuten wird. Denn die Landwirtschaft ist die Basis, und ihre rasche Entwicklung wird gleichzeitig einen umfangreichen Ausbau der Industrie und aller wirtschaftlichen Bereiche verursachen.

Das Tempo, mit dem sich Hsiyang entwickelte, spornt zahllose Kreise zum Nacheifern an, sehen sie doch konkret die Möglichkeit, bei sich innerhalb von zwei bis drei Jahren grundlegende politische und wirtschaftliche Veränderungen herbeizuführen.

Die derzeitige revolutionäre Bewegung auf dem Land ist das Vorhaben, mit der Entwicklung der Produktivkräfte langsam vorzustoßen zur Ablösung des in den Kommunen gegenwärtig meist in drei Stufen gegliederten Eigentums an den Produktionsmitteln, mit der Produktionsgruppe als Grundeinheit für die Rechnungsführung. Die Bedingungen werden dafür reifen, ein Eigentumssystem mit der Brigade – wie in Dadschai – und dann sogar der Kommune als Grundeinheit für die Rechnungsführung herbeizuführen.

Hua Guo-feng stellte in seinem Bericht fest: „Im ganzen Land Kreise vom Typ Dadschai aufzubauen, ist einerseits für die gegenwärtige Lage des Kampfes dringend erforderlich, andererseits sind die notwendigen Bedingungen dafür bereits im landesweiten Maßstab vorhanden.“ Was bedeutet dies? Dies bedeutet, daß die Industrie in China

bereits in der Lage ist, die große Aufgabe zu leisten, die Landwirtschaft mit den notwendigen Maschinen und Anlagen zu versorgen;

- die Bauernmassen auf der Basis des Vertrauens auf die eigene Kraft fähig sind, die erforderlichen Investbauten zu errichten und das notwendige Kulturland anzulegen;
- die kapitalistischen Kräfte noch machtvoller angegriffen und niedergeschlagen werden, ihnen noch mehr der Boden unter den Füßen weggerissen wird;
- die überwältigende Mehrheit der Massen auf dem Land sich bewußt für die Diktatur des Proletariats einsetzt;
- dieses riesige Land China mit einer sicheren Landwirtschaft für äußere Feinde unbesiegbar wird;
- China in einigen Jahren die Landwirtschaft im wesentlichen mechanisiert haben und auf der Grundlage der Entwicklung der Landwirtschaft bis zum Ende des Jahrhunderts nach Plan ein starkes Industrieland sein wird.

Die revolutionäre Bewegung zum Aufbau von Kreisen vom Typ Dadschai im ganzen Land stellt für die KPCh und das chinesische Volk eine große und schwierige Kampfaufgabe dar. Doch alle Schwierigkeiten und Hindernisse können überwunden und jeder Sieg kann erreicht werden – das haben die früheren Erfahrungen gezeigt – wenn die Linie Mao Tse-tungs und der Partei eingehalten wird.

Uwe Kräuter
z.Zt. Dadschai



Politische Resolution der Partido Comunista Portugues (Reconstruido)

Vorbemerkung

Auf einem Kongreß vom 27.12.75 bis zum 5.1.76 wurde in Portugal die Kommunistische Partei auf marxistisch-leninistischer Grundlage neu gegründet. Die Partei trägt den Namen Partido Comunista Portugues (Reconstruido), d.h. Kommunistische Partei Portugals (wiederaufgebaut). Damit haben die portugiesischen Kommunisten nach der Entartung der kommunistischen Partei zu einer revisionistischen bürgerlichen Partei, die dem russischen Sozialimperialismus dient, und nach Jahren der Zersplitterung der Marxisten-Leninisten, die proletarische Partei wiederaufgebaut. Dies ist die notwendige Voraussetzung dafür, daß die portugiesische Arbeiterklasse den Kampf des portugiesischen Volkes zur Revolution führen kann.

Die Neugründung der Kommunistischen Partei ist durch eine breite ideologische und politische Auseinandersetzung unter den Marxisten-Leninisten und ihren bisherigen Organisationen vorbereitet worden. Diese Auseinandersetzung war durch den scharfen Kampf zweier Linien bestimmt: die Linie des radikalen Brechens mit dem Zirkelwesen und der Ausrichtung auf die Revolution und die Linie der Verteidigung des Zirkelwesens und der Anpassung an die Reaktion.

Der Korrespondent der KVZ in Portugal berichtet über die Vorgeschichte der Neugründung der Kommunistischen Partei.

„Ende Juli richtete das Zentralkomitee der ‚Organisation für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei (ml)‘ (ORPC(ML)) einen Appell an die Marxisten-Leninisten Portugals, gemeinsam den Kongreß des Wiederaufbaus der Kommunistischen Partei Portugals vorzubereiten. Die ORPC(ML) ging dabei von der ‚schnellen Verschärfung des Klassenkampfes im Lande und von der wachsenden Drohung eines faschistisch-imperialistischen Putsches‘ aus, sowie der Tatsache, daß ‚die Politik der revisionistischen Partei Cunhals, des Satelliten des russischen Sozialimperialismus, durch die Behinderung der Massenbewegung und die Spaltung der Volksmassen eine weitere über unserer Revolution lastende Drohung‘ sei.

Angesichts der Einheit der Faschisten und der Einheit der Revisionisten, weiterhin die Spaltung der Kommunisten zuzulassen, sei ein Verrat an der Arbeiterklasse und dem Volk. Das ZK der ORPC(ML) hält die Zeit für gekommen, die Partei der Arbeiterklasse zu gründen, da der ideologische Kampf des letzten Jahres die kommunistischen Organisationen in der Arbeiterklasse verankern konnte, eine starke und einheitliche marxistisch-leninistische Strömung schuf und eine im wesentlichen einheitliche politische Linie der Kommunisten hervorgebracht habe.

Die ORPC(ML) richtet ihren Appell an zwei weitere marxistisch-leninistische Organisationen, die CMLP und die OCMLP, die sie zur Bildung einer ‚den Kongreß organisierenden Kommission‘ auffordert.

Die CMLP greift den Appell der ORPC(ML) auf: Sie schreibt Anfang August in ihrem Zentralorgan ‚A Verdade‘: ‚Ob man in der Lage ist, die eigene Gruppe aufzulösen oder nicht, ob man den Mut hat, die früheren Fehler abzulegen oder nicht, sich dafür oder dagegen ausspricht, die eigene Gruppe in die ‚läuternde Maschine‘ der Partei einzubringen, ob man die Disziplin aufbringt oder nicht, sich in der Hauptsache zu vereinen und sich im Zweitrangigen der Mehrheit zu unterwerfen, ob man also insgesamt die Partei will oder nicht, das ist heute die entscheidende Frage, die sich den Kommunisten stellt, ... das ist die Demarkationslinie zwischen denen, die in der Tat die Partei wiederaufbauen wollen und denen, die das nur in Worten zugeben.‘ Die CMLP geht ebenfalls davon aus, daß die marxistisch-leninistische Bewegung sich gegenüber Revisionismus und Trotzkismus abgegrenzt habe, daß sie die leninistische Partei-Konzeption wieder hergestellt habe und die notwendige Verbindung mit dem Kampf der Arbeiterklasse gewonnen habe.

Es kommt daraufhin Anfang August zu einer Reihe von Gesprächen zwischen Delegationen der ZK's der drei Organisationen. Hier tritt die OCMLP mit der Auffassung hervor, es müßten vor der Gründung der ‚Organisationskommission‘ die politischen Positionen der drei Organisationen auf antagonistische Positionen hin abgeklöpft werden. Die OCMLP will sich, heißt das, der Mehrheit des Parteikongresses nicht unterwerfen; sie will als Gruppe die politische Linie der Partei festlegen. Die OCMLP leistet nach harten Diskussionen hierin Selbstkritik und die Organisationskommission wird gebildet. Das Statut der Kommission sieht vor, daß alle drei ZK's je drei Delegierte in die Kommission entsenden, unabhängig von ihrer Größe als Organisation. Die Kommission hat die Aufgabe, die Statuten der Partei und die politischen Thesen, die dem Gründungskongreß vorgelegt werden, zu erarbeiten, die Wahlen der Delegierten des Kongresses festzulegen und die Zeitung des Kongresses, die ‚Kongreß-Tribüne‘, herauszugeben, in denen die Vorschläge der Kommission veröffentlicht werden, wobei die Mitglieder der Kommission, die Gegenvorschläge haben, ebenfalls das Recht haben, diese zu veröffentlichen.

Die ‚Kongreß-Tribüne‘ fordert in ihrer ersten Nummer vom 11. September alle Marxisten-Leninisten und alle Sympathisanten des Kommunismus auf, eine breite Diskussion über den Wiederaufbau der Partei zu entfachen, da der Kongreß des Wiederaufbaus der Partei nicht in der

Lage sein wird, eine richtige Linie zu erarbeiten, wenn ihm nicht vorhergeht eine breite Debatte und ein tiefergehender Kampf der Ideen, der es erlaubt, das Wahre vom Falschen zu trennen und den Marxismus-Leninismus siegen zu lassen.

Die zweite Nummer der ‚Kongreß-Tribüne‘ läßt lange auf sich warten. Sie erscheint erst am 30.10.75. Die Kommission leistet Selbstkritik. Es hat sich herausgestellt, daß die Differenzen tiefergehend waren als erwartet und daß noch immer der Gruppendeismus vorherrschte. Die Arbeit der Kommission stockt. Einzelne Zellen der Organisationen haben aber inzwischen an vielen Orten des Landes, in Betrieben, in landwirtschaftlichen Kooperativen den Wiederaufbau der KP zur Debatte gestellt. Dabei waren bei diesen Konferenzen nicht nur die Zellenmitglieder anwesend, sondern fortschrittliche und parteilose Arbeiter, sowie in manchen Fällen auch revolutionäre Arbeiter, die mit der PCP verbunden sind. In der zweiten Nummer der ‚Kongreß-Tribüne‘ wird der Vorschlag für das Parteistatut veröffentlicht, der in der Folgezeit breit diskutiert wird. In der Regel vergleichen die Kommunisten den Statut-Vorschlag mit dem Statut der revisionistischen Partei, wobei sich eine lebhafteste Kritik am Bürokratismus und Revisionismus entwickelt, die in den Seiten der ‚Kongreß-Tribüne‘ ausgetragen wird.

In Zusammenhang mit dieser Diskussion tauchen falsche Vorstellungen in Teilen der drei Organisationen auf. Diese gehen davon aus, daß die Partei ‚von oben‘ aufgebaut wird und nehmen folglich gegenüber den Arbeiten der Kommission eine abwartende Haltung ein und treten gegen eine ausgedehnte Demokratie in den Reihen der Partei auf.

In der Nr. 4 der ‚Kongreß-Tribüne‘ stellt die ‚Organisationskommission‘ fest, daß ‚der Kongreß mit den Debatten in den Zellen beginnt‘. Sie streicht heraus, daß die Furcht vor der Demokratie und der breiten Debatte Kennzeichen der ‚kleinen Häuptlinge‘ ist und der ‚kleinen Gruppen‘, die den Kongreß fürchten, da er mit ihrem behaglichen Eckchen inmitten der bekannten Freunde aufräumt. Die Kommission stellt fest, daß gerade weil eine zentralistische und einheitliche Partei aufgebaut werden soll, die breite Debatte und die weitestgehende Demokratie notwendig sind, die erst die Partei zu einem Block um das ZK zusammenschweißen können. Die Kommission hebt gleichzeitig hervor, daß noch viel zu wenig Genossen an der Basis, Konferenzen mit Sympathisanten und fortschrittlichen Menschen einberufen haben, um den Wiederaufbau der Partei und die Vorschläge der Organisationskommission zu diskutieren. Die Wirkung dieses Aufrufs bleibt nicht aus. Die ‚Kongreß-Tribüne‘ erhält von jetzt ab mehr und mehr Berichte über derartige Konferenzen. In der Lisnave-Werft schließen sich die drei Zellen der drei Organisationen zusammen und bilden nach gründlicher Diskussion ein einheitliches Sekretariat, in das die besten Genossen unabhängig von ihrer Organisationszugehörigkeit gewählt werden.

Innerhalb der Kommission werden harte Auseinandersetzungen ausgetragen. Die Delegation der OCMLP nimmt die Verantwortung, die sie trägt, nicht ernst. Es überwiegt hier der ‚Gruppendeismus‘. Die Kommission wird in der Folgezeit mehr und mehr dahingehend kritisiert, daß sie diese Auseinandersetzung nicht veröffentlicht. Das wirkt sich deshalb schwerwiegend aus, weil die Auseinandersetzung politisch erst dann breit dokumentiert

wird, als es schon fast zum Bruch zwischen ORPC(ML) und CMLP einerseits und OCMLP andererseits gekommen ist. Krasse Formen nimmt diese Auseinandersetzung in der Frage an, ob eine vierte Organisation, die UCRP, die keinen Masseneinfluß hat und mehr ein Propagandazirkel darstellt, in die Organisationskommission aufgenommen werden soll. Die OCMLP bezieht hier einen opportunistischen Standpunkt derart, daß sie für die Aufnahme der Organisation ist, obwohl sie die Politik dieser Gruppierung absolut nicht für richtig hält. **Die Mehrheit der Organisationskommission lehnt die Beteiligung der UCRP ab, weil diese durch ihre offene Unterstützung der VI. Regierung und durch die Forderung an den bürgerlichen Staat, die revisionistische Partei zu verbieten, die Grenzen des Volkskampfes verlassen hat und zum Komplizen der Polizei-Repression geworden ist.** Bevor noch dieser Mehrheitsbeschuß der Kommission bekannt ist, veröffentlicht die OCMLP in ihrem Zentralorgan eine harte Kritik an diesem Beschuß, wobei sie die Marxisten-Leninisten Portugals aufruft, gegen die Organisationskommission und diesen ihren Beschuß anzugehen. Die OCMLP verletzt damit offen das Statut der Organisationskommission, demzufolge sich die Minderheit der Mehrheit unterordnen muß. Diese Stellungnahme der OCMLP geht einher mit einer Verschleppung der Aufgaben von seiten dieser Organisation.

Anfang Dezember, nach dem Ausnahmezustand, in dem sich das Fehlen einer einheitlichen Leitung der Kommunisten schmerzhaft bemerkbar macht, stellen die Delegierten der ORPC(ML) und der CMLP fest, daß die Partei bis spätestens Ende 1975 gegründet sein muß. Mit dem Widerstand der OCMLP rechnend, die darauf besteht, daß die politischen Differenzen noch eine lange Zeit ausdiskutiert werden müssen, machen die beiden anderen Organisationen einen ‚Kompromißvorschlag‘, der vorsieht, Mitte Dezember auf einer Delegiertenkonferenz die Partei zu proklamieren, ein einheitliches ZK zu wählen und die Gruppen aufzulösen, um dann einige Monate später den ersten Parteikongreß mit einer Verabschiedung der politischen Thesen abzuhalten.

Der Klassenkampf und die neue Lage nach dem 25. November erfordern ein einheitliches Zentrum. Der OCMLP wird daher ein Termin gesetzt, sich zu diesem ‚Kompromiß-Vorschlag‘ zu äußern. Die OCMLP betrachtet dieses Vorgehen als eine Erpressung und verläßt daraufhin die Organisationskommission.

Das ganze hat seinen politischen Kern. Die OCMLP hat eine opportunistische Linie vertreten. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den ‚Sozialfaschismus‘ der PCP ging diese Organisation so weit, die Positionen der Offiziere der Neun um Melo Antunes für fortschrittlich zu erklären, das Copcon-Dokument als ein ‚pro-sozialfaschistisches Dokument‘ zu diffamieren; die OCMLP hielt sämtliche Gruppierungen der FUR für ‚Lakaien des Sozialfaschismus‘ und verurteilte die Soldatendemonstration in Porto, die von der SUV organisiert worden war als „sozialfaschistisches Manöver“.

Nach dem Austritt der OCMLP gehen die beiden verbleibenden Organisationen zügig daran, den Kongreß für Ende des Jahres vorzubereiten. Es werden jetzt sehr schnell die politischen Thesen veröffentlicht. Es kommt zu einer lebhaften Auseinandersetzung in den Spalten der ‚Kongreß-Tribüne‘ über die politischen Thesen. Es werden in der ‚Kongreß-Tribüne‘ die Lehren aus der Nie-

derlage vom 25. November gezogen: „Die Demokratische Volksbewegung hatte keine revolutionäre Orientierung“, und „Die Bauernfrage ist die Schlüsselfrage der Volksbewegung“.

Am 20., 21. und 22. Dezember werden von Delegierten der zwei Organisationen und in einigen Fällen auch von Teilen der OCMLP, die aus dieser Organisation ausgetreten waren, vier Regionalkonferenzen abgehalten, auf denen die politischen Thesen erörtert und mit Änderungsanträgen verabschiedet werden, das Statut mit respektiven Änderungsanträgen verabschiedet wird und die Delegierten zu dem Kongreß nach einer langen Personaldebatte gewählt werden.“

Im folgenden drucken wir die **Politische Resolution** des Kongresses ab. Sie ist das grundlegende Dokument der PCP(R). Dieses Dokument ist von uns übersetzt. Die Übersetzung stellt keine autorisierte Fassung des Dokuments dar.

Partido Comunista Portugues (Reconstruído)

Politische Resolution

(Verabschiedet auf dem Kongreß des Wiederaufbaus vom 27. Dezember 1975 bis zum 5. Januar 1976)

I. Die Revolution in der Welt und der Kampf gegen die Supermächte

Die Haupttendenz in der Welt führt zur Revolution

Unter dem vereinigten Vorgehen der revolutionären Bewegung in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker und Nationen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas schreiten die Kräfte der Revolution, der Freiheit und des sozialen Fortschritts voran, während die kapitalistische und revisionistische Welt große Schwierigkeiten durchmacht.

Wie der IX. Kongress der Kommunistischen Partei Chinas feststellte, gibt es heute im Weltmaßstab folgende vier Hauptwidersprüche:

- Der Widerspruch, der die unterdrückten Völker und Nationen dem Imperialismus und Sozialimperialismus entgegenstellt.
- Der Widerspruch, der in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern das Proletariat der Bourgeoisie entgegenstellt.
- Der Widerspruch, der die imperialistischen Länder gegen den Sozialimperialismus stellt sowie der Widerspruch zwischen den imperialistischen Ländern.
- Der Widerspruch zwischen den sozialistischen Ländern einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits.

Die gemeinsame Bewegung dieser vier Widersprüche bedingt alle Veränderungen in der Welt. Unsere Partei muß es verstehen, richtig zu bestimmen, wie die verschiedenen Widersprüche auf die Lage unseres Landes einwirken, um eine dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus entsprechende Strategie und Taktik zu verfolgen.

Der amerikanische Imperialismus ist der hauptsächlichste äußere Feind unseres Volkes

Der Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes Portugals ist Teil des Kampfes der Arbeiterklasse und der Völker der ganzen Welt. Unser größter Beitrag zum Fortschritt der Weltrevolu-

Von seiten der „Kommunistischen Volkszeitung“, des Zentralorgans des KBW, von seiten verschiedener Mitglieder der Leitung ist mehrmals Stellung genommen worden zur Entwicklung der Klassenkämpfe in Portugal und zu den nächsten Aufgaben der portugiesischen Revolution. Soweit von uns in der Einleitung zu der Broschüre „Berichte über die Klassenkämpfe in Portugal“ vertreten wird, daß in Portugal eine neodemokratische Etappe der Revolution notwendig ist, um durch die Beseitigung von Feudalismus und Imperialismus die Voraussetzungen für die sozialistische Etappe der Revolution zu schaffen, hat sich dagegen teilweise Widerspruch erhoben. Von einigen Genossen ist in internen Papieren die Meinung vertreten worden, daß in Portugal die sozialistische Revolution unmittelbar auf der Tagesordnung steht. Bevor wir diese Auseinandersetzung fortsetzen und austragen ist es unbedingt notwendig, die Auffassung der portugiesischen Marxisten-Leninisten kennenzulernen.

lution besteht darin, im eigenen Land die Revolution durchzuführen. Das ist das Ziel, das alle Tätigkeiten der portugiesischen Kommunisten leitet.

Dazu ist notwendig, unserem Volk klar den hauptsächlichsten äußeren Feind zu benennen: den amerikanischen Imperialismus.

Die iberische Halbinsel ist eine militärische und ökonomische Einflußzone der Amerikaner und sie besitzt große strategische Bedeutung. Die imperialistischen Militärbasen auf der iberischen Halbinsel und den Azoren sind Pfeile, die ständig auf die Völker Spaniens und Portugals gerichtet sind.

Der Niedergang des Kolonialsystems, die ökonomische Krise, die die westliche kapitalistische Welt erfaßt, sind Faktoren, die den amerikanischen Imperialismus schwächen. In den letzten Jahren hat er aufeinanderfolgende Niederlagen hinnehmen müssen, vor allem in Asien (Kambodscha, Laos, Vietnam) und ist heute ein niedergehender Imperialismus. Nichtsdestoweniger verfügt er noch über eine gewaltige ökonomische und militärische Macht. Er ist Herr eines riesigen, über die ganze Welt verstreuten Heeres, greift zu offenen Aggressionen, um seine Positionen der Herrschaft über andere Länder zu sichern, organisiert Staatsstreichs und unterstützt alle faschistischen Cliquen.

Solange er besteht, wird der amerikanische Imperialismus seine reaktionäre, aggressive und kriegsrische Natur vollständig beibehalten.

* Gegen diese Auffassung ist auch eingewandt worden, daß es sich in Portugal nicht um eine neodemokratische, sondern eine volksdemokratische Etappe der Revolution handle. Dies läuft entweder auf einen Streit um Kaisers Bart hinaus, oder darauf, die volksdemokratische Revolution lediglich für eine besondere Form der sozialistischen Revolution zu halten. Um Kaisers Bart wird man sich sinnvoller Weise nicht streiten, die volksdemokratische Revolution mit der sozialistischen Revolution in eins zu werfen, kann jedoch nur Verwirrung stiften. Wir zitieren deshalb hier, wie die volksdemokratische Revolution z.B. in

Seine Verzweiflung darüber, daß ihm der Boden unter den Füßen entwindet, bringt ihn andauernd dazu, neue militärische Abenteuer vorzubereiten.

In Portugal, einem Land, das durch einen faschistischen Putsch im Dienst der amerikanischen Monopole bedroht ist, erhebt unsere Partei entschlossen die Fahne des Kampfes gegen den nordamerikanischen Imperialismus. Damit dieser Kampf zum Sieg führt, ruft die PCP (R) die Arbeiterklasse auf, ihn anzuführen, und bekämpft alle Tendenzen, die die Aggressivität und die Macht des amerikanischen Imperialismus und seiner europäischen Mitspieler unterschätzen. Diese Tendenzen führen nur zu einem einzigen Ergebnis: zur Demobilisierung des Volkes und zur Fesselung seiner Hände und Füße gegenüber dem Imperialismus.

Die iberische Halbinsel war und ist weiterhin ein amerikanisches Hoheitsgebiet in ökonomischer, politischer und militärischer Hinsicht. Im Rahmen des Streits der Supermächte um Europa gewinnt die iberische Halbinsel jedoch eine weitreichende strategische Bedeutung, da sie eine Schlüsselzone für die Aufrechterhaltung der militärischen Herrschaft im Mittelmeerraum ist.

In den letzten Jahren hat die Sowjetunion ihre Anstrengungen vervielfacht, ihren Einfluß auf der Halbinsel auszuweiten.

dem Lehrbuch „Politische Ökonomie“, hrsg. von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, 1. dt. Ausgabe, Berlin 1955, II. Bd., S. 664/665, charakterisiert wird:

„1. Die volksdemokratische Revolution in den Ländern Mittel- und Südosteuropas – in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien – hat zuerst die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution voll und ganz gelöst. Der antifeudale Charakter der Revolution kam in der Durchführung revolutionärer Umgestaltungen in der Landwirtschaft zum Ausdruck; der Boden der Gutsbesitzer wurde konfisziert und unter die landlosen und landarmen Bauern aufgeteilt. Der antiimperialistische Charakter der Revolution kam darin zum Ausdruck, daß sie die Völker Mittel- und Südosteuropas vom Joch des Imperialismus befreit und ihre nationale Selbständigkeit gesichert hat. Gleichzeitig mit der Lösung der antifeudalen Aufgaben wuchs die bürgerlich-demokratische Revolution in die sozialistische Revolution hinüber; dies fand in der sozialistischen Nationalisierung der Großindustrie und der mittleren Industrie, des Verkehrswesens, der Banken, des Außenhandels und des Großhandels auf dem Binnenmarkt seinen Ausdruck. Der volksdemokratische Staat begann, die Funktionen der Diktatur des Proletariats mit Erfolg auszuüben. Die volksdemokratische Macht beruht auf dem engen Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft unter Führung der Arbeiterklasse.“

2. Für die Wirtschaft der volksdemokratischen Länder in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ist charakteristisch, daß drei grundlegende Wirtschaftsformen nebeneinander bestehen: der sozialistische Sektor, der Sektor der kleinen Warenproduktion und der kapitalistische Sektor. Die führende Rolle spielt der sozialistische Sektor. Ausgehend von den objektiven ökonomischen Gesetzen und gestützt auf den sozialistischen Sektor, verfolgen die volksdemokratischen Staaten im Kampf gegen die kapitalistischen Elemente eine Politik, die auf den Aufbau des Sozialismus gerichtet ist.

3. Die sozialistische Industrialisierung der volksdemokratischen Länder ist eine entscheidende Bedingung für die Überwindung ihrer technischen und wirtschaftlichen Rückständigkeit, für den Aufbau des Sozialismus und für die Hebung des Volkswohlstandes. Dank der Vorzüge der sozialistischen Wirtschaftsformen sowie der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit innerhalb des sozialistischen Lagers haben sich die volksdemokratischen Länder aus Agrarländern und Agrar-Industrie-Ländern in Industrie-Agrar-Länder verwandelt.

4. Für den Sieg des Sozialismus in den volksdemokratischen Ländern ist die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft erforderlich. Die sozialistische Umgestaltung der Bauernwirtschaften erfolgt in diesen Ländern durch allmählichen Zusammenschluß dieser Wirtschaften zu Produktionsgenossenschaften auf der Grundlage der Freiwilligkeit und unter Beibehaltung des bäuerlichen Privateigentums am Boden. Die Vergesellschaftung des gesamten Bodens wird ein Ergebnis der Entwicklung der höheren Formen der Produktionsgenossenschaft sein.“

Die mit dem 25. April geschaffene politische Lage in Portugal und die Tätigkeit der revisionistischen Partei haben eine für den Sozialimperialismus günstige Lage entstehen lassen. Der Sozialimperialismus konnte in den letzten anderthalb Jahren einige Punkte machen. Während sie aufzeigt, welcher Hauptfeind zu schlagen ist, und während sie das Volk mobilisiert, ihn mit allen Kräften zu schlagen, stellt sich unsere Partei allen Versuchen seitens des Sozialimperialismus fest entgegen, in unser Land einzudringen und sich einzumischen.

Der Kampf der Völker Spaniens und Portugals ist ein gemeinsamer Kampf gegen dieselben Feinde. Jahrzehntelang haben sich die faschistischen Regimes der beiden Länder gegenseitig unterstützt und den reaktionären iberischen Pakt gefeiert, der noch immer besteht und schleunigst zu Fall gebracht werden muß.

Der solidarische Kampf der Völker Spaniens und Portugals gegen den Faschismus und den iberischen Pakt, für die Vertreibung der Amerikaner und zur Verhinderung eines Eindringens des Sozialimperialismus bekommt eine lebenswichtige Bedeutung.

Die Sowjetunion ist zu einer imperialistischen Supermacht geworden, zu einem Todfeind der Völker und der Revolution

Die Restaurierung des Kapitalismus in der Sowjetunion hat zu einer grundlegenden Änderung ihrer Außenpolitik geführt. Sie folgt der Logik jedes beliebigen kapitalistischen Landes und wirft sich in den Kampf um Märkte und Rohstoffquellen und auf den Kapitalexport. Sie saugt den Reichtum der sich entwickelnden Länder aus und richtet ihre Einflüsse ein. Wo sie nur kann, errichtet sie ihre Militärbasen, wie die Amerikaner auch. Sie betreibt große Waffengeschäfte, schürt konterrevolutionäre Staatsstreichs, stiftet Konflikte zwischen Nationen. Die Sowjetunion ist zu einer sozialimperialistischen Macht geworden, ebenso aggressiv wie der amerikanische Imperialismus.

Die Aggression gegen die Tschechoslowakei war der höchste Ausdruck einer zur offiziellen Linie erhobenen aggressiven und chauvinistischen Politik.

Außerdem ist der Sozialimperialismus ein besonders gefährlicher Feind, da er seine ganze imperialistische Politik mit dem Mantel der „uneigennütigen Hilfe“ und der „Zusammenarbeit“ und mit scheinbar „internationalistischen“ Rechtfertigungen umgibt, um damit die Völker besser einzuschläfern und zu beherrschen. Er nützt in weitem Maße das Prestige aus, das die sozialistische UdSSR Lenins und Stalins gewonnen hat, und ist auf der ganzen Welt in Expansion begriffen. Diese Tatsache macht ihn fast schon zu einem gefährlicheren Imperialismus.

Heute sind der amerikanische Imperialismus und der Sozialimperialismus die Hauptfeinde der Völker im Weltmaßstab.

Die Hegemoniepolitik der Supermächte bedroht die Völker und den Weltfrieden

Lenin hat gesagt: „Das Wesen des Imperialismus ist die Rivalität der verschiedenen Großmächte um Hegemonie.“

Es ist wahr, daß die sowjetisch-amerikanische Kraft die hauptsächlichste konterrevolutionäre Allianz ist, die sich den Völkern entgegenstellt. Aber ihre Verständigung ist vorübergehend und ihre Rivalität um Welthegemonie ist konstant.

Während sie Reden über „Frieden“ und „Entspannung“ halten, vervielfachen sie ihre Kriegsvorbereitungen, bekämpfen sie sich im Mittleren Osten und an anderen Stellen der Welt.

Gegenwärtig befinden sich die beiden Supermächte in einer Phase der Aufstellung ihrer Kräfte und streiten sich um die Zwischenzonen, aber ihre Hegemonie-Politik bringt die Bedrohung eines dritten, zerstörenden und den Interessen der übergroßen Mehrheit der Menschheit entgegengegesetzten Dritten Weltkrieges hervor. In dieser Lage kommen die Gefahren sowohl von seiten der einen Supermacht wie auch von seiten der anderen Supermacht. Man kann nicht gegen einen Imperialismus kämpfen, indem man sich auf den anderen stützt.

Gegenüber dieser Bedrohung erhebt sich die Einheitsfront der Völker, in die sich die Arbeiterklasse und das Volk Portugals einreihen.

In der Weltlage, die wir erleben, gekennzeichnet durch große Veränderungen und schwere Erschütterungen, vermehren sich die Faktoren der Revolution wie auch die Faktoren des Krieges. Aber, sei es, daß die Revolution den Krieg verhindert, sei es, daß der Krieg die Revolution hervortreibt, die Zukunft wird weiterhin den Völkern gehören.

Europa, Brennpunkt der Rivalität der Supermächte

Europa ist ein Kontinent, der im Osten durch den Warschauer Pakt, im Westen durch die NATO besetzt ist. Die kapitalistischen Länder Europas sind mit tausend Stricken an den amerikanischen Imperialismus gebunden und dem Druck und der Einmischung der beiden Supermächte ausgeliefert. Die Bourgeoisie dieser Länder versucht dieser Lage zu entgehen und ihre eigenen imperialistischen Interessen durchzusetzen. Dazu schließt sie sich im Gemeinsamen Markt zusammen und erhebt ihre Stimme in der NATO. Aber ihr Ziel besteht darin, eine dritte Supermacht zu werden.

Mit dieser Hoffnung versucht sie ihre reaktionäre Herrschaft über die europäischen Völker zu festigen, die neokoloniale Ausbeutung in der Dritten Welt beizubehalten und eine gewisse Unabhängigkeit in Beziehung zum amerikanischen Imperialismus und zum sowjetischen Sozialimperialismus zu erhalten. Es häufen sich die Tendenzen zum Faschismus in vielen europäischen Ländern.

Gleichzeitig können die ökonomische Krise und der Fortschritt der Arbeiter- und Volksbewegung sowohl in den kapitalistischen Ländern als auch in den revisionistischen Ländern die Verbote einer für die Kräfte des Friedens und des Sozialismus günstigen revolutionären Krise sein.

Im Kampf um die Einheit der Völker Europas gegen den Imperialismus und den Sozialimperialismus unterstützt und grüßt unsere Partei an erster Stelle in jeder Weise den Kampf der europäischen Arbeiterklasse, die sich als die einzige Kraft erweist, die fähig ist, den Sturz der Macht der Monopole in ihren Ländern, die Liquidierung der NATO und des Warschauer Paktes, die Schaffung eines sozialistischen Europa zu leiten.

Die weltweite Einheitsfront der Völker gegen den Imperialismus und den Sozialimperialismus

Die zwei Supermächte würden gerne ungehemmt in ihrer Politik des Raubes und des Krieges fortfahren können und ihren Willen der Welt aufzwingen. Aber gegen die Einheit der Völker können sie nichts ausrichten. Gegenwärtig ist es möglich, die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges zu beseitigen, die maßlosen Ambitionen der beiden Supermächte zu beseitigen und den Völkern eine strahlende Zukunft zu eröffnen, wenn sich alle Kräfte vereinen, die gegen den gemeinsamen Feind vereint sein können.

Diese Einheitsfront umfaßt die sozialistischen Länder, die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker und Nationen der Welt, alle friedliebenden und freiheitsliebenden Kräfte. Die Hauptkraft dieser Front sind die unterdrückten Völker und Nationen der Dritten Welt, die die Mehrheit der Weltbevölkerung umfassen.

Die Dritte Welt ist kein homogener Block. Sie umfaßt eine Gesamtheit von Ländern mit ganz unterschiedlichen Regimes. Man kann Indonesien nicht mit der Volksrepublik von Mozambique vergleichen. Aber trotz der großen Unterschiede der politischen Regimes bildet die Dritte Welt in ihrer Gesamtheit eine gewaltige antiimperialistische Kraft. Unsere Partei erzieht das portugiesische Volk in der aktiven Solidarität mit dem Kampf der Völker der Dritten Welt, in der Gewißheit, daß nur die revolutionären Kräfte, die Volksmassen dieser Länder, in der Lage sind, der imperialistischen Herrschaft konsequent Widerstand zu leisten.

Nur die Arbeiterklasse der Welt, geführt von ihren marxistisch-leninistischen Parteien, ist in der Lage, die Einheits-

front der Völker gegen den Imperialismus und den Sozialimperialismus anzuführen. Unsere Partei reiht sich in diese gewaltige weltweite Strömung ein und packt entschlossen diese Aufgabe an.

Die sozialistischen Länder, ein entscheidender Faktor der weltweiten revolutionären Bewegung

Die sozialistischen Länder, wo die Diktatur des Proletariats gesiegt hat, sind ein entscheidender Faktor auf dem revolutionären Wege der Völker. Die errungenen Erfolge beim Aufbau des Sozialismus mit dem ständig steigenden Lebens- und kulturellen Niveau der Massen, mit den großen Fortschritten, die im Bereich der Erziehung der Jugend, der Emanzipation der arbeitenden Frau, beim Auslösen der Unterschiede zwischen Arbeitern, Bauern und Kadern sowie zwischen Stadt und Land erzielt wurden, und auch ihre Politik des entschlossenen Kampfes gegen Imperialismus und Sozialimperialismus und die konsequente Unterstützung für die revolutionären Kämpfe der ganzen Welt stärken das Vertrauen der Völker in den Sozialismus.

Bei der Verfolgung ihrer Außenpolitik haben die sozialistischen Länder mit der Gesamtlage im Weltmaßstab zu tun, und daher kämpfen sie mit einer Gesamtheit von Widersprüchen, die viel vielfältiger ist als die, vor der eine kommunistische Partei steht, die die Revolution in ihrem eigenen Lande machen will.

Eingereiht in eine weltweite Kette von Ländern sind die sozialistischen Länder starkem Druck und Drohungen seitens der Imperialisten und Sozialimperialisten ausgesetzt. Daher nutzen sie die Widersprüche zwischen den Supermächten und die Widersprüche zwischen dem europäischen Imperialismus und den zwei Supermächten aus, während sie gleichzeitig den revolutionären Kampf der Völker unterstützen und ihre Einheitsfront anführen.

Das großartige Werk der Volksrepublik China, Bastion der Diktatur des Proletariats, im Kampf für die Festigung der Einheit und der Zusammenarbeit der Völker bereitet den Supermächten großen Schaden und trägt zu ihrer Isolierung und Schwächung bei. Dieses Werk muß mit allen Kräften unterstützt werden.

Ihrerseits beweisen die Siege des Volkes Albaniens, Leuchtturm des Sozialismus in Europa, daß ein kleines Land die Schwierigkeiten nicht zu fürchten braucht und alle Hindernisse beseitigen kann, die ihm die Imperialisten und Sozialimperialisten in den Weg stellen, wenn es durch eine marxistisch-leninistische Partei wie die Partei der Arbeit Albaniens eine ist geführt wird.

China und Albanien zeigen den Völkern die Zukunft der Menschheit und befinden sich in der ersten Reihe des Kampfes zur Bewahrung der Reinheit des Marxismus-Leninismus und zur Zerstörung des imperialistischen und kapitalistischen Systems.

Es lebe der Proletarische Internationalismus!

Angeichts der internationalen Lage hat unsere Partei als zentrale Aufgaben:

– Die Volksrepublik China und die Volksrepublik Albanien gegen die Angriffe der Imperialisten, Revisionisten und aller Reaktionäre zu verteidigen, ihre Anstrengungen zur Herstellung der Einheit aller unterdrückten Völker und Nationen mit dem Ziel, die Supermächte zu isolieren und ihre Pläne auf Weltherrschaft scheitern zu lassen, zu unterstützen.

– Die aktive Solidarität mit den Völkern unter grausamer faschistischer Diktatur, namentlich mit den Völkern Spaniens und Brasiliens, zum Sturz des Faschismus zu entwickeln. Es ist eine konkrete Aufgabe des portugiesischen Volkes, von der Regierung den Bruch des Iberischen Paktes zu verlangen.

– Die aktive Solidarität mit dem Kampf der unterdrückten Völker gegen Kolonialismus und Neokolonialismus, den Imperialismus und den Hegemonismus zu entwickeln, insbesondere die Unterstützung des Kampfes der Völker von Angola und Timor für ihre endgültige Befreiung und die Unter-

stützung der Völker von Guinea-Kapverde, Mozambique und Sao Tome Principe für die Konsolidierung ihrer Unabhängigkeit.

– Die Aggressive und expansionistische Politik der beiden Supermächte zu entlarven, die zum Ziel haben, die Revolution zu zerschlagen und die Welt in Einflußsphären aufzuteilen. Ihre beschleunigten Vorbereitungen zum Krieg und die Verlogenheit ihrer Reden und Abmachungen über Frieden und Sicherheit der Völker zu denunzieren.

– Zur Einheit der europäischen Völker im Kampf gegen die

II. Die Demokratische Revolution des Volkes

Die Interessen des portugiesischen Volkes verlangen die Revolution

Seitdem der Triumph der Kolonialvölker und der Kampf des portugiesischen Volkes die faschistische Diktatur niederwarfen, ist die imperialistische und kapitalistische Herrschaft in Portugal in eine offene Krise eingetreten. Die Maßnahmen des neuen Regimes, das einen starken staatskapitalistischen Sektor schuf, haben die Unterwerfung des Landes und des Volkes unter die Großbourgeoisie und den amerikanischen und europäischen Imperialismus aufrechterhalten. Portugal ist weiterhin abhängig von der NATO und dem Gemeinsamen Markt, die nationale Wirtschaft ist durch eine überaus schwere Krise stranguliert, 80 Prozent der Bevölkerung leben von der Lohnarbeit zugunsten der Kapitalisten, des Staates und der multinationalen Konzerne.

Die Arbeiterklasse mit mehr als einer Million Arbeitern ist heute die größte nationale Klasse. Ihr Stellenwert in der gegenwärtigen Gesellschaft besteht darin, Profite zu erarbeiten, der übermäßigen Arbeit, der Teuerung, dem Wohnungsmangel, aller Art von Entbehrungen unterworfen zu sein mit der ständigen Bedrohung durch Arbeitslosigkeit, Unfälle und Krankheit. Das macht sie zum Motor der Revolution, ungeachtet der Aktionen der Bourgeoisie und des Revisionismus, sie zu unterdrücken, zu täuschen und zu spalten. Eine halbe Million Arbeiter, die in 1 500 Fabriken der Regionen Lissabon-Sétabal und des Nordens konzentriert sind, bilden das Herz des portugiesischen Proletariats und Volkes.

Auf dem Lande arbeitet fast ein Drittel der Bevölkerung, und auch dort gebietet die kapitalistische Ausbeutung. Die ländlichen Lohnarbeiter des Südens bilden einen mächtigen proletarischen Kern, der erprobt ist durch den Kampf gegen die Großgrundbesitzer, für die Agrarreform. An ihrer Seite steht das ländliche Halb-Proletariat, die armen Bauern des Nordens und der Beiras, die sich von winzigen kleinen Parzellen ernähren und sehr oft gezwungen sind, als Tagelöhner unter untragbar elenden Umständen zu arbeiten. Die Lage der mittleren Bauern, die von der unabhängigen Arbeit der Familie leben, ist ebenfalls schmerzlich. Eigentümer, Industrielle und Händler, die Bank und der Staat plündern die Arbeit des Bauern mit den Mitteln der Pacht, der Preise, der Spekulation, der Zinsen, Steuern und Strafzahlungen und halten die Landwirtschaft im Dauerzustand des Ruins. Es ist ein kapitalistisches Joch, das das Bauern-Volk dazu treibt, unwillkürlich den Weg der Befreiung zu suchen.

Das städtische Halbproletariat (Angestellte und arme Beamte), das fast eine halbe Million Familien umfaßt, lebt ebenfalls in Schwierigkeiten und ist der Tyrannei der Großbourgeoisie und ihres Staates unterworfen. Auch wenn es zögert und schwankt, so führen es doch seine Interessen ins Lager des Proletariats.

Selbst die städtische und ländliche Kleinbourgeoisie, die mit den Schichten der Intellektuellen und Beamten etwa ein Fünftel der Bevölkerung ausmacht, ist von der Vorherrschaft der großen Bourgeoisie und des Imperialismus übervorteilt, die sie in die Krise und die Unsicherheit schleudern. Ihre Widersprüche zum Proletariat werden zweitrangig und sie wird dahin gebracht, sich dem Lager des Volkes und dem nationalen Lager anzunähern.

Herrschaft der Monopole, gegen den Imperialismus und den Sozialimperialismus beizutragen. Den Kampf der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder und revisionistischen Länder, die die Avantgarde-Kraft im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus in Europa darstellt, zu unterstützen. Insbesondere zu kämpfen für den Austritt Portugals aus dem imperialistischen Pakt der NATO, zu kämpfen für Maßnahmen gegen den amerikanischen und europäischen Imperialismus in Portugal sowie das Eindringen des Sozialimperialismus zu verhindern.

Die ländliche und städtische mittlere Bourgeoisie führt sich in der Regel als zweitrangiger Feind der Revolution auf. Dennoch ist es möglich, einige ihrer Bereiche zu neutralisieren, die mit der subalternen Position, in die sie durch die Monopole gedrängt wurden, unzufrieden sind.

Zum portugiesischen Volk gehören weiterhin etwa anderthalb Millionen Arbeiter-Emigranten in Europa (außer denen, die sich auf dem amerikanischen Kontinent niederließen), deren Ursprung vor allem die Bauern-Klassen sind, die als Lohnarbeiter des ausländischen Kapitals arbeiten und einer Vielzahl von Problemen und Diskriminierungen ausgesetzt sind, weil ihnen in der Heimat nicht die Möglichkeit des Überlebens gegeben wird. Sie sind eine weitere große Kraft, deren Interessen sie den Herren des Landes entgegenstellen.

Gegenüber der Masse der Bevölkerung befinden sich die Großbourgeoisie, die großen Kapitalisten und Großgrundbesitzer, die Agenten des amerikanischen und europäischen Imperialismus, das höhere Personal des Kapitals, des Staates und der Streitkräfte. Sie haben nichts von ihrer reaktionären Haltung verloren, sie trachten nur danach, mit allen Mitteln durch die ökonomische, politische und militärische Kontrolle des Landes, die immer mehr konzentriert wird, Profite aufzuheben.

Die hohe kapitalistische Konzentration, zu der unser Land unter dem Eingriff des Imperialismus gelangt ist, führt dazu, daß der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie sich konzentriert im Kampf der breiten Volksmassen gegen das Großkapital, die Großgrundbesitzer und den Imperialismus, die Feinde des Volkes, der Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit. Die revolutionäre Aufgabe der Arbeiterklasse besteht darin, um sich alle die zu vereinen, die einig sein können, das Feuer auf den hauptsächlichsten Feind – die Großbourgeoisie und den Imperialismus – zu richten und im Kampf gegen diesen Hauptfeind den Zentralpfeiler des Regimes der Ausbeutung und Unterdrückung des portugiesischen Volkes zu Fall zu bringen, die Revolution zu machen.

Die Volksrepublik, Kampfziel des Volkes

Unsere Revolution ist in der gegenwärtigen Etappe eine demokratische Revolution des Volkes. Es ist die Revolution eines abhängigen kapitalistischen Landes, wo die breiten Massen in Stadt und Land nach demokratischen Veränderungen streben, nach der Unabhängigkeit und dem Wohlergehen.

Demokratische Revolution, denn sie hat nicht die unmittelbare Zerstörung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und den Aufbau des vollständigen Sozialismus zum Ziel noch hat sie als Feind die Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit. Die Bauernbewegung, ohne die nichts erreicht wird, hat einen im wesentlichen demokratischen Charakter. Revolution des Volkes, denn nur der revolutionäre Kampf des Volkes, geführt von der Arbeiterklasse, kann der Motor der demokratischen und antiimperialistischen Veränderungen sein, deren unser Land bedarf.

Die Macht des neuen Regimes hat zur Grundlage die revolutionäre Diktatur der Arbeiter, Bauern und der übrigen Werktätigen; sie ruft an ihre Seite die Schicht der Intellektuellen und die Kleinbourgeoisie und neutralisiert Teile der mittleren Bour-

geosie. Die Demokratische Diktatur des Volkes ist die besondere Form, die die Diktatur des Proletariats in dieser Etappe annimmt.

Das demokratische Regime wird errichtet durch den gewaltsamen Sturz der gegenwärtigen Macht, durch den bewaffneten Aufstand des Volkes, und das demokratische Regime des Volkes bereitet den Übergang ohne Unterbrechung zur sozialistischen Revolution vor. Das Programm der Volksdemokratie verwirklicht die Hoffnungen der breiten Massen des portugiesischen Volkes im jetzigen Augenblick: eine neue demokratische Macht, die den Willen des Volkes über die Reaktionen durchsetzt und die breitesten Freiheiten garantiert, die Vertreibung des Imperialismus, eine Politik der nationalen Unabhängigkeit, die Nationalisierung des Großkapitals und die Arbeiterkontrolle, die Agrarreform durch Enteignung des Großgrundbesitzes und die Verteidigung des kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetriebes, die ökonomische Entwicklung und das Wohlergehen des Volkes, den Schutz des Kleinhandels und der Kleinindustrie, Achtung der Rechte der Frau, Ausbildung und Kultur für die Massen.

Die Volksrepublik entsteht mit dem Triumph der Kampffront unseres Volkes, die sich gegen den Faschismus, den Imperialismus, das Großkapital und die Großgrundbesitzer erhebt und die fünf Banner der wahrhaften Demokratie hochhält: Brot, Erde, Freiheit, nationale Unabhängigkeit, Frieden.

Die revisionistische Theorie des „Aufbaus der demokrati-

schen Gesellschaft auf dem Wege zum Sozialismus“ führt zu einem einzigen Ziel: zur Erhaltung des Kapitalismus in neuem Gewande. Sie verfälscht die Notwendigkeit, daß sich die Arbeiterklasse als selbständige und führende Kraft des ganzen Volkes beim Sturm auf den bürgerlichen Staatsapparat und seiner gewaltsamen Zerstörung behaupten muß.

Andererseits bedeutet die Propagierung der „sozialistischen Revolution“ als einer unmittelbaren Kampflösung, wie es gewisse politische Strömungen tun, die Spaltung des Volkes, die Leugnung der Rolle der Bauernschaft bei der Revolution und ihre Hinausschiebung auf unbestimmte Zeit aufgrund des „Fehlens von Bedingungen“.

Schließlich bedeutet die Propagierung der Idee, daß die Revolution durch das Weiter-um-sich-Greifen der Organe des Volkswillens, die für Organe „der Volksmacht“ ausgegeben werden, während die Bourgeoisie noch die Macht in ihrem Staatsapparat ausübt, gemacht wird, daß in anderen Worten und mit radikaleren Farben der „friedliche Übergang“ der Revisionisten verteidigt wird.

Gegen diese falschen Lösungen erhebt sich die Linie der demokratischen Revolution des Volkes, in deren Kampf sich das portugiesische Volk unter Führung der Arbeiterklasse von den Illusionen befreien wird, die breitesten Einheit herstellen wird, ihre Feinde isolieren wird und in seinem Sinne die Alternative „Faschismus oder Revolution“ lösen wird.

III. Lehren des Klassenkampfes – vom 25. April bis zum 25. November

Der Sturz des Faschismus und des Kolonialismus hat die Handvoll hoch-parasitärer Monopol-Gruppen, die im Schatten des Faschismus ihre Fangarme um das ganze nationale Leben gelegt hatten, in arge Bedrängnis gebracht. Angeführt vom amerikanischen und deutschen Imperialismus warfen sie sich in den Kampf zur Verteidigung ihrer Privilegien und zur Wiedererrichtung eines diktatorischen Regimes. Die Volksmassen mußten sich jeden Handbreit ihrer gerechten Rechte erkämpfen. Durch Streiks, Demonstrationen und durch die Tage des 28. September und des 11. März, im Gebrauch neuer breiten demokratischer Organisationen, brachten sie dem Imperialismus, der Großbourgeoisie, den Großgrundbesitzern und den faschistischen Verschwörern schwere Niederlagen bei. Werk der Massenbewegung waren das Regime der breiten Freiheit in den meisten Teilen des Landes und in den Kasernen, die Anerkennung des Sieges der Kolonialvölker, die ersten Maßnahmen der Agrarreform im Alentejo, die Nationalisierungen, die allgemeine Anhebung der Löhne und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Eine ganze Reihe von demokratischen revolutionären Errungenschaften, die im kapitalistischen Europa keine Parallele haben, zwangen die Bourgeoisie in die Defensive zu gehen und eine Politik der reformistischen Zugeständnisse einzuleiten.

Dennoch hat die Erfahrung gezeigt, daß diese Siege des Volkes nicht den 25. November und die heutige reaktionäre Gegenoffensive verhindern konnten. Das liegt an dem Fehlen der Kommunistischen Partei, der bewußten und organisierten Avantgarde des Proletariats. Dank des Fehlens der Partei ließen sich die Volksmassen durch die reformistischen Illusionen der Kleinbourgeoisie bestechen und, was weit schlimmer ist, sie ließen sich täuschen durch die verräterische Politik der Renegaten-Gruppe von Alvaro Cunhal.

Der revisionistische Verrat

Die Tätigkeit der Revisionisten-Bande während der letzten 20 Monate ist eine Aufeinanderfolge des Verrats an der Arbeiterklasse, dem Volk und den nationalen Interessen, wenn auch manchmal versteckt hinter einer scheinbar radikalen Sprache, um die Massen besser zu täuschen.

In der ersten Phase bis zum 28. September, als der Imperialismus, die Großbourgeoisie und die reaktionären Kräfte Spino-

Gruppe um Cunhal die Streiks und die Säuberungen, verhin-

derden den Sturz der Stützen des Faschismus, kollaborierte beim Versuch eines Übergangs zum Neokolonialismus und war eine wertvolle Hilfe für die Reaktionäre.

Nach dem Sieg des Volkes vom 28. September, der es möglich machte, daß reformistische Teile der Bourgeoisie die Macht übernahmen, wurde die Gruppe um Cunhal wagemutiger, sie tat sich mit der antifaschistischen Fraktion der MFA zusammen und beilegte sich, Positionen im staatlichen Verwaltungsapparat zu bekommen im Versuch, die bürgerliche Demokratie zu stabilisieren. Aber der Klassenkampf verschärfte sich weiter: während sich der Imperialismus, die Monopole und ein Teil der mittleren Bourgeoisie auf die Verschwörung und die ökonomische Sabotage verlegten, legten die Arbeiter das Anti-Streik-Gesetz hinweg, schritten bei den Säuberungen voran, starteten die Bewegung der Hausbesetzungen und gingen im Kampf gegen die NATO und die Arbeitslosigkeit auf die Straße.

Der 11. März, vom amerikanischen Imperialismus in Szene gesetzt, endete mit einer neuerlichen Niederlage der Rechten, dank der Wachsamkeit und der Entschlossenheit der Arbeiter und Soldaten. Die Monopolgruppen wurden durch breite Nationalisierungsmaßnahmen getroffen; die Welle der Säuberungen und Besetzungen gab der ökonomischen Sabotage der großen Kapitalisten eine siegreiche Antwort; im Süden erhob sich eine mächtige Bewegung der ländlichen Lohnarbeiter, die die Ausführung einer Agrarreform ihres Wunsches in ihre eigenen Hände nahmen; die Soldaten begannen überall ihre demokratischen Rechte durchzusetzen und sich offen an die Seite der Kämpfe des Volkes zu stellen.

In dieser revolutionären und für den Imperialismus, das Großkapital und die Großgrundbesitzer bedrohlichen Lage begann die revisionistische Gruppe Cunhals mit schmutzigen Manövern, um dem Volk die Früchte des Sieges zu entwinden. Im Austausch für das Verschweigen der Komplizenschaft der Führer der PPD und der PS beim Putsch vom 11. März riß sie mit dem Mittel der Erpressung neue Positionen im Staatsapparat und in der Armee an sich, begann sie eine zügellose „sozialistische“ Demagogie vom Stapel zu lassen und dem sowjetischen Sozialimperialismus die Tore zu öffnen.

Das hat eine Verschärfung des Klassenkampfes seitens der anderen bürgerlichen Parteien provoziert. Die PS, PPD und CDS, gestärkt durch den Ausgang der Wahlen vom April, gin-

gen zum Gegenangriff über, unterstützt durch die reaktionäre Hierarchie der Kirche und eines Teils des ländlichen Klerus. Die faschistischen Banden gingen zu Attentaten, Plünderungen und Brandstiftung über, während sich die Revisionisten der Informationsmedien bemächtigten und eine neue politische Polizei organisierten. Der hartnäckige Streit zwischen den USA einerseits und der UdSSR andererseits drohte das Land in einen Bürgerkrieg zu führen oder es zum Schauplatz des Kampfes zwischen den beiden Supermächten zu machen.

Gewiß, die Avantgarde der Volksbewegung konnte aus dem Streit, der die Revisionisten den anderen Parteien gegenüberstellte, einigen Vorteil ziehen; indem sie sich die Lähmung des politischen und militärischen Apparats zunutze machte, setzte sie neue Errungenschaften durch und schuf neue Organisationsformen. Auf der großen Demonstration vom 20. August in Lissabon zogen die Massen den radikalen Flügel der MFA auf ihre Seite und legten mit dem Dokument der COPCON-Offiziere eine demokratische Alternative zur bestehenden Lage vor, in Ablehnung sowohl des Faschismus als auch der Sozialdemokratie und des Revisionismus, der Herrschaft der USA wie der Herrschaft der UdSSR.

Aber es fehlte eine revolutionäre marxistisch-leninistische Führung, es fehlte die Kommunistische Partei, die einzige, die in der Lage ist, diese Bewegung zum Triumph zu führen. Das „linke“ Sektierertum, die taktische Starre, die Isolierung der Avantgarde in bezug auf die breiten Massen der Stadt und des Landes, die Geringschätzung der Organisation, all das erlaubte es nicht, daß die Volksbewegung das Kommando der Geschehnisse übernehmen konnte. Der politische Kampf wurde weiterhin durch Putzche und Gegenputzche zwischen Faschisten, Revisionisten und Sozialdemokraten beherrscht, geführt von den amerikanischen, sowjetischen und deutschen Imperialisten zum Nachteil der Arbeiterklasse, der Bauern, des Volkes, des demokratischen Kleinbürgertums, zum Nachteil der nationalen Interessen.

Die Erfahrung dieser Monate bestätigte das, was die Marxist-Leninisten seit langer Zeit über den Revisionismus gesagt hatten. Die revisionistische Gruppe um Cunhal ist eine Spezial-Abteilung der Sabotage innerhalb der Arbeiter- und Volksbewegung, wo sie als Agent des sowjetischen Sozialimperialismus auftritt: die Massen als Stoßtrupp gebrauchend, ging es ihr um die Eroberung von Posten im Staatsapparat, in den hohen militärischen Kommandostellen, im Informationswesen usw. Ihre Zielvorstellung bestand darin, der Geschäftsführer eines staatskapitalistischen und sogenannten „sozialistischen“ Regimes zu werden und gleichzeitig die Türen zur Eindringung des sowjetischen Sozialimperialismus zu öffnen.

Die konterrevolutionäre Politik der Revisionisten führte dazu, daß in der Mehrheit der Fälle die Forderungen des Volkes in falsche Richtung gerieten und niemals ernsthaft den Feind schlugen. Die Natur der revisionistischen Clique Cunhals bestand und besteht darin, von innen her die revolutionäre Bewegung zu zerstören, die bürgerliche Macht zu stabilisieren, der Revolution den Weg zu verstellen. In diesem Sinn waren die Revisionisten die aktiven Komplizen der Reorganisation der Rechten und des amerikanischen Imperialismus.

Die soziale Basis, auf die sich die Gruppe Cunhals stützt, sind nicht die Arbeiter und anderen Werktätigen, die von ihr hinter das Licht geführt werden und die unter Führung dieser Gruppe versuchen, einen Kampf gegen den Faschismus, die Ausbeutung und den Imperialismus zu entfalten. Die soziale Basis des Revisionismus besteht in gewissen Bereichen der Arbeiteraristokratie, der gewerkschaftlichen Bürokratie, der technischen und intellektuellen Kader, die geizig, egoistisch und skrupellos sind, vollkommen korumpiert durch die bürgerlich imperialistische Mentalität, bereit, Portugal der Plünderung der beiden Supermächte auszuliefern.

Die Lehren des 25. November

Die reaktionäre Wende am 25. November wurde seit vielen Monaten vorbereitet. Die politische Krise, die sich seit August/September zuspitzte, hatte tiefliegende Gründe: einerseits rief der Fortschritt der Volksbewegung und der Bewegung der Soldaten eine Instabilität der bürgerlichen Institutionen und die Lähmung ihrer repressiven Fähigkeit hervor. Anderer-

seits hielt die mit dem amerikanischen und europäischen Imperialismus verbundene reaktionäre Bourgeoisie den Moment für gekommen, ihre Vorstellungen durchzusetzen, nachdem sie die Militärs mit Boykott und Erpressung verängstigt und gespalten hatte. Bei diesem Überfall paktierten die bürgerlichen Politiker mit der faschistischen Rechten und beugten sich den Forderungen des Kapitals. Ihre Regierungspläne sind nicht gegen die Kräfte des Faschismus gerichtet, sondern gegen die Forderungen des Volkes und die Massenbewegung: Entschädigungen für die Kapitalisten, Einschränkungen bei der Agrarreform, Garantien für nationale und ausländische Investitionen, Verringerung der Löhne und Anhebung der Preise, Versuche, die Zensur durchzusetzen. Diese schamlose Politik traf auf den Widerstand der Arbeitermassen, der Bewegung der Soldaten, der demokratischen und patriotischen Kräfte, die bereit waren, die Fahne der Demokratie hochzuhalten und die so hart erkämpften Errungenschaften zu verteidigen.

Die Bourgeoisie verstand, daß sie zur Durchführung ihres volksfeindlichen Programms an erster Stelle die demokratische Bewegung der Soldaten und Matrosen brechen mußte, die Demokratie in den Kasernen brechen mußte und das Heer als Stoßtruppe der Repression wieder gewinnen mußte.

Die abenteuerliche Politik einiger Kräfte, die antifaschistische Offiziere zu Verzeiwungstaten antrieben, zusammen mit der revisionistischen Taktik, diese Offiziere und die Soldatenbewegung als Druckmittel einzusetzen, um die Kräfteverhältnisse in der militärischen Spitze (Revolutionsrat) zu verändern, machten die Volksbewegung außerordentlich verwundbar gegenüber einer Provokation von seiten der Rechten.

Zu dieser Provokation kam es am 25. November, und sie war sorgfältig vorgesehen und vorbereitet durch die Rechte mit Hilfe des amerikanischen und des deutschen Geheimdienstes.

Der 25. November stellt einen harten Rückschlag für das demokratische Lager des Volkes dar. Die geschaffene Lage ausnützend, eroberte die Rechte Positionen zurück und stärkte ihre militärische Macht. Es kam zu einer für die Faschisten extrem günstigen Veränderung der Lage. Um in der Lage zu sein, der Situation zu begegnen, muß die Partei gefährliche politische Fehler korrigieren, die der 25. November in der Tätigkeit der marxistisch-leninistischen Gruppen aufdeckte. Welches waren diese Fehler?

Die Leichtigkeit, mit der die reaktionäre Offensive in wenigen Tagen die Initiative der Volksbewegung lähmte und begann, ihr Schläge auszuteilen, zeigt, daß der demokratischen Bewegung des Volkes eine revolutionäre Führung fehlte. Die breiten Arbeitermassen befanden sich noch unter dem Einfluß der durch Reformisten und Revisionisten ausgestreuten Illusionen. Sie glaubten, daß es möglich wäre, das Großkapital und den Imperialismus besiegt hinwegzutragen, schrittweise, über Druckausübung und durch Reformen. Sie sahen die Lösung für ihre Probleme nicht im revolutionären Kampf, sondern in einer Modifizierung der Zusammensetzung von Regierung und Revolutionsrat, in der Aktion der mit der revisionistischen Partei verbundenen Militärs. Sie hatten noch nicht ihren Übergang auf den revolutionären Weg vollzogen, sie vertrauten auf den militärischen Schutz der fortschrittlichen Offiziere und sahen sich dann überrascht und entwaffnet vor einem faschistischen Angriff. Die marxistisch-leninistischen Gruppen waren nicht in der Lage, zu analysieren und zu handeln, um den faschistischen Angriff zu bekämpfen. Sie hatten nicht in jedem Augenblick eine klare Analyse der vorhandenen Kräfte gemacht. Sie verhielten sich, als sei ein schneller Übertritt der Massen auf den revolutionären Weg möglich. Die Marxist-Leninisten waren nicht in der Lage, politische Alternativen vorzulegen, um mit Festigkeit die Tendenz zu bekämpfen, die behauptete, es sei möglich, nur mit einer kleinen Avantgarde voranzumarschieren.

Sie verstanden es nicht, vollkommen mit dem „linken“ Sektierertum und dem Abenteuerum in der politischen Massenarbeit zu brechen. Sie achteten die Notwendigkeit für gering, die Volksbewegung durch eine tägliche Arbeit in den Gewerkschaften, den Kommissionen, den Organen des Volkswillens, durch politische Aufklärung und die Verteidigung der Interessen der Massen aus dem revisionistischen und reformistischen Einfluß herauszureißen. Sie verschlossen ihre Augen vor den Fehlern und Schwächen und übertrieben die Erfolge. Der Trimphalismus grassierte in der Aktivität der marxistisch-leninistischen Gruppen.

Der 25. November hat auch aufgedeckt, daß die Bewegung in den großen Städten, vor allem in Lissabon und zum Teil im Alentejo, vollkommen isoliert von dem Rest des Landes war. Die politische Aktivität wurde in der Hauptsache in den Städten entwickelt. In der Praxis war das Bündnis, das die Bewegung des Volkes als Grundlage diente, das zwischen Arbeiterklasse und dem Kleinbürgertum und nicht das Arbeiter-Bauern-Bündnis. Der 25. November zeigte ein weiteres Mal, daß die demokratische Volksbewegung äußerst leicht verwundbar wird gegenüber einem faschistischen Überfall, wenn sie nicht mit einer soliden Unterstützung auf dem Land rechnen kann. Das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern ist die einzige Basis, auf der sich die antifaschistische Einheit unseres Volkes sicher gründen kann. Die marxistisch-leninistischen Gruppen verstanden es nicht, diese Realität anzuerkennen, sie richteten ihre Anstrengungen nicht aufs Land aus, sie achteten die Protestbewegung gegen die Ausbeutung und das Elendsleben, die von den Bauern ausgeht, gering. Die Geringschätzung der Bauernbewegung gab der Rechten alle Waffen für ihre Aktion in die Hand und schuf eine gefährliche Trennung zwischen Norden und Süden des Landes.

Endlich hat der 25. November in der Praxis bewiesen, daß der Widerstand gegen die Durchführung einer wirklichen Einheitsfrontpolitik, das Beharren auf dem Sektierertum und der Arbeitertümelei (Obreirismo) die konsequenten Revolutionäre von den Massen und anderen demokratischen Bereichen isoliert und zur sicheren Niederlage führt. Es zeigte sich, daß die Unfähigkeit der marxistisch-leninistischen Gruppen, eine breit angelegte Ein-

heitsfronttaktik anzuwenden, das ganze Feld frei dafür hielt, daß die revisionistischen Verräter Bereiche und Kräfte beherrschen und korrumpieren konnten, die zum revolutionären Lager des Volkes und nicht zum Lager der Konterrevolution gehören.

Der Klassenkampf, der in den letzten Monaten geführt wurde, zeigt, daß die Alternative, in der sich unser Land bewegt, darin besteht: entweder werden der Macht des Großkapitals und des Imperialismus revolutionäre Schläge versetzt oder diese werden mit allen Mitteln versuchen, ihre terroristische Diktatur durchzusetzen. „Faschismus oder Revolution“ ist der Kompaß, der uns leiten muß. Er zeigt den Hauptfeind und das Mittel, ihn zu schlagen. Wir können nicht vorwärtskommen, ohne daß dieser Kompaß uns die Richtung weist. Aber das bedeutet nicht, daß wenn heute nicht die Revolution gemacht wird, wir fatalerweise den Faschismus haben. Es bedeutet, daß die Partei das revolutionäre Lager zusammenschließen muß, sich an die Spitze des Kampfes für Brot und Freiheit setzen muß gegen die schwarzen Kräfte des Faschismus, in der Gewißheit, daß es keinen dritten Weg gibt, daß es keine stabile demokratische Lösung geben wird.

In der tiefen ökonomischen, politischen und sozialen Krise, die wir durchleben, gelingt es der Bourgeoisie schon nicht mehr, ohne eine Politik der Repression gegenüber der Volksbewegung zu regieren. Diese Repression hat schon begonnen und ihre Logik führt zum Faschismus. Aber wenn das Volk sich in Massen erhebt, dann wird es über genügend Kräfte verfügen, um dem Faschismus den Weg zu verstellen und in der Revolution voranzukommen.

IV. Die Errichtung der antifaschistischen und patriotischen Front, die zentrale Aufgabe der Partei

Bis heute bestand die zentrale Aufgabe der Kommunisten darin, **die Partei aufzubauen**. Jetzt, da die Partei existiert, ist die zentrale Aufgabe der Kommunisten der **Aufbau der antifaschistischen und patriotischen Front** des portugiesischen Volkes. Die Tür, die sich dem Vormarsch des Faschismus mit dem 25. November geöffnet hat, reicht allein aus, um die Dringlichkeit zu zeigen, mit der diese Aufgabe erfüllt werden muß.

Es ist eine Lage geschaffen worden, in der außerordentliche Gefahren über der Freiheit und allen demokratischen Errungenschaften des Volkes schweben. Die Gefahr des Faschismus ist real. Die großen Kapitalisten und Imperialisten, gestützt auf die Leute der MDLP, die in den hohen militärischen Kommandostellen sitzen, und auf die Agenten des CIA, warten auf die beste Gelegenheit, einen faschistischen Putsch durchzuführen. Die VI. Regierung, durch die Anleihen und die NATO an die amerikanischen Imperialisten und die deutsche Sozialdemokratie gefesselt, öffnet durch ihre Politik dem Faschismus den Weg. Da sie über militärische Kraft verfügt und mit der aktiven Komplizenschaft der revisionistischen Partei rechnet, hat sie eine groß angelegte Offensive gegen die Volksbewegung zugelassen. Nachdem sie die demokratischen Errungenschaften der Soldaten liquidiert und die Presse unter Kontrolle gebracht hat, versucht sie die ökonomische Lage zu stabilisieren und ist dem Kapital und dem Imperialismus durch Verschärfung der Ausbeutung und Einschränkung der Freiheiten dienstbar. Wenn diese Politik weitergetrieben wird, dann werden schnellstens alle Voraussetzungen für einen siegreichen faschistischen Putsch geschaffen sein.

In diesem Augenblick stellt sich der Partei unmittelbar eine zentrale politische Aufgabe: um jeden Preis den in Vorbereitung befindlichen faschistischen Putsch verhindern, indem die Freiheiten und Errungenschaften des Volkes verteidigt werden, und durch den Kampf gegen die Repression seitens der Regierung. Die Kräfte des Volkes haben schon gezeigt, daß sie Kräfte besitzen, um eine reaktionäre Eskalation zu Fall zu bringen, und daß der Sieg des Faschismus nicht unvermeidlich ist. Aber dazu muß das Volk eine unbezwingbare Mauer bilden, eine breite Kampffront. Eine Front, so breit wie das Volk, sie steht sicher nur auf folgenden zwei Füßen, ohne die sie sich nicht auf-

recht halten und geschweige denn vorwärtsgehen kann: die Einheit der Arbeiterklasse und das Arbeiter-Bauern-Bündnis.

Die Einheit der Arbeiterklasse

Die Arbeiterklasse ist die einzige Kraft, die in der Lage ist, die Bewegung der Organisation und des Kampfes des Volkes für Brot und Freiheit anzuführen, denn sie ist die einzige Klasse, die nichts zu verlieren, sondern mit diesem Kampf nur zu gewinnen hat. Denn sie ist diejenige, die am konzentriertesten am eigenen Leibe die Ausbeutung und Unterdrückung – Quelle und Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft – erfährt.

Damit aber die Arbeiterklasse diese ihre historische Rolle erfüllen kann, muß sie einig, organisiert, der Revolution zugekehrt sein, und das ist heute noch nicht der Fall. Die Arbeiterklasse ist noch nicht die revolutionäre, bewußte und organisierte Kraft, die in der Lage wäre, alle Hindernisse zu brechen und das Volk hinter sich her zu führen. Sie zu dieser Kraft zu machen ist eine gewichtige Aufgabe, die durch die tägliche Mobilisierung zu verschiedensten Kämpfen erfüllt wird, begrenzt wie großen Kämpfen, nicht allein für politische, sondern auch für ökonomische und soziale Ziele – mehr Freiheit, mehr Brot, bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Das alles ist eine hervorragende und dringende Aufgabe, die die jetzt wiederaufgebaute kommunistische Partei auf ihre Schultern lädt. Nur sie, als organisierte Kraft der Klasse, kann diese Aufgabe zu einem guten Ende bringen. Nur sie ist in der Lage, mit Klarheit den kapitalistischen Feind aufzuzeigen, gegen den die Arbeiterklasse sich in ihrem Kampf zu vereinen hat, und gleichzeitig die grundlegende Voraussetzung für den Sieg dieses Kampfes zu schaffen – die Vertreibung der revisionistischen Verräter aus den Reihen der Arbeiterklasse.

In diesem Sinne muß die PCP (R) allen Organen und Organisationen, die sich die Klasse zur Verteidigung im Kampf um Brot und Freiheit spontan aufgebaut hat, eine klare Führung geben. Sie muß eine Politik für die Arbeiterkommissionen festlegen, die mit Sicherheit das erste Ziel der entfesselten Offensive der Bourgeoisie sind. Sie muß die Grundlagen der Organisation und des Kampfes der Arbeitslosen finden. Und ganz

besonders muß sie den Rückstand überwinden, in dem sie sich bei der Eroberung der Gewerkschaften, der breitesten Basis der Einheit der Arbeiterklasse, befindet. Der schwache Einfluß in den Gewerkschaften ist Zeichen des Fehlens der Verbindung mit der Arbeiterklasse.

Die Gewerkschaften sind heute in ihrer Mehrheit noch nicht Kampfinstrumente der Klasse, sondern Herrschaftsinstrumente der Revisionisten über die Klasse. Aber was ist getan worden, um die Gewerkschaften aus den Händen dieser mächtigen Agenten der Bourgeoisie zu reißen? Schlechte und anarchische organisatorische Maßnahmen, keinerlei Führung und politische Linie.

Das ist eine Praxis, mit der die Partei radikal aufräumen muß. Sie hat noch keine präzise Gewerkschaftslinie, aber es existieren bereits Arbeitsprinzipien, die bis zur Festlegung dieser Linie wertvoll sind. Es sind das deren fünf:

1. Die Gewerkschaftsarbeit wird aufgebaut ausgehend von den Fabriken. Durch die Fähigkeit, die man zeigt, die verschiedensten Forderungen, die die Klasse in der Fabrik erhebt, aufzuspielen und in einen Gesamtrahmen einzupassen, werden Gewerkschaftsführungen erobert.

2. Der direkte Kampf um die Gewerkschaftsführungen kann im Augenblick nicht der Motor der Gewerkschaftsarbeit sein. Aber er ist wichtig sogar für die gewerkschaftliche Offensive in den Fabriken. Es kann also nicht so weitergehen wie bisher, wo alles der Improvisation und der organisatorischen Handwerkerlei überlassen war. Ohne schwingvolle Gewerkschaftsfaktionen, solide unterstützt durch das ZK, kann aus dem gewerkschaftlichen Agitationsfeld, das für die Partei heute die Gewerkschaftswahlen sind, keine Frucht hervorgehen.

3. Die Gewerkschaftsarbeit geht von den tatsächlichen Wünschen der Massen aus. Von einem Bewußtsein ausgehen, das wir gerne bei ihnen sehen, den Kampf für geringe Forderungen als für Kommunisten nicht würdig mißachten, das bedeutet, die Massen ihrem Schicksal zu überlassen. Das ist das „Links“-sektierertum, das ist die Sekte. Mit der Partei hat das nichts zu tun.

4. Die Einheit der Arbeiterklasse muß gegen den Revisionismus hergestellt werden. Aber der revisionistische Einfluß wird nicht von einer Position außerhalb der Bewegung gebrochen: **nur von innen her!** Die Kommunisten müssen es verstehen, die Klasse dahin zu bringen, daß sie sich Klarheit über die verräterische Natur des Revisionismus verschafft, durch die Praxis ihrer täglichen Kämpfe.

5. Die Einheitskommissionen und die kommunistischen Fraktionen (das sind Organe, die die marxistisch-leninistischen Gruppen zu Gewerkschaftswahlen im letzten Jahr einrichteten, also zum Zweck der Aufstellung einer revolutionären Liste, Anm. d. Übersetzers) sind Instrumente der Beteiligung und des Eingreifens in das gewerkschaftliche Leben. Sie können nicht weiterhin das sein, was sie bis heute waren: bloße Instrumente von Kandidaturen und zur Bekämpfung der gelben Führung.

Das Arbeiter-Bauern-Bündnis

Noch weiter zurück als die Einheit der Arbeiterklasse befindet sich das Arbeiter-Bauern-Bündnis. Das hat schon zu großen Nachteilen für die Revolution geführt. In Wirklichkeit war es diese Tatsache, die es der Bourgeoisie erlaubte, den Norden vom Süden zu trennen und den 25. November durchzuführen.

Indessen, es gibt eine demokratische und revolutionäre Bauernbewegung, die sich nach dem 25. April verallgemeinert hat. Die Bourgeoisie hat die Bauern gewisser Regionen gegen die Arbeiterklasse aufgehetzt, aber sie hat sich dabei auf eine existierende Bewegung gestützt, eine Bewegung, die demokratisch und revolutionär ist aufgrund ihrer Ziele und ihrer Kampfmethoden. In Wahrheit wollen die Bauern Veränderungen und erwarten keineswegs, daß ihnen diese Veränderungen auf einem Tablett serviert werden. Sie organisieren sich und kämpfen darum, sie zu erreichen. Sie fordern die Beendigung der Ausbeutung und der Zwischenhändler; sie fordern Land, Unterstützung finanzieller und technischer Art, Elektrizität, Straßen, Schulen.

Wenn die Bauernbewegung an verschiedenen Stellen des Landes für die politischen Manöver des Faschismus und des Imperialismus eingesetzt wurde, dann liegt der Grund dafür nicht in der Bauernbewegung, sondern in der großen antikom-

munistischen Provokation, die durch die Revisionisten vorangetrieben wurde, und in der Unfähigkeit der Revolutionäre, diese zu zunichte zu machen.

Die Revisionisten sind auf dem Land aufgetaucht, haben den ehrenvollen Namen der Kommunisten gebraucht und ihn beschützt, sie traten als Verteidiger der Agrarreform und des Wohlergehens der Bauern auf – in Wirklichkeit kamen sie, die Bauern zu unterdrücken und zu berauben. Ihre „comissões liquidatárias dos grêmios“ (Kommissionen zur Auflösung der alten faschistischen Verwaltungen unterer Ebene, Anm. d. Übersetzers) traten im Namen der Notwendigkeit der Liquidierung des Faschismus auf dem Lande auf – in Wirklichkeit kamen sie, um zum Ruin der Wirtschaft der Bauern beizutragen, und haben ihre Ausbeutung und ihr Elend vermehrt. Schließlich: Im Namen des Kommunismus mißachteten sie und traten sie mit Füßen die berechtigtesten Wünsche der Bauern und ermöglichten so, daß die reaktionären Kziken und Faschisten den Bauern den Kommunismus und die Arbeiterklasse als ihre großen Feinde hinstellten.

In der Bauernbewegung Fuß zu fassen und sie anzuführen, ist das Ziel unserer Partei. Bis heute haben die Marxisten-Leninisten die Arbeit auf dem Lande gering geschätzt und nicht einmal die Kampferfahrungen, die schon da sind, verallgemeinert und genutzt. Diese Paraxis trug objektiv dazu bei, daß die Bauern in Ermangelung einer revolutionären Führung zum Teil durch die Faschisten manipuliert worden sind.

Diese Aufgabe verlangt von den Kommunisten an erster Stelle Bescheidenheit in dem Sinne, daß man nur schwimmen lernt, wenn man ins Wasser geworfen wird. Zweitens tut not, daß zur Entfaltung der kommunistischen Arbeit auf dem Lande mit keiner organisatorischen Anstrengung gespart wird.

Die Partei hat gegen sich die Unerfahrenheit und das unglaubliche Mißtrauen, das die Faschisten und Revisionisten, jeder auf seine Weise, unter den Bauern, den Brüdern der Arbeiter, zu säen verstanden haben. Aber sie hat für sich die Tatsache, daß der revolutionäre Elan und die Forderungen der Bauern niemals durch die Faschisten oder die Bourgeoisie befriedigt werden können. Die Armen auf dem Lande befinden sich im Kampf, und dieser Kampf ist die Garantie der Festigkeit der Verbindung, die sie mit der Arbeiterklasse zu vereinen hat.

Die UDP, fortgeschrittener Bereich der Front, unterstützen

Während ihrer erst kurzen Existenz hat die UDP eine Rolle von sehr großem Wert in der revolutionären Volksbewegung gespielt. Sie hat eine beständige politische Aufklärungsarbeit im Volk betrieben. Sie hat in großem Maßstab das Programm der Volksdemokratie propagiert. Sie hat die reformistischen Illusionen bekämpft. Sie hat die betrügerische und verräterische Politik der bürgerlichen Parteien denunziert sowie alle falschen Freunde des Volkes. Sie hat große Massenaktionen zugunsten einer wirklichen Demokratie und Unabhängigkeit geführt. Sie hat entschieden und mutig alle Kämpfe unseres Volkes gegen Ausbeutung und Unterdrückung unterstützt. Einmalig in Europa seit des Verrats des modernen Revisionismus, hat die UDP es geschafft, daß ein revolutionärer Abgeordneter in die Verfassungsgebende Versammlung gewählt wurde, der mit Hartnäckigkeit die Interessen des Volkes verteidigt und die Feinde des Volkes angreift, indem er gerade diese Tribune ausnützt, um die Ausbeuter und Unterdrücker zu denunzieren, deren Vertreter sich dort tummeln.

Aber wenn auch diese Tatsachen wichtig sind, so dürfen wir keineswegs die negativen Aspekte außer acht lassen, die es der UDP unmöglich machten, sich in nachdrücklicher Weise als revolutionäre Kraft des Volkes zu behaupten. Dazu haben in vielerlei Hinsicht die Fehler in der Tätigkeit der Kommunisten innerhalb der UDP beigetragen.

Im Namen ihrer zentralen Aufgabe, des Partei-Wiederaufbaus, haben sich viele Kommunisten nur von daher für die Arbeit in der UDP interessiert, um dort zu rekrutieren, und sie kümmerten sich überhaupt nicht um die Verbindung der Zellen mit den Massen, was die notwendige Voraussetzung für die Verbreiterung und Verankerung der Front ist. Ebenfalls wurden die interne Demokratie und das politische Leben der Zellen

nicht genügend respektiert. Andererseits gebrauchten die Kommunisten vielfach die UDP, um kommunistische Agitation und Propaganda zu betreiben. Daher ist es richtig zu sagen, daß die Kommunisten eine sektiererische Politik betrieben haben, die die Tendenz der Zellen begünstigte, sich einzuzugeln und dem Kampf der Massen den Rücken zuzukehren. Mit einem Wort, die Kommunisten, statt die besten Verteidiger und Diener des Volkes zu sein, handelten eher wie der, der die UDP sich dienstbar machen will.

Das politische Sektierertum der Kommunisten in der UDP führte dazu, daß diese selber sektiererisch war. Daher leistete die UDP Widerstand gegen die Anwendung einer richtigen Taktik, leistete Widerstand gegen die Notwendigkeit, das Lager des Feindes zu spalten und feindliche Bereiche zu neutralisieren, leistete Widerstand gegen den Kampf für „allzu elementare“ Ziele der Massen und achtete die Notwendigkeit einer sofortigen Antwort auf momentane politische Fragen gering – all das in einer sektiererischen Haltung desjenigen, der meint, „die Revolution sei schon da“. So war es unmöglich, das Linksektierertum und die Volkstümelei (obrerismo), durch die öffentlichen Interventionen der UDP von Anfang an gekennzeichnet waren, abzuschütteln.

Unsere Partei muß diese Aspekte korrigieren und darum kämpfen, aus jedem Genossen den besten Diener der Massen und den sorgfältigsten Verteidiger der inneren Demokratie in der UDP zu machen. Unsere Partei verteidigt mit Nachdruck und wird ohne Einschränkungen die Stärkung und die Verbreiterung der Reihen der UDP, der wertvollen politischen Kraft, für deren Bildung und Tätigkeit die Rolle der Kommunisten entscheidend war, unterstützen. Die PCP (R) hält die UDP für eine politische Organisation des Volkes, die für die großen kommenden Kämpfe nicht mißbar ist.

Beim Aufbau einer breiten Front spielt die UDP eine hervorragende Rolle. Da sie schon über ein Programm verfügt, das die Richtung des gegenwärtigen Kampfes und das Ziel der Revolution angibt, kann sich die UDP in kürzester Zeit in eine sehr breite Organisation verwandeln, in der die besten Kämpfer des Volkes ihren Platz haben, und sie kann zu den verschiedensten Initiativen anderer politische Kräfte und antifaschistische und antiimperialistische Parteien aufrufen.

Die Front, Bund demokratischer Organe des Volkes

Die PCP (R) kämpft für die breiteste Einheit in der konkreten Aktion an der Basis mit allen Kräften, die Schichten des Volkes repräsentieren, mit dem Ziel, dem faschistischen Putsch den Weg zu verstellen und das ganze politische Sektierertum zu überwinden.

Die zentrale Anstrengung der Partei zur Vereinigung des Volkes ist ausgerichtet auf die Organe des Volkswillens, die Gewerkschaften und die UDP, derart, daß ihnen schnellstens die

größtmögliche Massenbasis verschafft wird und sie zu den unmittelbaren Kämpfen gegen die Teuerung und die Arbeitslosigkeit, für die demokratischen Freiheiten und gegen die Repression, für die Forderungen der armen Bauern und die Wahrung der Errungenschaften der ländlichen Lohnarbeiter des Alentejo zu mobilisieren.

In den Einheitsorganen des Volkes, die einen politischen Charakter annehmen können, wie das bei den Organen des Volkswillens der Fall ist, muß die PCP (R), um den Kampf gegen die politische und ökonomische Offensive der Rechten voranzubringen, besonders auf die Stärkung ihrer Verbindung mit den Massen, die sie vertreten, achten und gleichzeitig die Schaffung und die Entwicklung von Strukturen, die diese Organe untereinander verbinden vorantreiben.

An der ökonomischen Front finden sich außer den Gewerkschaften als besonders wichtige Organe: die Kooperativen, die Assoziationen der kleinen Händler und Handwerker; Organe, die sich an die Spitze von unmittelbaren Forderungen im Kampf für Frieden und Erde gesetzt haben.

In bezug auf die revolutionäre Organisation der Frauen, der Jugendlichen, der Studenten und Intellektuellen, sozialer Gruppen, die in Bewegung kommen für ihre ökonomische, soziale und kulturelle Emanzipation, bleibt praktisch noch alles zu tun. In bezug auf diese Kampffronten besteht der wesentliche Aspekt der Tätigkeit unserer Partei darin, die Strömung der Sympathie für die Ideale der Volksdemokratie, die dort besteht, zu öffnen und zusammenzuführen.

Die antifaschistischen Organisationen und Vereinigungen haben hartnäckig den Kampf für die Volksjustiz und gegen den Faschismus und die Henker des Volkes, die während eines halben Jahrhunderts die elementarsten Rechte und Freiheiten mit Füßen traten, hochgehalten.

Vereinigungen der internationalen und antiimperialistischen Freundschaft und Solidarität erziehen das portugiesische Volk in der kämpferischen Brüderlichkeit mit den Ausgebeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt, insbesondere durch die Propaganda der Siege und Errungenschaften der Völker, die den Sozialismus aufbauen.

Die kulturellen Vereinigungen, Kollektive und Gruppen stehen in der ersten Reihe der demokratischen und revolutionären Kultur des Volkes, sie kämpfen gegen die ideologischen Außenwirkungen imperialistischen Inhalts, die die Ausbeutung verteidigen, und führen den Kampf weiter gegen die kulturelle Brutalisierung unseres Volkes durch die bürgerlichen Erziehungsstrukturen, die Strukturen der Information und der Kultur der Bourgeoisie.

Die PCP (R) muß sich dafür einsetzen, den Aktionsradius dieser Art von Strukturen des Volkes auszuweiten, damit sie schnell die hervorragende Rolle spielen können, die ihnen zukommt. Nur in organisierter und strukturierter Weise können die breitesten Schichten des Volkes eine handelnde Kraft, die große antifaschistische und patriotische Front werden.

V. Vereint mit den Massen werden wir siegen

Die Kommunisten, bewußte Diener des Volkes

Die Verbindung der Kommunisten mit der Arbeiter- und Volksbewegung, vor allem nach dem 25. April, war der entscheidende Hebel, der die Qualität der marxistisch-leninistischen Bewegung veränderte und sie in eine unaufhaltsame Strömung verwandelte, die die Kommunisten bis hin zum Kongreß des Wiederaufbaus der kommunistischen Partei trug. Die kurze, aber intensive Erfahrung des großen Teils unserer Genossen im Feuer des Massenkampfes hat uns zum Sieg über die Gruppen (Zirkel) verholfen.

Die Anwendung der Massenlinie mißt sich an der Erweiterung der Front. Wenn es uns nicht gelingt, die Front zu erweitern, indem wir alle die wertvollen Lehren aus unserer Erfahrung in der UDP und an allen anderen Kampffronten ziehen, dann werden wir nicht das Recht haben, von den Volksmassen zu reden. In diesem Bereich, wie überall, ist das Kriterium der Praxis das entscheidende.

Die Kommunisten befinden sich nicht innerhalb des Kampfes der Massen, um diesen zu „kontrollieren“, und auch nicht nur deshalb, um „die Sympathie der Massen zu erobern“. Die Kommunisten befinden sich im Kampf der Massen, um diesen mit Bescheidenheit und Standfestigkeit zu dienen, um mit ihnen zu lernen und sie für die Revolution zu erziehen. Die Massen führen heißt nicht sie „kontrollieren“; es bedeutet, die Auffassungen und die Kampfziele zu klären, deutlich den Feind aufzuzeigen, den Kampf organisieren und an ihm teilnehmen, die besten Kämpfer und die Beispielfähsten sein.

Die Kommunisten kämpfen nicht für das Volk aus eigenem oder persönlichem Interesse, sondern vielmehr, weil sie die Partei der Arbeiterklasse sind. Die historische Mission der Arbeiterklasse besteht in ihrer eigenen vollständigen Befreiung, indem sie den Befreiungskampf des ganzen Volkes anführt.

Die Kommunisten kämpfen für das Volk, weil „das Volk und nur das Volk die Triebkraft ist, die die Weltgeschichte macht“, wie der Genosse Mao Tsetung festgestellt hat. Alle Kommuni-

sten müssen Stück um Stück alle bürgerlichen Mauern abtragen, die sie von den Massen trennen, vom Vertrauen der Massen und von der grenzenlosen Liebe zu unserem Volk.

Die Partei behauptet sich im Kampf gegen das Sektierertum und die Arbeitertümelei (obrerismo)

Sektierertum ist all jenes, was uns von den Massen trennt und uns daran hindert, ihnen zu dienen und sie zu führen. Sektierisch sein heißt, die Massen, die das ganze Volk sind, geringzuschätzen, mit denen die Kommunisten aber einig zu sein verstehen müssen, um sie dahin zu bringen, die Revolution durchzuführen und die Gesellschaft umzuwälzen.

Es gibt zwei hauptsächliche Arten, sektiererisch zu sein gegenüber den Massen: Die eine ist die rechte und dogmatische Art; die andere ist die „linke“ und spontaneistische Art.

Zu den ersteren gehören die Genossen, die die Tendenz zeigen, sich in Gruppen einzuzugeln, sich in den Zellen abzusondern, in den Zellen der UDP oder in einem begrenzten Freundeskreis. Diese Genossen sind zufrieden mit Diskussionen und Diskussionen, während das Volk neben ihnen her marschiert und in den Fabriken und Betrieben, in den Stadtteilen und Dörfern usw. für das Leben kämpft. Das ist das Rechtsektierertum und der Dogmatismus, deren vollendete Produkte die Gruppen der provokatorischen Papageien sind, die die Auslieferung des Volkes an die Reaktion und den Faschismus predigen.

Zu der zweiten Art gehört die Tendenz, nicht die Gefühle und Wünsche der Massen zu achten, in die Massen zu gehen und dort Propaganda und Agitation für Sozialismus und Kommunismus zu betreiben, ohne sich darum zu scheren, ob diese Massen einen verstehen und ob sie schon den Sozialismus und Kommunismus wollen. Derjenige, der so vorgeht, ist unfähig, dem Volk zu dienen, es zu vereinigen, es zu erziehen für den Kampf und es zu organisieren. Dieses Sektierertum ist spontaneistisch und hat „linke“ Farben, und seine vollendeten Produkte sind die Gruppen und Parteien mit ihren sehr „revolutionären“ Farben, die nichts anderes tun als die Volksbewegung den Revisionisten und den Reaktionären und Faschisten auf einem Tablett zu überreichen.

Sowohl die eine wie die andere dieser Tendenzen sind Ausdruck des Gruppen- (oder Sektens-) Geistes im Kampf um die Massen, und sie lassen fahren die Aufgabe der Partei und ihre zentrale Aufgabe, die breite Front. Die eine wie die andere führen zur Auslieferung der Volksbewegung an die Bourgeoisie.

In unserer Erfahrung des Kampfes um die Partei und um die Massen waren wir auch durch die Arbeitertümelei (obrerismo) angekränkt. Der obrerismo umschmeichelt die rückständigen Gefühle der Arbeiter. Während er ihnen auf die Schulter klopft, hindert er sie daran, sich als führende Klasse im Lager des Volkes und in der breiten Front hervorzuheben, vor allem weil er ihre hauptsächlichen Verbündeten, die Bauern, isoliert. Derart kann der obrerismo die Arbeiterbewegung zu einer leichten Beute des radikalen Kleinbürgertums werden lassen, deren Wesenszug darin besteht, die Arbeiterbewegung in die Isolierung zu Abenteuern und großen Niederlagen hinzureißen.

Der Obrerismo ist daher vom Klassenstandpunkt gesehen ein Ausdruck der Ideologie des radikalen Kleinbürgertums.

Die Tätigkeit der jetzt aufgehobenen Gruppen führte zu einem starken Einfluß dieser Tendenz unter den Kommunisten, die jetzt die Partei wiederaufgebaut haben. Dieser Einfluß ist nicht zu trennen von dem Erbe, das die portugiesische Arbeiterbewegung seit langem mit sich herumschleppt, d.h. seit den anarcho-syndikalistischen Wurzeln in unserer alten PCP. In ihrer Taktik, in ihrem Kampf in den Betrieben und in der Gewerkschaft, in der UDP und vor allem während der Wahlkampagne für die Konstituante und weiterhin in der noch sehr begrenzten Arbeit auf dem Lande haben die marxistisch-leninistischen Gruppen die Tiefe dieses Übels gezeigt, das sie zu Fehlern geführt hat, die wir nur berichtigen können, wenn wir beharrlich arbeiten und beharrlichen Geist der Selbstkritik zeigen.

Unsere Partei muß bei ihrer Errichtung gegen diese Tendenzen kämpfen, die uns vom Volk und der Revolution entfernen: gegen Sektierertum und Arbeitertümelei (obrerismo).

Wie die Revisionisten schlagen?

Unsere Verbindung mit dem Volk und unsere Bestätigung, es führen zu können, erreichen wir nur durch einen harten Kampf gegen den Einfluß der revisionistischen Partei in den Volksmassen.

Welches ist die Methode, die Revisionisten aus den Massen zu vertreiben? Diese Methode gründet sich auf folgende Grundlagen:

a) Die Wünsche der Massen: Es ist im Feuer des Kampfes gegen den Hauptfeind, in dem die Kommunisten den Massen zeigen, wie die Revisionisten Konterrevolutionäre sind und die Bewegung der Massen sabotieren.

b) Die Erfahrung der Massen: In der täglichen Praxis des revisionistischen Verrates selber entdecken die Massen die Natur der eingeschleusten Feinde.

c) Die ehrliche und standfeste Praxis der Kommunisten: Die Massen kennen den Revisionismus nicht in seinem tiefsten Wesen; die Massen kennen die opportunistische Praxis der Revisionisten, aber kennen nicht den verfeinerten und organisierten Charakter dieses Opportunismus; nur eine beispielhafte Haltung der Kommunisten in den Massen selber, gekennzeichnet durch die Ehrlichkeit, die Rechtschaffenheit, die Demokratie und die Standfestigkeit vor den von den Massen erkannten Feinden kann die Massen dahin bringen, die Revisionisten durch das erworbene Bewußtsein, daß ihr Opportunismus von anderer Qualität ist, zu vertreiben.

d) Das Vertrauen in die Massen: Mit Hilfe des Beispiels und der erzieherischen Rolle der Kommunisten häufen die Massen alle Tage Erfahrungen auf und werden in die Lage versetzt, im Kampf voranzuschreiten; die Kommunisten müssen ohne Einschränkungen in die Fähigkeit der Massen vertrauen, die Revisionisten zu vertreiben, sobald wir ihnen geholfen haben, sie zu identifizieren.

Wenn wir korrekt handeln und feste Kämpfer für die Interessen des Volkes sind, werden wir die Massen dahin bringen, die Revisionisten von ihren Sitzstangen, auf die sie sich mit ihrem milden Geschwätz und ihrer scheinbaren Demokratie gesetzt haben, zu vertreiben. Wenn wir nicht korrekt vorgehen, so können wir sie vielleicht aus dieser oder jener Stelle vertreiben, aber endgültig wird das nicht sein, denn die Massen werden kein Bewußtsein darüber haben, und die Revisionisten sind am folgenden Tage schon wieder auf ihren Stellen. Wir müssen den antirevisionistischen Triumphalismus innerhalb der Partei bekämpfen.

Die „demokratische“ Maske der Revisionisten kann nur abgerissen werden mit unserer beispielhaften Praxis der Demokratie. Auf die revisionistischen Putsche mit Gegenputschen unsererseits antworten, bedeutet, die Revisionisten zu stärken und uns von den Massen zu isolieren. Unsere Tätigkeit in den Massen muß einsichtig und klar für alle sein.

Es gibt kein revisionistisches Lager und ein antirevisionistisches Lager. Was existiert, ist ein konterrevolutionäres Lager und ein Lager des Volkes. Die Revisionisten sind verkappte Agenten des konterrevolutionären Lagers im Lager des Volkes. Indem wir gegen das Haupt des konterrevolutionären Lagers, den Faschismus und den Imperialismus, feuern, zwingen wir die Revisionisten, Schritt für Schritt alle ihre Masken abzulegen.

Von daher können wir sagen, daß das „anti-sozialfaschistische“ Geschrei gewisser Gruppen sich auf ein steriles Herumfucheln von außerhalb der Bewegung des Volkes zurückzieht. Diese Praktiken begünstigen die Konterrevolution und ihre Agenten, begünstigen den Faschismus und den Revisionismus und sind Hindernisse für die Revolution.

Erheben wir das Banner des Kampfes des Volkes

Unmittelbar wird die antifaschistische und patriotische Front errichtet, indem alle Kräfte, die heute zum Kampf gegen den Vormarsch des Faschismus und zur Verhinderung seines blutigen Putsches in der Lage sind, zu einer gemeinsamen Front zusammengefaßt werden.

An den verschiedenen Kampffronten müssen diese Kräfte mit

Unterstützung und unter der Führung der Kommunistischen Partei immer verfeinertere und breitere Organisationsformen finden und durch die Erfahrung die Gemeinsamkeit ihrer Interessen und die gemeinsamen Feinde auf dem Weg der Revolution finden. So werden sie geführt von der Arbeiterklasse den Weg bis zur Machtergreifung durchlaufen.

Sich vollkommen in diese weite und vielgestaltige Bewegung einschließen und sich entschieden an die Spitze der Kämpfe, die sie vorwärtsbringen, stellen, das ist die Voraussetzung dafür, daß die PCP (R) die Hegemonie der Arbeiterklasse in der Revolution, die unbedingte Voraussetzung für ihren Sieg, garantieren kann. Im Kampf ist es, wo unsere Partei ihre politische Linie bereichert und ihre eigenen Reihen vergrößert und stählt.

Gegenwärtig verschlechtert sich die Lage der Massen von Tag zu Tag. Es bestehen die Bedingungen, eine große Protestbewegung gegen die Teuerung, die Arbeitslosigkeit, das Elend auf dem Lande, die Maßnahmen gegen die Agrarreform im Alentejo, die Repression gegen das Volk und das Wohlwollen gegenüber den Faschisten zustandezubringen. Aufgabe der Partei ist es, die Führung dieser Bewegung zu übernehmen. Sie muß das Banner der Forderungen der Massen ergreifen, die Massen in den Kampf rufen, ihnen klare Ziele aufzeigen und ihnen die politischen Perspektiven aufzeigen, die den ganzen Strom der Unzufriedenheit des Volkes in einer breiten Bewegung zusammenfassen, die in der Lage ist, jedem faschistischen Putsch zu begegnen.

Der Kampf für die Freiheit – unnachgiebige Verteidigung der demokratischen Freiheiten der Assoziation, der Versammlung, der Demonstration, der Presse, des Streiks, gegen alle reaktionären Attentate der Regierung. Gegen die Verhaftungen und Hausdurchsuchungen, Schaffung von Kampfkomitees zur sofortigen Befreiung der gefangenen Antifaschisten. Einen Damm errichten gegen die Befreiung der PIDE-Angehörigen und Faschisten, ihre Verurteilung fordern, der ELP entgegenzutreten, die Massen mobilisieren, um bei der Säuberung der Faschisten fortzuführen. Die Faschisten raus aus dem Heer, aus dem Staatsapparat, aus den Betrieben und den Stadtteilen! Unterstützung für den Kampf der Soldaten gegen den faschistischen Militarismus, in Verteidigung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Kampf für die Auslöschung der PSP und der GNR, die nach wie vor faschistisch sind. Tägliche Verteidigung der gewerkschaftlichen Freiheit und der demokratischen Funktion der Gewerkschaften, Verteidigung der Legalität der Arbeiterkommissionen, der Einwohner- und Dorfkommmissionen; gegen die Zensur und die Kontrolle der Presse durch das Großkapital; Verteidigung der demokratischen Kultur des Volkes.

Der Kampf für Brot – das Volk hat nicht die kapitalistisch-imperialistische Reorganisation zu zahlen. Wenn die Ökonomie in Krise ist, dann ist die Schuld nicht die der Arbeiter, die niemals aufgehört haben zu arbeiten, sondern es ist die Schuld der bürgerlichen Parasiten. Die VI. Regierung hat nicht das Recht,

den Arbeitern einen Sparsamkeitsplan aufzuzwingen, während sie gleichzeitig die großen Entschädigungszahlungen für die enteigneten Kapitalisten und Großgrundbesitzer vorbereitet. Frontaler und massiver Kampf gegen die galoppierende Teuerung, organisierter Widerstand gegen die Spekulation. Kampf gegen die Einfrierung der Lohnverhandlungen, für sofortige Lohn, Tagelohn- und Gehaltsanhebungen, die den steigenden Lebenshaltungskosten entgegenzutreten. Wann immer notwendig, muß das Streikrecht ohne zu zögern angewendet werden. Gemeinsamer Kampf gegen die Entlassungen, Organisation und Kampf der Arbeitslosen. Kampf gegen die elende Spekulation mit den Mieten, für das Recht auf eine würdige Wohnung für die Arbeiter.

Der Kampf für die Erde – Verteidigung der Rechte und Forderungen des Bauernvolkes, gegen das Elend auf dem Lande, gegen die Steigerung der Pachtabgaben, gegen die Steuern, die Strafzahlungen und die Wucherzinsen. Für die Verbilligung der Dünger, landwirtschaftlichen Geräte und Insektizide, für die Anhebung der Preise für landwirtschaftliche Produkte, für Kredite und Unterstützung des Staates an kleine und mittlere Landwirtschaftsbetriebe. Kampf in Verteidigung der landwirtschaftlichen Kooperativen und für die Vollendung der entschädigungslosen Enteignungen der Großlandereien. Kampf für Verbesserungen in den ländlichen Gemeinden: Wohnungen, Licht, Straßen, Transportmittel, Schulen.

Der Kampf für die nationale Unabhängigkeit und für den Frieden – Portugal ist weiterhin wie zu Zeiten Salazars dem Imperialismus unterworfen; die sechs provisorischen Regierungen haben keinen Finger krumm gemacht gegen die Interessen der Supermächte und der internationalen Haie. Kampf der Volksmassen für den Austritt aus der NATO, für die Erhaltung der Azoren für Portugal, für die Vertreibung der Militärstützpunkte, Militärberater und Spione der CIA. Für den Bruch des kriminellen Iberischen Paktes mit dem faschistischen Regime in Spanien, für die aktive Solidarität mit dem Kampf der Völker Spaniens. Für einen gerechten Außenhandel, gegen die ruinösen Handelsverträge mit den amerikanischen, russischen und deutschen Imperialisten, gegen alle ungleichen Verträge und die Anleihen mit politischen Verpflichtungen, von welchem Block sie auch immer kommen, für die Verbindung mit den Ländern der Dritten Welt.

Das sind die unmittelbaren Kampfziele, die die PCP (R) verteidigt, um die Einheit des Volkes und aller demokratischen und patriotischen Kräfte zu verbreitern. Unsere Partei vertraut bedingungslos auf die Kampffähigkeit der Massen und stellt sich bedingungslos in ihren Dienst. Das portugiesische Volk wird nicht dulden, daß die schwarze Nacht des Faschismus, der es während eines halben Jahrhunderts unterdrückte, wiederkehrt. Das portugiesische Volk, organisiert und einig, wird eine leuchtende und glückliche Zukunft erobern, in der das Elend, die Unterdrückung und die Angst ausgelöscht sein werden, es wird unaufhaltsam zum Sozialismus voranschreiten.

VI. Die Kommunistische Partei, revolutionäre Avantgarde des Volkes

Die PCP (R), Führerin der Arbeiter und des Volkes

Die jetzt wiederaufgebaute Kommunistische Partei Portugals entstand am 6. März 1921 in offenem Kampf gegen das anarcho-syndikalistische Gift, das die Arbeiterbewegung beherrschte. Unsere Partei war unbestritten die organisierte Avantgarde der Arbeiterklasse während einigen Jahrzehnten, die Führerin ihrer Kämpfe gegen den Faschismus und den Kolonialismus, gegen die kapitalistische Ausbeutung und den Imperialismus, für die Volksdemokratie und den Sozialismus. Die Geschichte der PCP, ihre Kämpfe und ihre Helden, gehören voll und ganz den marxistisch-leninistischen Kommunisten und nicht der revisionistischen Kamarilla von Cunhal, der sie vorne und hinten verriet.

Seit der Reorganisation 1929, die durch Bento Gonçalves geleitet wurde, und während der Jahrzehnte bis 1956 war die PCP die einzige Organisation, die mutig der Diktatur von Salazar entgegentrat und hoch das Banner der Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit erhob. Die Tausende von Kommunisten, die Jahr um Jahr der Illegalität, den Gefangnissen, den Foltern,

dem Tarrafal (ein berüchtigtes Gefängnis, Anm. d. Übersetzers) trotzten, die in einem von der Angst beherrschten Lande die Fahne des Widerstands aufrecht hielten, Alex, Militao, Bento Gonçalves, José Moreira, Catarina Eufémia, Germano Vidigal und so viele andere Ermordete, sie belebten die Partei und bleiben im Gedächtnis unseres Volkes als wahre Helden.

Geführt von der Kommunistischen Partei kam es zu den großen Streiks und Arbeiterkämpfen von 1931 bis 1934 und von 1943 bis 1947, die Freiheitsfeldzüge mit den großartigen Demonstrationen und der Schaffung eines Netzes von demokratischen Organisationen, die Kampagne in Unterstützung der Völker Spaniens während des antifaschistischen Krieges, die Kampagne gegen die NATO 1949 bis 1955.

Solange sie bestand, hat die Partei immer in der Arbeiterklasse und in den Massen das große revolutionäre Beispiel der Sowjetunion Lenins und Stalins und die sozialistischen Errungenschaften der Diktatur des Proletariats verbreitet. Während des Weltkrieges hat sie in unserem Volk das Vertrauen in den schließlichen Sieg der UdSSR über den Nazismus lebendig gehalten; nach dem Kriege hat sie die großen Siege des sozialistischen Lagers wie auch die Kämpfe der unterdrückten Völker für

ihre Unabhängigkeit bekannt gemacht.

Warum also ist trotz dieser ganzen positiven Seiten die Partei in die revisionistische Entartung von 1956 bis 1963 hineingeraten?

Seit ihrer Gründung wurde der Kampf zwischen dem Marxismus-Leninismus und dem Opportunismus unter schlechten Bedingungen geführt. Der Einfluß des Anarchismus und des kleinbürgerlichen Opportunismus waren innerhalb der Partei stark zu spüren und lehnten sich gegen die Assimilierung und Anwendung des Marxismus-Leninismus auf. Schwerwiegende Einschränkungen der internen Demokratie, erschwert durch die Bedingungen der Klandestinität, und die Isolierung der Partei von der Hilfe der internationalen Kommunistischen Bewegung schufen ein Klima des engen Praktizismus in den Reihen der Partei.

Der Praktizismus, die tägliche Routine ohne irgendeinen Plan für die Revolution verwischten die Trennungslinie zwischen der richtigen Linie und dem Fehler, schufen innerhalb der Partei und ihrer Führung ein gefährliches Klima der Versöhnung mit dem Opportunismus, das es nicht erlaubte, daß ideologische Schlachten bis zu Ende ausgetragen wurden. Das war der ideale Boden für den Vormarsch der bürgerlichen Linie in der Führung der Partei.

Das erklärt, daß der ganze zentrale Körper führender Kader der Partei en bloc ins revisionistische Lager übergang und daß die Partei in ihrer Gesamtheit dem Verrat von 1956 keinen Widerstand entgegensetzte.

Der revisionistische Verrat

Seit 1956 vollzog sich in der UdSSR und in der Internationalen Kommunistischen Bewegung der große Verrat durch den modernen Revisionismus, dank der Einschleusung des Klassenfeindes in die kommunistischen Reihen.

Der Periode vom 20. bis zum 22. Kongreß der KPdSU entsprach in unserem Lande die Periode der Zerstörung der Kommunistischen Partei von Bento Gonçalves, Alex, Militao, e Gregório durch die Kamarilla von Cunhal, Pires, Jorge, Pato, Fogaça. Im März 1956, noch in Moskau, unterschreibt die Delegation des 2K der PCP auf Geheiß von Chruschtschow eine schamlose Erklärung gemeinsam mit der Carrillo-Führung der Kommunistischen Partei Spaniens, in der sie bedingungslos den 20. Kongreß unterstützt und sich bereit erklärt, von dem antifaschistischen bewaffneten Aufstand des Volkes abzulassen, um eine „friedliche Lösung“ in Portugal zuzulassen. Das Zentralkomitee der Partei unterwirft sich kampfflos diesem wahren Staatsstreich und nimmt die revisionistische Linie an. Seit 1956 gehen die revisionistischen Führer dazu über, hinterlistig gegen die revolutionäre Bewegung des Volkes und gegen die Partei zu kämpfen.

Die portugiesische revisionistische Kamarilla warf während ihrer 5., 6. und 7. Kongresse die Kleidungsstücke des Marxismus-Leninismus ab, bis sie dahin gelangt war, auch das Prinzip der Diktatur des Proletariats abzulegen. Sie hat in konzentriertem Haß gegen die marxistisch-leninistische Bewegung und gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse angekämpft. In ihrem üblen Wunsch, alles beherrschen zu wollen, hat sie die antifaschistische und patriotische Bewegung des portugiesischen Volkes auseinandergerissen, im Versuch, sie in den Dienst ihrer Manöver und Putsche zu stellen.

Die Gruppe um Cunhal beweist sich ebenfalls als willfähiges Instrument der Politik der revisionistischen Clique der UdSSR bei ihren späteren Initiativen gegenüber der Kommunistischen Bewegung, der Kommunistischen Partei Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens; sie wird zum Agenten des sowjetischen Sozialimperialismus im Innern Portugals und bei ihrer späterlichen und auseinanderreisenden Tätigkeit gegenüber der nationalen Befreiungsbewegung der portugiesischen Kolonien.

Der Kampf gegen den Revisionismus ist nicht nur ein ideologischer Kampf, er ist vor allem ein lebenswichtiger politischer Kampf für das portugiesische Proletariat und Volk. Die Erfahrung lehrt, daß der Kampf gegen den Revisionismus nicht nur ein Kampf „nach außerhalb“ der Partei gerichtet ist, sondern auch ein Kampf „nach innerhalb“ der Partei gerichtet. Nur die innere Wachsamkeit gegen den Opportunismus und seine ersten sektiererischen, volkstümelnden und dem Gruppeneinstimmenden Äußerungen kann die Partei für einen konsequenten Kampf gegen den Revisionismus wappnen.

Der Wiederaufbau der Partei

Ein zentraler, hervorzuhebender Gesichtspunkt ist die äußerste ideologische und politische Unreife der marxistisch-leninistischen Strömung Portugals bis auf den heutigen Tag. 12 Jahre des Kampfes der marxistisch-leninistischen Bewegung waren notwendig, um den Wiederaufbau der Partei zu ermöglichen; das ist eine anormal lange Zeit. Diese Trägheit hängt mit dem Fehlen eines inneren Kampfes in der Partei zusammen und mit der winzigen Anzahl von Genossen, die die Reihen der Partei verließ, um für den Wiederaufbau zu kämpfen, was zu einem brutalen Bruch mit der bis damals in der PCP aufgehäuften kommunistischen Erfahrung führte. Die Bewegung hat fast vom Nullpunkt aus begonnen und ist in jede Art von Fehlern und Abweichungen hineingerutscht.

In der 1. Periode (1964 bis 1966) gruppiert sich eine winzige Gruppe von Genossen im „Portugiesischen Marxistisch-Leninistischen Komitee“ (CMLP), der ersten marxistisch-leninistischen Organisation, die gegen den revisionistischen Verrat aufsteht. Das CMLP verband sich sofort mit der weltweiten marxistisch-leninistischen Strömung, die um die richtige Linie der Kommunistischen Partei Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens gruppiert war, und erhob die von Cunhal verratene Fahne der Revolution und des Proletarischen Internationalismus. Das CMLP leistete eine ernste Kritik an dem Opportunismus der cunhalistischen Führung, insbesondere an dem Fallenlassen des Arbeiter-Bauern-Bündnisses, des Bündnisses mit den Kolonialvölkern, der bewaffneten antifaschistischen Insurrektion des Volkes und des Ziels der demokratischen Revolution des Volkes. Es errichtete damit die Pfeiler für das politische und ideologische Wiedererstehen des Marxismus-Leninismus in Portugal. Das macht seine Bedeutung aus.

Aber das CMLP begriff nicht in ihrer ganzen Tragweite die Bedeutung des revisionistischen Verrats – die Zerstörung der Partei – und daher vermochte es nicht, das Wesentliche anzupacken, das in dem Wiederaufbau der Partei bestand; das führte das CMLP dazu, auf ganzer Linie zu scheitern. Weil es nicht die Frage der Partei ins Zentrum seiner Tätigkeit stellte, blieb das CMLP auf der Hälfte des Bruchs mit dem Revisionismus stehen.

Das CMLP beschränkte sich nicht auf die Ideologie und versuchte sich unmittelbar in den politischen Kampf zu werfen, aber es ließ sich von der abenteuerlichen, kleinbürgerlichen, damals sehr aktiven Welle mitreißen. Statt sich an die Spitze des antifaschistischen Kampfes der Massen zu stellen, zog es das Abenteuer der aktiven Minderheiten vor. Der Arbeit des Wiederaufbaus der Partei und der Massenlinie stellte es die Guerilla-Positionen der FAP gegenüber. Es versuchte nicht, Wurzeln im Proletariat und in den Massen zu schlagen; es versuchte nicht den Kampf in die Reihen der verratenen Partei zu tragen, um aus ihr die Kommunisten herauszureißen, die den revolutionären proletarischen Kern garantiert hätten, dessen die Partei zu ihrem Wiederaufbau bedurfte. Stattdessen warf es sich mit der Haltung einer Gruppe revolutionärer Kleinbürger auf das liquidatorische Abenteuer und ließ sich von der Polizei auseinander schlagen. Das Fehlen von Standfestigkeit der Mehrheit der Mitglieder des CMLP vor der Polizei, vor allem seines Hauptführers, bewies seinen Mangel an wirklich kommunistischem Geist und machte die Krise, die der Zerschlagung folgte, noch schwerwiegender. Die Fehler, die zur Zerschlagung des CMLP führten, sind verantwortlich für die zehn Jahre zerstreuter Gruppen, die folgen sollten.

Die 2. Periode (1966 bis 1969) ist eine Periode des Stillstands und der Hinfälligkeit der reduzierten marxistisch-leninistischen Kräfte, die der Repression entflohen konnten. Die Bewegung zog sich praktisch auf den Bereich der Emigranten zurück und zersplitterte sich in Fraktionen und Gruppen, von denen eine beherrscht wird durch den Guerilla-Spontaneismus („die Partei entsteht aus den Massen“, den bewaffneten Kampf führen, Föderalismus), die anderen durch den Dogmatismus (Fabrikation der Kader und der Partei außerhalb des Kampfes).

Auch wenn in dieser zweiten Strömung richtige Kritiken am Guerillatam der FAP, am Spontaneismus und am Trotzismus geleistet wurden, so reißt sie die Geringschätzung für die Massen auch in die Degenerierung hinein.

Die 3. Periode (1970 bis 1974) – in den von 1969 abgeschaffenen Agitationsbedingungen wirft sich die marxistisch-leninistische Bewegung in den politischen Kampf und gewinnt hier neue Stärke in den Kämpfen gegen den Kolonialkrieg, für Frei-

heiten und, in einigen Fällen, in der Unterstützung für Kämpfe für Forderungen der Arbeiterklasse, wo sich die ersten neuen kommunistischen Arbeitergenossen herauszubilden beginnen.

Aber das erdrückende Gewicht der Studenten in der Bewegung und die allgemeine ideologische Schwäche ermöglichen eine ganze Serie falscher Tendenzen: Spontaneismus, Abenteuerismus, Dogmatismus, Isolierung von den Massen. Es schließen die Gruppen aus dem Boden, die Chefs und die Sekten, wo sich die MRPP hervortut, in die wilde Sektierertum schnell zu degenerieren anfängt; zur selben Zeit versucht in Paris die Gruppe Vilar, vollständig korruptiert, Front gegen die Propagierung des Marxismus-Leninismus zu machen, indem sie sich zur „Kommunistischen Partei Portugals“ autoproklamiert und die reale Bewegung, die im Land existiert, als „Anti-Partei“ (parteifeindlich) angreift.

Der beherrschende Charakter dieser Periode ist die Ausbreitung des Sektierertums und der trotzkistischen Tendenzen, die sehr schwerwiegende Nachteile für die Bewegung des Wiederaufbaus der Partei mit sich bringen. Aber hinter diesen negativen Tendenzen stehen Kräfte auf, die die nachfolgende Periode anführen.

Die 4. Periode (1974 bis 1975) - nach dem Sturz des Faschismus und angesichts der großen Bewegung der Volksmassen, die sabotiert und verraten wird von der Kamarilla Cunhals, sieht sich die marxistisch-leninistische Bewegung vor die gewichtige Notwendigkeit gestellt, der Gruppe von Cunhal eine wahrhaftige kommunistische Partei entgegenzustellen. Die Forderung der Vereinigung und der Partei gewinnt Kraft an der Basis der Gruppen, das Milieu der Sekten und der Chefs beginnt in die Krise zu geraten.

Um die Lösungen „Einheit-Kritik-Einheit“, „um die Partei kämpfen, um die Massen kämpfen“, „nieder mit dem Trotzkismus“, „Krieg der Massen gegen den Revisionismus“ bildet sich in der Bewegung ein zusammenschließender Pol heraus und eine wachsende Tendenz zur Vereinigung der Gruppen, ungeachtet des frenetischen Geschreis der Trotzkisten gegen den „Einheitsmischmasch“ (unitarismo).

Die Verankerung der Kommunisten in der Arbeiterklasse nimmt schnell zu und trotz ihrer Zeichnung durch „Links“-Sektierertum, Arbeitertümelei und Sektierertum zeigt sie erhebliche politische Lebenskraft und beginnt die Klasse dem revisionistischen Einfluß strengt zu machen. Die Marxist-Leninisten stellen sich immer weit angelegtere politische und organisatorische Aufgaben, die die Bildung der Partei verlangen. Im Kampf der Massen und dem Kampf gegen Trotzkismus und Revisionismus klären sich die Wolken der Konfusion, schließen sich die gesunden Kräfte der Bewegung zusammen und werden die durch den Opportunismus korruptierten Kräfte an den Rand gedrückt: die Gruppe Vilar und die Gruppe Arnaldo Matos, die sich als provokatorische, der Partei feindliche Cliquen erweisen.

Nach den politischen Erfolgen der Marxist-Leninisten in den Wahlen vom April, die nur deshalb nicht größer waren, weil sie in drei Wahlzonen zersplittert eingriffen, tritt die Bewegung in die Endphase der Vereinigung ein. Diese Vereinigung erlebt einen großen Impuls durch die Bildung der ORPC (m-l) aus dem Zusammenschluß dreier Gruppierungen und durch die Selbstkritik des CMLP, das den Namen der Partei ablegt. Am 1. Mai 1975 vereinigen sich die drei Gruppen zum ersten Mal in der Aktion und versammeln Tausende von Genossen in Lissabon und Porto für die Volksdemokratie. Die marxistisch-leninistische Bewegung erweist sich als eine reale Kraft auf der nationalen politischen Bühne.

Die 5. Periode ist die Periode der Vorbereitung des Kongresses des Wiederaufbaus der Partei, die von dem Appell der ORPC (m-l) vom 31. Juli und der gemeinsamen Erklärung des CMLP, der OCMLP und der ORPC (m-l) vom 12. August bis zum 27. Dezember 1975, dem Datum des Wiederaufbaus der kommunistischen Partei Portugals, währt.

Auch wenn es heute noch zu früh ist, um die Bilanz dieser letzten Periode des Kampfes um die Partei zu ziehen, so ist doch bereits sicher, daß sie eine breite Einheitsbewegung entfachte, die die große Mehrheit der Marxist-Leninisten dahin brachte, gegen die Gruppen und die Sekten zu kämpfen und sich zur Partei zusammenzuschließen. Der Kongreß des Wiederaufbaus ist ein großes Ereignis im langen Kampf der portugiesischen Kommunisten für die Revolution, er öffnet eine neue Etappe im politischen Kampf der Massen gegen das kapitalistische Regime, den Imperialismus und den Revisionismus.

Aber der Kampf für den Kongreß hatte auch große Fehler, de-

ren Analyse Aufgabe der Partei ist: Es gelang ihm nicht, von Anfang an die Masse der Marxist-Leninisten zu mobilisieren, ihren Willen zur Vereinigung in Gang zu setzen, und daher gelang es nicht radikal, gewisse Chefs der OCMLP zu isolieren, die so zeitweise einen Teil der Genossen dieser Organisation von der Partei entfernt halten konnten. Wenn die Partei alle Lehren dieser reichen Kampfperiode zieht, dann wird sie sich waffnen, um ein für allemal die Ära der Gruppen, die den Kommunisten und dem Kampf des Volkes so viele Nachteile brachte, zu beenden.

Der Aufbau der Partei

Die Kommunistische Partei Portugals (Reconstruido) erbt die revolutionäre Vergangenheit der PCP, ihre Verdienste und ihre Fehler. Sie erbt ebenfalls das Gewicht von 12 Jahren Gruppenwesen, das in verschiedener Weise in unseren Reihen seinen Ausdruck findet.

Um unsere sich heute stellende Aufgabe des Aufbaus der Partei zu meistern, müssen die Lehren aus dem Vergangenen gezogen werden.

Die erste ist die, daß der politische Kampf und die engste Verbindung mit den Massen das Leben der Partei ausmachen soll und daß man sich in diesem Jahr nicht in „reiner Ideologie“, in der linkssektiererischen Deklamation oder im Abenteuerismus einschließen lassen darf. Die PCP (R) muß eine von oben bis unten mit proletarischem Geist bewaffnete Partei sein, sie muß einen einigen Block bilden, fähig, den Marxismus-Leninismus auf die konkreten Bedingungen unseres Landes anzuwenden und die Arbeiterklasse und das Volk auf dem Weg der Revolution zu führen.

Die zweite: Die Partei wird aufgebaut im Kampf gegen den Revisionismus, und nur in ihm kann sie wachsen und sich konsolidieren: Der Kampf gegen den Faschismus, den Kapitalismus und den Imperialismus muß immer Hand in Hand gehen mit dem Kampf gegen den modernen Revisionismus.

Die dritte: Es ist notwendig, unerbittlich gegen den Gruppengeist, die Häuptlinge und die Sekten zu sein, die die Einheit der Kommunisten verhindern, die innere Demokratie mit Füßen treten und das Vehikel des Trotzkismus sind.

Die vierte: Die Partei muß rigoros den demokratischen Zentralismus anwenden. Die bürokratische Abweichung, die die innere Demokratie in der PCP einschränkte, war eine der hauptsächlichsten Grundlagen ihrer Entartung. Die portugiesischen Kommunisten müssen diese Lehre der Vergangenheit sehr gut vor Augen haben. Wie die albanischen Genossen sagen: „Bolschewistische Kritik und Selbstkritik in unserer Partei dürfen an keine Bedingungen oder Schranken gebunden werden“, und „nur die innere Demokratie gibt der Masse der Partei die Möglichkeit, zu kritisieren, die Führung zu kontrollieren und in die führenden Organe die verdientesten Personen zu wählen.“

Die fünfte: Die Partei muß die ideologische Ausbildung ihrer Mitglieder anheben, ihrer Kaderpolitik die größte Aufmerksamkeit schenken, um die proletarische Zusammensetzung der leitenden Organe zu verbessern, indem die Arbeiterklasse an das Kommando gestellt wird. Die Kaderpolitik muß sich auf die Ideen gründen, daß es notwendig ist zu säen, wenn geerntet werden soll, und daß die Kader das wertvollste Gut der Partei sind. Die Führungsmethoden, der Arbeitsstil müssen ausgerichtet werden, den Organismen muß eigenes Leben gegeben werden, der Geist der Initiative der Zellen. Die Verteidigung der Partei und die proletarische Wachsamkeit, die sich richten muß gegen die schwerwiegendsten Ausdrucksformen des Liberalismus, ohne daß dieser Kampf sich in allgemeinen Proklamationen erschöpft, müssen gestärkt werden.

Die sechste: Isoliert von der internationalen kommunistischen Bewegung wird es der Partei niemals gelingen, den Marxismus-Leninismus richtig anzuwenden, und sie wird im Praktizismus und Rechtsopportunismus degenerieren, wie es schon in der Vergangenheit vorgekommen ist. Die PCP (R) wird enge Bande mit der internationalen kommunistischen Bewegung, die geführt wird von der kommunistischen Partei Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens, knüpfen und bewahren.

Geführt von den unsterblichen Ideen von Marx, Engels, Lenin und Stalin und durch die großen Führer des Proletariats, die Genossen Mao Tsetung und Enver Hoxha, werden die portugiesischen Kommunisten, organisiert in ihrer Partei, vereint wie ein Block um ihr Zentralkomitee, alle Schlachten siegreich schlagen und die Arbeiterklasse und das Volk Portugals zur vollständigen Befreiung, zur strahlenden Zukunft des Sozialismus führen.

REVOLUTIONÄRE BÜCHEREI

Leitsätze zur Militärfrage

19. bis 22. Tausend Februar 1975

16 Seiten

Best.Nr.: 10350

DM 0,60

Mit der Militärfrage müssen sich die Kommunisten befassen, weil die Arbeiterklasse im Klassenkampf die bewaffnete Volksmacht errichten muß oder unterliegen wird. Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird die Arbeiterklasse die politische Macht nur mit Waffengewalt erobern können.

Militärische Fronten sind stets letzter und schärfster Ausdruck politischer Fronten. Militärische Zusammenstöße sind stets Zusammenstöße im Kampf um die politische Macht. Um einen Standpunkt zu militärischen Fragen zu gewinnen, müssen wir immer untersuchen: Wer soll kämpfen, unter welcher Führung soll gekämpft werden und zu welchem Zweck soll gekämpft werden? (Aus der Einleitung)

Für klassenbewußte, kampfstärke Einheitsgewerkschaften!

Die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften

44 Seiten

Best.Nr.: 10351

DM 1,00

In der vorliegenden Broschüre sind Beschlüsse des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) zur Arbeit in den Gewerkschaften zusammengefaßt. Sie umfassen einen Zeitraum von zwei Jahren. Sie enthalten sowohl die politischen Grundsätze der Arbeit des KBW in den Gewerkschaften wie die Weiterentwicklung dieser Arbeit selber. Sie zeigen die Auseinandersetzung zwischen richtig und falsch, die Kritik und Selbstkritik, die sich innerhalb des Kommunistischen Bundes Westdeutschland auf diesem grundlegenden Feld seiner politischen Arbeit entwickelt haben.

Die verschiedenen Beschlüsse sind alle bereits veröffentlicht, teilweise jedoch schwer greifbar. Wir haben sie zusammengestellt, damit sie im Zusammenhang gelesen und geprüft werden können. (Vorwort)



Berichte über die Klassenkämpfe in Portugal

Revolution und Konterrevolution mobilisieren die Kräfte

64 Seiten DM 2,00
Best.Nr.: 103501

Die Broschüre enthält einen einleitenden Aufsatz über die Entwicklung der Klassenkämpfe in Portugal seit dem Sturz des Caetano-Regimes, eine Zeittafel über die wichtigsten Ereignisse seit dem 25.4.1974 sowie eine Reihe wichtiger Korrespondenzen aus der kommunistischen Volkszeitung.

Vertrieb revolutionärer Literatur

BUCHVERTRIEB
Hager GmbH
MANNHEIM

Postfach 5129
Sandhofer Straße 29
6800 Mannheim